Preußen und die Neuorientierung der europäischen Staatengesellschaft auf dem Aachener Kongreß 1818.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt von der Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

von

Gertrud Steckhan

aus Berlin

Tag der mündlichen Prüfung: 20 Juli 1933.
Tag der Promotion: 28. Februar 1934.

1934

Buch- und Kunstdruckerei Wilh. Postberg, Bottrop i. W.

5

Referenten: Prof. Dr. Oncken,
Prof. Dr. Windelband.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meinen Eltern!

Inhalt.

Seite:

1. Teil:

1. Europa nach dem Wiener Kongreß; die fünf großen Mächte. 2
2. Die Bedeutung der Heiligen Allianz für die Aachener Konferenzen 23
3. Rußlands Ringen mit Preußen, Oesterreich und England um die Teilnehmer und Themen. 27
4. Die Gruppierung der Großen Mächte nach dem Treffen zu Karlsbad und Frankreichs Stellung zum Vierbund. 42

2. Teil:

1. Die Regelung der französischen Kriegsschulden, Preußens Isoliertheit unter den Großmächten und die Räumung Frankreichs. 47
2. Das Kernproblem: die Eingliederung Frankreichs in die europäische Gemeinschaft; die Haltung der einzelnen Großmächte und die Lösung des Problems. 54
3. Das „Sicherheitsproblem“: Preußens Ringen um Garantietraktat, Barrierenpolitik und Observationsarmee. 79
4. Außereuropäische Probleme. 94

3. Schluß:

Das Ergebnis für Preußen und für die anderen Großmächte. 100

Literatur und Quellen.

1. Heinrich von Treitschke: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Bd. 1 und 2. 1928.
2. Leopold von Ranke: Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg. Bd. 1—5. Leipzig 1877.
3. Benzenberg: Die Verwaltung des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg. Leipzig 1821.
4. Constantin Bulle: Geschichte der neuesten Zeit. 1815—1885. 1888.
5. Alfred Stern: Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815—1871. Berlin 1894.
6. C. K. Webster: The Foreign Policy of Castlereagh. 1815—1822. London 1925.
7. Heinrich von Srbik: Metternich, der Staatsmann und der Mensch. 1925.
8. Ottokar Weber: Die Heilige Allianz, das System der Großmächte und der Völkerbund. In der Denkschrift für Heinrich Swoboda. Reichenberg 1927.
9. Ernst Molden: Zur Geschichte des österreichischen-russischen Gegensatzes. Wien 1916.
10. Hermann Oncken: Ueber das politische Motiv der „Sicherheit" in der europäischen Geschichte. Berlin 1926.
11. Theodor Schiemann: Geschichte Rußlands unter Kaiser Nikolaus I. Bd. I.
12. Karl Hampe: Das belgische Bollwerk. 1918.
13. Karl Hampe: Preußen und die belgischen Festungsverträge von 1818 und 1831. Sitzungsber. der Heidelb. Akd. der Wiss. 1918.
14. Werner Näf: Zur Geschichte der Heiligen Allianz. Bern 1928.
15. Franz Büchler: Die geistigen Wurzeln der Heiligen Allianz. Diss. Freiburg 1929.
16. Gustav Stresemann: Erinnerungen. Bd. 2.
17. Goldmann: Europas Kabinette und Allianzen. Leipzig 1862.
18. Stourdza: Mémoire sur L'Etat actuel de L'Allemagne. Paris 1818.
19. Carl Franz Meyer: Aachen, der Monarchenkongreß 1818. Aachen 1819.
20. Wilhelm von Schütz: Rußland und Deutschland oder über den Sinn des Memoire von Aachen. Leipzig 1819.
21. Schlottmann: Politische Aphorismen zur Beherzigung vor dem Kongreß von Aachen. Frankfurt 1818.
22. De Pradt: L'Europe après le Congrès d'Aix-la-Chapelle faisant suite au Congrès de Vienne. Paris 1819.
23. Europäische Geheimnisse eines Mediatisierten. New-York, 1819.

Die Akten des Aachener Kongresses aus dem Preußischen Geheimen Staatsarchiv. AAI Rep. 6, Nr. 1—29.

Rep. 89. DIII, 1 vol. 2; Rep. 92. Hardenberg G 17; Rep. 92. Ancillon 1.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41550815_0040

Einleitung.

Der Wiener Kongreß schien auf lange Zeit hinaus die letzte große Verhandlung europäischer Staatsmänner von internationaler Tragweite gewesen zu sein, auf der die Außenpolitik durchaus im Mittelpunkt der Beratungen stand. Das durch Napoleon aus den Fugen gebrachte Europa wurde wieder zusammengebaut, und damit wurde die Bahn für die verrufene Restaurationszeit frei. Das Interesse der erschöpften, ruhebedürftigen Welt wandte sich der Innenpolitik zu, und die vielen Werke über die Restaurationszeit folgen derselben Linie. Der Verfassungs- und Nationalstaatsgedanke stehen im Brennpunkt des Interesses. Die Literatur über jene Epoche wird beherrscht von Untersuchungen über die Entwicklung des Deutschen Bundes, der Verfassungs- und Zollfragen, kurz, von dem Widerstreit der romantischen und der liberalen Staatsauffassung.

Durch diese Interessenorientierung trat ein politisches Ereignis stark in den Hintergrund, das dem Wiener Kongreß an Wichtigkeit wenig nachsteht: der Aachener Kongreß vom Jahre 1818.

Nach der Ausfertigung der Wiener Schlußakte vom 9. Juni 1815 blieb trotz der allzumilden Behandlung Frankreichs der Gegensatz von Siegern und Besiegten bestehen: der Staat des Bourbonen stand unter der mißtrauischen Bewachung der Quadrupel-Allianz. — Es drängt sich die Parallele zur Lage Deutschlands nach dem Diktat von Versailles auf, so wenig jenes auch sonst mit dem zweiten Pariser Frieden zu vergleichen ist. Und vollends anders war die Behandlung, die Frankreich schon drei Jahre später erfuhr: die leitenden Staatsmänner erkannten bald, daß sich ein gesunder, wiederaufblühender Staat nicht künstlich von der europäischen Gemeinschaft fernhalten ließe, ohne jene Gemeinschaft selbst zugleich aufs Schwerste zu gefährden.

Der Aachener Kongreß von 1818 schaffte den notwendigen Wandel: seine historische Bedeutung liegt in der Neuorientierung der europäischen Großmächte, in der Einbeziehung der französischen Monarchie in das Konzert der vier Verbündeten und der erst dadurch erreichten Herstellung des europäischen Gleichgewichtes, das für das 19. Jahrhundert bestimmend war.

In der Ueberzeugung von der Wichtigkeit des Aachener Kongresses ist es Aufgabe dieser Untersuchung geworden, seine Bedeutung für Preußen und dessen Verhalten darzustellen.

1. Teil.

1. Europa nach dem Wiener Kongreß; die fünf großen Mächte.

Die Arbeiten des Wiener Kongresses, durch Napoleons I. Rückkehr von Elba zum beschleunigten Abschluß gebracht, fanden ihren Schlußpunkt erst durch den zweiten Pariser Frieden vom 20. November 1815. Durch ihn verlor Frankreich noch einmal völlig die Stellung eines gleichberechtigten Gliedes der europäischen Staatengesellschaft, die ihm Talleyrands Geschick auf dem Wiener Kongreß bereits erfolgreich zurückzugewinnen begonnen hatte. Der Friede, der Europa nach einem Vierteljahrhundert endlich die ersehnte Ruhe brachte, war durchaus das Werk jener vier Großmächte, deren Bündnis seit Teplitz (9. September 1813) bestand, nämlich Preußens, Oesterreichs, Rußlands und Groß-Britanniens. Diese Quadrupel-Allianz, die auf Castlereaghs Anregung hin in Chaumont am 9. März 1814 als Offensiv- und Defensivbündnis formuliert wurde,[1]) — die Magna Charta der großen europäischen Allianz genannt (Molden), — löste die französische Hegemonie ab, und ersetzte sie durch ihre Diktatur in Europa. Eine Diktatur, deren Front deutlich gegen Frankreich gerichtet war, denn noch am selben 20. November schlossen Preußen, Oesterreich, Rußland und Groß-Britannien einen neuen, abermals von Castlereagh formulierten Bündnisvertrag,[2]) der sich auf Chaumont berief und abermals Eventualmaßnahmen gegen das noch unzuverlässige und revolutionsgefährliche Frankreich ausdrücklich vorsah.

Dadurch wurde Frankreich der Kontrolle der vier großen Mächte unterstellt, die ihren Ausdruck militärisch in der Besatzung des Landes durch alliierte Truppen unter Oberbefehl des Herzogs von Wellington, und politisch in der Gesandtenkonferenz von Paris fand, wo Preußen durch Goltz, Oesterreich durch Vincent, Rußland durch Pozzo di Borgo und Groß-Britannien durch Stuart vertreten wurden. Die Alliierten, in steter Sorge um die Erhaltung des Friedens und der Ruhe in Europa, fürchteten den französischen Imperialismus ebenso wie die französische Revolu-

[1]) Srbik, a. a. O., I, S. 567.

[2]) Webster, a. a. O., S. 53. Ideen dieser Art hatte schon 1805 Zar Alexander mit Pitt ausgetauscht.

tion und hielten sich durchaus für berechtigt, sämtliche europäischen Fragen, die durch Verhandlungen in Wien und in Paris noch nicht gelöst worden waren oder aber neu auftauchten, vor ihr Forum zu ziehen, und so schalteten sie nicht minder absolut als Napoleon I. Ihr Organ war die Pariser Gesandtenkonferenz, die vor allem König Louis XVIII. unterstützen sollte. Sie zog sich schnell genug nicht nur den Haß der in ihrer Nationalehre so empfindlichen Franzosen zu, die in ihr und der Okkupations-Armee die aufreizende Fremdherrschaft verkörpert fanden, sondern auch das Mißtrauen und die Eifersucht der europäischen Mächte zweiten Ranges, besonders Spaniens, das vergeblich verlangt hatte, auch einen Vertreter in der Gesandtenkonferenz zu haben.

Dies Mißtrauen war verständlich, da Metternich die Pariser Gesandtenkonferenz vor allem zu einem Kontrollorgan jeglicher revolutionärer Umtriebe in Europa zu benutzen gedachte mit dem Rechte der Intervention, und in diesem Sinne ein Zirkular an alle kleinen Mächte Deutschlands und Italiens erging. Castlereagh protestierte energisch gegen eine derartige Verwendung der Gesandtenkonferenz und forderte, daß sich die alliierten Minister in Paris, in den Grenzen des Allianzvertrages zu halten hätten.[3]) Daß die Stellung der kleinen Staaten zu den Großmächten im Allianzvertrag vom 20. November 1815 nicht formuliert worden war, sollte sich seit 1818 erschwerend auswirken, sowohl bei internen Verhandlungen der großen Mächte wie bei Besprechungen gesamteuropäischer Fragen.

Da die fünf großen Mächte die Akteure der Aachener Konferenzen sein werden, ist ein Ueberblick über ihre Situation seit dem Wiener Kongreß angemessen.

Preußen.

Kein Staat hatte auf dem Wiener Kongreß so tief einschneidende Veränderungen erfahren wie Preußen. 5½ Millionen neuer Bewohner waren zu den alten Provinzen hinzugekommen, und die weittragenden Folgen der territorialen Verschiebung sollten erst im Laufe des 19. Jahrhunderts zur Entwicklung kommen. Dank der Haltung Englands und Oesterreichs in der sächsisch-polnischen Frage wurde Preußen wider seinen Willen neben Obersachsen und Vorpommern mit Westfalen und der Rheinprovinz abgefunden. Die Zerreißung des Staatsgebietes in eine östliche und eine westliche Hälfte trieb Preußen naheliegender Weise einst auf die Bahn der Eroberung in Norddeutschland, und während Oesterreich mit seiner endgültigen Arrondierung im Osten zugleich Nationalitätenstaat blieb, war Preußen — vom Uebermaß seiner polnisch-slavischen Bewohner befreit und um altes

[3]) Webster, a. a. O., S. 71. Castlereagh an Stuart, 22. August 1817.

deutsches Kulturgebiet bereichert — ein fast rein deutscher Staat geworden, dessen slavische Minderheiten zwar zeitweise als störend empfunden wurden, ohne jedoch die historische Aufgabe des Staates hemmen zu können. Vor allem aber hatte Metternich 1815 endgültig auf die traditionelle Zweifrontenpolitik des Hauses Habsburg verzichtet und Preußen trat das deutscheste Erbe der Donaumonarchie an: die Wacht am Rhein. So wurde der Staat Friedrichs des Großen in erster Linie an der nationalen Verteidigung des Deutschen Reiches und zugleich an seiner Einigung beteiligt.

Diese Einung erst einmal innerhalb der eigenen Grenzen durchzuführen, war die große Aufgabe der preußischen Staatsmänner nach dem zweiten Pariser Frieden. Noch einmal entfaltete das preußische Beamtentum seine staatsbildende Kraft und leistete Vorbildliches. Der Partikularismus der neuerworbenen Landschaften setzte dem Streben des Berliner Kabinetts zähesten Widerstand entgegen. Mit unendlicher Anstrengung gelang die Assimilation der neuen Gebiete an den ostelbischen Kern der Monarchie. Doppelt erschwert wurde die Aufgabe durch die völlig erschöpfte Kasse des Staates, die den französischen Kriegsschulden politische Wichtigkeit einräumen mußte, und durch die zum Teil noch unfertigen Reformen, befand sich Preußen doch in einer Krisenzeit. Schon begann die Verfassungsfrage die Köpfe auch der Besten zu beunruhigen und die Spannungen im Kabinett zu steigern; die ersten Anzeichen der Reaktion machten sich bemerkbar. Bis in die zwanziger Jahre zogen sich kleinliche, ja kleinlichste Grenzstreitigkeiten mit den Nachbarstaaten hin, und immer wieder wurden dem Staatskanzler neue Ländertauschpläne unterbreitet. Alle diese Gebietsfragen rührten stets von Neuem an Preußens wunden Punkt — seine unendlich ausgedehnten, zerrissenen Grenzen; und notwendiger Weise wurden damit zugleich die militärischen Probleme aufgerollt: Preußens Sein verbürgte erst sein Heer. Außenpolitisch war dadurch für Preußen geboten, bei gutem Einvernehmen mit den Alliierten, besonders auf Schutz seiner Westgrenze bedacht zu sein. — Unter unerhörter Anspannung aller Kräfte entstand in jenen Jahren stiller treuer Arbeit, von der Verständnislosigkeit, ja, Anfeindung der Zeitgenossen verfolgt, jenes neue Preußen, das das deutsche Reich zur Weltmacht führen sollte.

„Die Vollendung des preußischen Einheitsstaates gab dieser Epoche unserer politischen Geschichte ihren eigentlichen Inhalt." (Treitschke.) Und diese starke Konzentration der staatlichen Kräfte nach innen bedingte es mit, daß der Staat, der an der Niederringung Napoleons I. das größte Verdienst hatte, in den Fragen der Großen Politik der folgenden Jahrzehnte auf Initiative verzichtete.

Leicht hätte Preußen das Zünglein an der Waage des europäischen Gleichgewichtes werden können, denn die diplomati-

schen Fronten Europas waren klar: neben der österreichisch-englischen Freundschaft bestanden seit 1815 auch die russisch-bourbonischen Sympathien. Daß es Preußen trotzdem vermied, in den Fragen der Großen Politik eine Ansicht zu haben, war vor allem in der Persönlichkeit des Monarchen begründet.

Friedrich Wilhelm III. fehlten Schwung und Ehrgeiz für eine rücksichtslose Machtpolitik völlig. Schüchtern bis zur Steifheit war ihm schon der Verkehr mit seinen Ministern unbequem, und er sah sie selten. Sein Pflichtgefühl aber und seine hohe sittliche Auffassung vom Beruf des Monarchen ließen ihn die letzten Entscheidungen stets selbst fällen, sein Wille war ausschlaggebend für die Richtung der preußischen Politik. Schon in den sächsisch-polnischen Händeln hatte er im Gegensatz zu seinem Kanzler an seiner Freundschaft zu Kaiser Alexander festgehalten, und die Vermählung der Prinzessin Charlotte mit dem Großfürsten Nikolaus im Juni 1817 festigte die Verbindung der Herrscherhäuser noch mehr. Die glänzende und schmiegsame Persönlichkeit des Zaren, die Verehrung, die er für die Königin Luise gehegt hatte und sein religiöser Schwung machten ihn dem preußischen Monarchen leicht sympathisch. Dazu war Friedrich Wilhelm in friderizianischen Traditionen aufgewachsen und konnte sein Mißtrauen gegen das Haus Habsburg und besonders gegen den Fürsten Metternich nie ganz überwinden.

Ganz anders der Staatskanzler Hardenberg. Der Kerngedanke seiner Außenpolitik seit dem Vertrage von Bartenstein (26. April 1807) war die dauernde Verständigung mit Oesterreich, die „Politik des geregelten Dualismus". Preußen und Oesterreich sollten gemeinsam die Rheinlande gegen Frankreich verteidigen und als völlig gleichgestellte Leiter des Deutschen Bundes die Vormacht für ein lebensfähiges Mitteleuropa bilden. So häufig sich auch Metternich Hardenbergs Absichten versagte, so argwöhnisch er die reichsständischen und Bundestags-Pläne des Preußen verfolgte, der Staatskanzler suchte stets von neuem in der Gemeinschaft mit der Hofburg Preußens Vorteil. Der Fürst hatte nicht nur die öffentliche Meinung Preußens für sich, die im erwachten Nationalitätsbewußtsein (ähnlich wie seit Versailles 1919) Preußens und Oesterreichs engen Zusammenschluß mit dem ganzen Deutschen Reich forderte, sondern auch einflußreiche preußische Staatsmänner.[4]) Vor allem Fürsten Wittgenstein; der Polizeiminister sympathisierte lebhaft mit Metternich und seiner Politik; er war es auch, den Hardenberg — allerdings vergeblich — zu Hilfe rief, als er seinen König von dem Nutzen eines österreichisch-preußischen Bündnisses überzeugen wollte, das Metternich Januar 1818 aus Furcht vor Rußland in Berlin anbieten ließ. Auch Wilhelm von Humboldt war österreichisch orientiert und

[4]) so auch Molden, a. a. O., S. 49.

bewahrte trotz seiner Erfahrungen am Bundestag 1816 seine Neigung für Metternichs „System des intermediären Europas", für das er zum zweiten Pariser Frieden noch eine Denkschrift ausarbeitete, die einen festen Zusammenschluß von Preußen, Oesterreich und England propagierte, um den Osten und den Westen Europas in Schranken zu halten. Desgleichen waren die preußischen Gesandten in Wien und in Paris — Krusemarck und Goltz — warme Freunde Oesterreichs. Und da der am 16. September 1818 zum Minister des Auswärtigen Amtes ernannte Graf Bernstorff in den ersten Jahren seiner Amtsführung außerordentlich abhängig war von dem reaktionären Freunde Metternichs, Staatsrat Ancillon, stand König Friedrich Wilhelm in jenen Jahren mit seinen russischen Sympathien ziemlich allein.

Seit dem Wiener Kongreß war das Vertrauen des Königs zu Hardenberg erschüttert, und da dessen häusliche Verhältnisse stets verworren waren, und er sich in der Auswahl seiner Umgebung allzu wenig wählerisch bewies — es waren, wie Friedrich Wilhelm sich ausdrückte, „kuriöse Leute" — kam ein enges, vertrauensvolles Zusammenarbeiten von König und Kanzler nicht mehr zustande. So fehlte es notwendiger Weise auch an einer straffen, eindeutigen Leitung der preußischen Außenpolitik, und das Berliner Kabinett begnügte sich meist mit der Rolle des Vermittlers, ausgenommen bei Verhandlungen mit Frankreich.

Wie weit sich die preußischen Politiker — bei aller Zaghaft im Handeln — über die Situation Europas und speziell Preußens dabei im Klaren waren, zeigt eine interessante, umfangreiche Denkschrift des Staatsrates Ancillon (Tableau général de la situation et de la politique des Etats de l' Europe au Commencement de Juin 1817.— Rep. 92, Hardenberg G 17 —). Die Abhandlung setzt sich aus Kapiteln über fast alle europäischen Staaten incl. des Deutschen Bundes und der Türkei zusammen — mit Ausnahme Preußens. Von besonderem Interesse sind die kurzen Hinweise auf das Verhältnis Preußens zu dem jeweils behandelten Lande.

Die Großbritannien gewidmete Untersuchung zeigt neben politischem auch wirtschaftliches Verständnis. Trotz der Absatzschwierigkeiten und der damit verknüpften Excesse in den Industriestädten stände England nach den letzten Kriegen unantastbarer als jemals da. Seine Ueberseebesitzungen, seine Flotte und seine Einflußsphäre auf andere Nationen hätten sich unglaublich ausgedehnt. Dem Mißtrauen gegen Rußland wegen der Türkei, des russischen Ostseehandels und Einflusses in Spanien, Frankreich und Persien stände das gute Einvernehmen mit Oesterreich gegenüber.

England.

Und dies bestand in der Tat: die Unterstützung seiner Politik, die Metternich an England fand, beruhte neben ihrer

geopolitischen Bedingtheit noch in den Sympathien, die das streng konservative Tory-Kabinett für den Staatsmann der Restauration hatte und in der persönlichen Zuneigung Metternichts und Castlereaghs.[5]) Bemühte sich ersterer doch im März 1817 sogar um ein österreichisch-englisches Sonderbündnis gegen Rußland, dem sich Castlereagh aber kühl versagte.

Der englische Außenminister hatte sein Mißtrauen gegen das revolutionäre Frankreich schon 1814 deutlich zum Ausdruck gebracht, als er den Vertrag von Chaumont anregte. Aber eben nur gegen das r e v o l u t i o n ä r e Frankreich, denn als die preußischen Staatsmänner in Übereinstimmung mit den deutschen Patrioten beim zweiten Pariser Frieden das Elsaß für das Reich zurückforderten, verhielt sich Castlereagh hierzu genau so ablehnend wie Metternich und behauptete im Verein mit Wellington, der Krieg gegen Frankreich wäre nur zur Beendigung der Revolution geführt. Es ist bekannt, daß das Kabinett Liverpool hierin durchaus nicht mit dem „am meisten europäischen am wenigsten insularen der englischen Außenminister" (Allison Philipps) übereinstimmte. Jenes Tory-Kabinett, von Treitschke als „Ministerium der Mittelmäßigkeiten" bezeichnet, war doch der entschiedenste Gegner Frankreichs. Ancillon[6]) hatte die englische Lage weit besser erfaßt als Castlereagh, wenn er feststellte, daß Frankreich der traditionelle Gegner Englands wäre durch seine Lage und seinen maritimen und kontinentalen Ehrgeiz; zudem ständen die Bourbonen unter russischem Einfluß; ein neuer bedrohlicher Konkurrent erwüchse Britannien in der Vereinigten Staaten von Amerika, deren Einfluß besonders in Südamerika zu befürchten wäre.

Aber schon auf dem Wiener Kongreß hatte Castlereagh mit Metternich zusammen weit unabhängiger als es je in der englischen Tradition lag, die Außenpolitik seines Staates getrieben. Zum Teil wurde er durch die große Entfernung zwischen Wien und London, die das Einholen von Instruktionen erschwerte, gerechtfertigt. Und das geringe Interesse, das das Kabinett von St. James an den binnenländischen Fragen nahm, ermöglichte es Castlereagh weiterhin, seiner Neigung gemäß mit Metternich zusammen zu gehn. Mit Wellington war Castlereagh hierbei stets einig. Aber die für die englische Politik unerhört engen Bindungen an die Mächte des Festlandes, die Castlereagh in jenen Jahren einging, wurden von seinem Ministerium mit äußerstem Mißtrauen aufgenommen und nur mit Unwillen ertragen. Denn nach der Beendigung der Kontinentalsperre — der unmittelbaren Lebensgefahr für Englands Handel — begannen egoistische Wirt-

[5]) Webster a. a. O. S. 100, betont das gute Einvernehmen besonders. läßt aber Metternich zu stark abhängig von Castlereagh erscheinen.

[6]) Rep. 92, Hardenberg G. 17.

schaftsbedürfnisse die bündnisfreudige Politik zu verdrängen, eine Wendung, an der die mächtig emporkommende englische Bank- und Handelswelt stark beteiligt war.[7]) Mehr denn je waren Kabinett und öffentliche Meinung von innenpolitischen Interessen gefangen genommen. Schon war die geistige Reaktion in England — gekennzeichnet durch die Namen Bentham, Cobbet, Hunt, Byron, Shelley und Moore — im Gange, und die Opposition der Whigs setzte ein. Und auch im Ministerium selbst zeigten sich gewisse Differenzen: noch gab Liverpool den Ton an, aber mit Canning und Wellesley (der als Gesandter in Madrid gewirkt hatte) setzten Strömungen ein, die die Politik der „non-intervention" zum Siege bringen sollten. Castlereagh aber vertrat den Grundsatz der europäischen Verantwortlichkeit Britanniens. Er war fest überzeugt, daß der Friede nur erhalten werden könnte, wenn England weiterhin tätiges Mitglied der Quadrupel-Allianz bliebe. Er wußte aber zugleich, daß er seinen Staat nicht enger mit der Politik des Kontinents verflechten durfte, als er bereits durch die Pariser und Wiener Verträge getan hatte; denn ihm war nicht zuletzt deshalb freie Hand gelassen worden, weil es keine englische Tradition für die allgemeine Allianzpolitik gab.[8]) Die Instruktionen, die Castlereagh zu den Aachener Konferenzen für sich selbst entwarf, zeigen das. Gegen nichts verwahrte sich Liverpool ängstlicher als gegen neue schriftliche Abmachungen zwischen den Verbündeten, und er hatte hierin durchaus die Tradition der britischen Politik und die öffentliche Meinung Englands hinter sich. Das allgemeine, stark ausgeprägte Ruhebedürfnis des Kontinents aber drängte die verschiedenen Staatslenker immer wieder, den Frieden durch neue, möglichst verpflichtende Garantien zu sichern. Den utopistischsten Vorschlag machte wohl Zar Alexander, als er 1816 die Einsetzung einer Abrüstungskommission anregte[9]). Dieser so modern anmutende Plan mußte an dem gesunden Empfinden der selbstbewußten Nationen scheitern.[10]) Und Castlereagh setzte noch auf der Aachener Konferenz vom 13. November auseinander, daß der Wunsch nach einer universellen Allianz zur dauernden Wahrung des Friedens immer vorhanden wäre, aber nicht verwirklicht worden sei noch werden könne, nur näher könne man ihm kommen. Vom Wiener Kongreß bis zu seinem Tode wird es also

---

[7]) Webster, a. a. O. S. 50. „British interests were soon considered by powerful classes of the community to be far more affected by such considerations than those of revolutions or even frontiers, and governments had to take them into consideration".

[8]) Webster, a. a. O. S. 124.

[9]) Treitschke a. a. O. Bd. 2, S. 121, läßt die Anregung irrtümlich vom englischen Kabinett ausgehen.

[10]) Webster, a. a. O. S. 97. Alexander an Castlereagh 2. April 1816; Castlereagh an Alexander, 28. Mai 1816.

Castlereaghs Aufgabe sein, sein System der europäischen Verantwortlichkeit einerseits gegen die traditionelle Politik seines Kabinetts, andererseits gegen die beharrlichen Bündnistendenzen seiner diplomatischen Kollegen zu verteidigen. Wie weit er dieser Aufgabe auf den Aachener Konferenzen gerecht wurde, wird später dargestellt werden.

Es wurde bereits angedeutet, daß die Gemeinsamkeit der österreichischen und englischen Interessen in ihrem Gegensatz zu dem russischen Imperialismus wurzelte. Schon der Wettlauf um die Gunst des Bourbonen war 1815 in Paris dafür symptomatisch. Während Rußland sich Spaniens annahm, stand Britannien bei Portugal, und in Deutschland unterstützte England das Haus Habsburg, Alexander Preußen. Der alte englisch-französische Gegensatz wurde durch das neue Verhältnis Englands zu Rußland allmählich abgelöst. Das Zeitalter des Imperialismus warf seinen Schatten voraus in den englisch-russischen Differenzen in Konstantinopel und Persien.[11]) England war der eigentliche Sieger im Kampfe gegen die französische Hegemonie. — Vom Aachener Frieden von 1668 bis zum Aachener Kongreß 1818 war England Führer der diplomatischen antifranzösischen Koalitionen. Nach der Niederwerfung Napoleons hatte es keinen Nebenbuhler mehr auf den Meeren und in den Kolonien; bei der Neuordnung Europas sicherte es sich gegen Frankreich durch das Königreich der Vereinigten Niederlande, gegen Rußland durch das mit Norwegen vergrößerte Schweden; ein wertvoller Stützpunkt in der Nordsee wurde ihm das den Dänen genommene Helgoland, und Malta, Mauritius und das Kapland waren weitere Grundsteine zur britischen Weltherrschaft.

Das gute Verhältnis Britanniens zu Preußen beruhte, wie bereits Ancillon feststellte, auf den Handelsvorteilen, die ersteres von ihm hatte. „Denn", heißt es in der preußischen Denkschrift, „England ist der egoistischste Staat der europäischen Allianz, und hat wohl als erster erkannt, daß die Allianz durchaus auf dem persönlichen Charakter der Souveräne beruht, nicht auf den Staatsinteressen. In dem Augenblick, wo Preußen dem englischen Handel hinderlich würde, stände eine Krise bevor." Erst der Ablauf des 19. Jahrhunderts sollte die Wahrheit dieses fast prophetisch anmutenden Wortes erbringen. — Seit 1815 aber war Englands weltwirtschaftliche Vorherrschaft auf lange Zeit befestigt, und es konnte im „Jahrhundert der Wirtschaft" nicht ausbleiben, daß die politische Hegemonie folgte.

Rußland.

Wenigen Ländern nur ist die Linie ihrer Außenpolitik so klar vorgezeichnet wie Rußland: der Weg zum Meer. — Aber in

[11]) Hierüber auch Webster, a. a. O. S. 88.

keinem Staate Europas war die persönliche Haltung des Regenten so bestimmend für die Politik wie in der größten Monarchie des Kontinents. Diese Tatsache und die denkwürdige enge Verknüpfung der vier großen Mächte, die ihr Abwehrkampf gegen Napoleon I. mit sich gebracht und die fast ein Jahrzehnt angehalten hatte, bewirkten, daß Rußland unter Alexander I., der sich völlig der Außenpolitik zuwandte, eine solche Rolle in der europäischen Staatengemeinschaft spielte wie nie zuvor. „Die auswärtigen Angelegenheiten wurden durch des Kaisers eigenen unausgeglichenen und beweglichen aber raschen und sensitiven Willen . . . bestimmt" (Webster, a. a. O. S. 91) und „Alexander war ein Despot aus der letzten Epoche des aufgeklärten Absolutismus. Aber er war vor allem . . . eine wenig feste und sehr beeinflußbare und empfängliche Natur." (Molden, a. a. O. S. 165/66). Diese Beeinflußbarkeit hatte ihn den liberalen Ideen Speranskys und den polnischen Freiheitsplänen Czartoryskis zugänglich gemacht und zu einer Haltung geführt, die dem russischen Imperialismus den eigentümlichen Charakter verlieh: der Zar und sein Kabinett liebten es, die liberalen Tendenzen aller Länder zu protegieren und sich dadurch ihren Einfluß in ganz Europa zu sichern. Zudem kam diese Gönnerschaft den russischen Mittelmeerplänen sehr zu statten, wie sich an dem Ringen um Spaniens Teilnahme an den Aachener Konferenzen zeigen wird. Alexanders Interesse an der Unabhängigkeit Italiens und Griechenlands, die Pläne zum Erwerb einer Flottenstation auf den Balearen, zur Bekämpfung der Barbaresken, die wohlwollende Haltung gegenüber dem ehrgeizigen Pascha von Aegypten, die polnischen und persischen Pläne und der wachsende Einfluß in den Donaufürstentümern — alle diese imperialistischen Tendenzen wurden durch ein liberales Gebaren getarnt, ohne der Wachsamkeit Metternichs und dem Mißtrauen des englischen Kabinetts entgehen zu können.[12]) Der russische — österreich-englische Gegensatz war gegeben. Naturgemäß trachtete der Zar nach einer engeren Anlehnung an Preußen und — eine Zeit lang — an Frankreich. Daß diese russische Hinneigung zu den Bourbonen keine nachhaltige Störung der Quadrupel-Allianz nach sich zog, lag ebenfalls an Alexanders Empfänglichkeit für großartige Ideen. Schon sein Entwurf für das Dokument der Heiligen Allianz zeigte einen ausgesprochen christlich-religiösen Duktus. Wie weit hier die Wirksamkeit der Frau von Krüdener, Baaders u. a. mystischer Personen, in deren Ideenkreis der Zar besonders in Heilbronn und Heidelberg gekommen war (auf der Reise nach Paris zu den Beratungen über den zweiten Pariser Frieden), kann hier nicht weiter untersucht werden. (Vgl. darüber Franz Büchler, a. a. O. S. 34). Diese religiösen Schwärmereien stärkten ihn in seiner Überzeugung, zur Gründung eines Gottesreiches auf

[12]) Hierzu bes. Molden a. a. O. S. 39 ff. u. 44 u. Webster a. a. O. S. 88.

Erden berufen zu sein, das die Tyrannei Napoleons, des verkörperten Bösen, ablösen sollte. So setzte sich Alexander auch um des Weltfriedens willen auf's Wärmste für Louis XVIII. ein und versuchte zugleich, den englischen Einfluß in den Tuilerien zu überbieten, von Pozzo di Borgo, seinem Gesandten in Paris und dem Staatssekretär des Aeußern, Kapodistrias, auf's Eifrigste unterstützt.[13]) Dieser, mehr Grieche als Russe, war — mit Molden zu sprechen — „Leiter und Sprecher der inoffiziellen Richtung der russischen Politik, Staatssekretär des eigenmächtigen imperialistischen Rußland", und er konnte als Zentrum der österreichisch-britischen Gegenspieler angesprochen werden. Er besonders setzte sich für Spanien und für die Griechen ein. (Vgl. S. 28 ff.) Seine Abneigung gegen Metternich beruhte auf Gegenseitigkeit. Über Pozzo di Borgo wird an anderer Stelle zu handeln sein, er wirkte gleichfalls als Protektor Frankreichs. Ein Gegengewicht zu diesen beiden war Graf Nesselrode, der Minister des Auswärtigen; er war mit Metternich gut befreundet, stand in persönlichem Verkehr mit Gentz und vertrat als Ratgeber des Zaren die Gesamtinteressen der Heiligen Allianz, von dem österreichischen Gesandten in Petersburg, Baron Lebzeltern, auf's Geschickteste unterstützt. Der Gesandte stand durch seine Heirat in engster Verbindung mit der Petersburger Aristokratie.[14]) Im März 1818 verstärkte Metternich den Gesandten der Hofburg durch den Prinzen von Hessen-Homburg, einen Sohn des regierenden Landgrafen Friedrich III. Der Prinz war Alexander gut bekannt und hatte sich durch Waffentaten bei Aspern, Wagram und Leipzig ausgezeichnet. Er begleitete den Zaren auf der denkwürdigen Reise nach Warschau, wo Alexander den ersten polnischen Reichstag eröffnete. Durch den intimen Umgang, den Hessen-Homburg mit dem Zaren hatte, wurden seine Berichte besonders wertvoll für die Hofburg. Trotzdem war man in jenen

---

[13]) Büchler a a. O. S. 39 bemerkt hierzu richtig: „Alex. traf politisch ziemlich neutralisiert am 10. Juli in Paris ein. Es zeugt für seine politische Begabung, daß es ihm nun trotzdem in jenen Pariser Tagen gelang, England, das sich so sehr um die Bourbonen bemüht hatte, in der Gunst Frankreichs den Rang abzulaufen. Allerdings geschah dies doch immerhin auf Kosten der Treue Preußen gegenüber, eine Haltung," fährt Büchler nun unverständlich fort, „die man als Antwort auf den preußisch-österreichischen Vertrag vom 3. Januar 1815 auffassen kann." Jener Vertrag war doch gerade im Gegenteil von England, Frankreich und Oesterreich gegen Preußen und Rußland geschlossen worden um des sächsisch-polnischen Streites willen. Alex. hätte also doppelt Grund gehabt, der Treue Fried. Wilhelms in jenen Tagen jetzt durch Rücksichtnahme auf Preußens Lebensinteressen zu danken und dem Bourbonen weniger entgegen zu kommen. Schon hier zeigte sich, daß Preußen, wie später auf den Aachener Konferenzen, bei antibourbonischen Verwicklungen isoliert dastand.

[14]) Nach Webster, a. a. O. S. 91, beruhte Nesselrodes Bedeutung in jenen Jahren nur darauf, daß er Sprachrohr für Castlereagh oder Metternich beim Zaren war.

Tagen mehr als üblich im Unklaren über Alexanders geistige Haltung, und Metternich fürchtete das Schlimmste für die Aachener Konferenzen. Es ist bekannt, welches Aufsehen Alexanders Thronrede zu Warschau in ganz Europa erweckte. Noch ein Mal sah die gesamte liberale Welt in ihm ihren Führer und Beschützer und jubelte ihm zu. Um so nachhältiger war die Verstimmung der Hofburg, die Alexander auch durch spätere Abschwächung seiner Rede nicht gänzlich beheben konnte[15]) und die Beunruhigung der übrigen deutschen Kabinette: die Gesandten am Petersburger Hofe äußerten ihre Furcht, daß Alexander die Aachener Konferenz benutzen würde, um sich in seinem Sinne in die deutschen Verfassungsangelegenheiten zu mischen. (Schoelers Bericht vom 21. Mai 1818)[16]). Unnötige Besorgnisse der Kabinette! Denn gerade hier in Warschau erkannte Alexander am deutlichsten die ausgesprochen nationalistischen Tendenzen der Polen, die ihn äußerst erschrecken mußten, und die in der Tat die Realisierung seiner hochfliegenden Pläne unterbanden. Den endgültigen Todesstoß aber erhielt Alexanders liberalistischer und konstitutioneller Eifer im Sommer 1818, als ihm der „Bund der öffentlichen Wohlfahrt" bekannt wurde. Es war eine Bewegung innerhalb der russischen Aristokratie, der bereits zahlreiche Offiziere angehörten. Anfangs an sozialen Reformen interessiert, hatte der Bund allmählich unter Führung Trubetzkois einen revolutionären Charakter angenommen. Der Zar war auf's Tiefste erschüttert. Die Wogen der Erregung, die seine Warschauer Rede im eigenen Reich hervorgerufen hatte, suchte er durch den Präsidenten seines Staatsrates, Fürsten Lapouchin, zu glätten, der angewiesen wurde, „den Deutungen, die man der Rede Seiner Majestät gäbe, zu widersprechen, und sie als unzulässig nach der Verfassung Rußlands, die dem Kaiser heilig sei, und als unschicklich für seine Untertanen, die ihren Monarchen besser kennen müßten, darzustellen." (Schoeler, 21. Mai 1818).[17]) Die unheimlichen Vorläufer des Dekabristenaufstandes fest anzupacken, wagte Alexander aber nicht, und da die Regierung noch keine genaue Kenntnis von Fährlichkeit und Umfang des Bundes hatte, waren die Besorgnisse doppelt groß. Voller Grauen wandte sich der Zar nun aus der liberalen Aera zur konservativ-absolutistischen Haltung zurück. Kein Wort ließ er über seine russischen Verfassungspläne mehr verlauten, Stourdza ward mit Instruktionen für strenge Beaufsichtigung der Wissenschaft beauftragt. Fürst Alexander Galitzins Einfluß auf den Zaren stieg auf's Höchste, er setzte das mystische Wirken der Frau von Krüdener fort. Und als der Zar im Spätsommer seine Reise durch Deutschland antrat, war die Freude der „Reaktio-

[15]) Molden, a. a. O. S. 82.
[16]) AA I Rep. 6, Nr. 1.
[17]) Ebenda.

näre" so groß wie die Enttäuschung der Liberalen: kein Wort fand er jetzt für die Freiheit, aber für die Heilige Allianz und ihre Tendenzen setzte er sich auf's Wärmste ein. In allen Kabinetten atmete man auf, am beglücktesten aber war Metternich, der nun wieder Einfluß auf seinen russischen Widersacher gewann, und Gentz schrieb begeistert an seinen Freund Pilat: (17. März 1818) „Weit entfernt, gefährliche Neuerungsgelüste zu ermutigen und die Erregung der Gemüter zu steigern, predigte er überall nur Frieden, Mäßigung, Respekt vor den konservativen Prinzipien der Gesellschaftsordnung und Unterwerfung unter die gesetzlichen Autoritäten. Er empfing keinerlei Beschwerden, er hielt keine Reden über Politik. — Ueberall erklärte er, daß er sich keineswegs für autorisiert halte, sich irgend wie in die inneren Angelegenheiten Deutschlands zu mengen, überall aber stellte er den Fürsten die engste Eintracht als einziges Heilmittel für ihr gemeinsames Vaterland dar, und die Anerkennung der Autorität, der Ratschläge, des notwendigen Einflusses der Höfe von Wien und Berlin als die erste ihrer Pflichten. Der Eindruck dieser Worte, wie sie niemand erwarten zu können schien, in Weimar, Frankfurt, Darmstadt und nachwirkend in München, in Stuttgart, an allen Höfen zweiten und dritten Ranges, endlich in der Masse des Publikums, von dem ein beträchtlicher Teil durch die Werkleute der Unruhen und der revolutionären Bewegungen verführt, sich geschmeichelt hatte, eine mächtige Protektion zu finden, wo sie nur die wirkungsvolle Strenge eines Zensors fand — dieser Eindruck ist unbeschreiblich."[18]) An dieser Sinnesänderung Alexanders scheiterte auch das vereinte Bestreben Kapodistrias, Pozzo di Borgos und Tatistscheffs, die Teilnahme Spaniens an der Entrevue durchzusetzen, wie noch zu zeigen sein wird; und Alexander übertrug seine Abneigung gegen jede revolutionäre Gefahr nun auch — zur Beruhigung seiner Bundesgenossen — auf Frankreich, von dem er in Aachen mit größtem Mißtrauen sprach. Kapodistrias aber machte keinen Hehl aus seiner von der des Zaren abweichenden Meinung und sagte zu dem preußischen Gesandten Schoeler, (2. Juni 1818, AAI Rep. 6, Nr. 1) die große Allianz setze sich durch ihre Exklusivität der Gefahr aus, „als ein Napoleon mit vier Antlitzen betrachtet zu werden"; aber er fügte ausdrücklich hinzu, „daß die persönliche Meinung Seiner Majestät des Kaisers in diesem Punkt ganz von der seinigen abweichend und mit der der übrigen Mächte völlig übereinstimmend sei." Eine Feststellung übrigens, die den russischen Staatssekretär später nicht hinderte, allen Gesandten gegenüber zu betonen, daß „zufolge der Ansichten der übrigen Verbündeten" nicht alle Mächte den Kongreß beschicken sollten, Rußland „könne keine Bedenken haben" dabei. Damit bewahrte er die zweideutige Haltung, die das russische Kabinett einzunehmen

[18]) Molden, a. a. O. S. 105.

liebte: sich bei Beschlüssen der Quadrupel-Allianz, die den Kleinen mißliebig sein mußten, hinter seine Alliierten zurück zu ziehen. — Und so war es nur natürlich, wenn Oesterreich, Preußen und England sich immer fester zusammenschlossen.

Bei aller persönlichen Neigung des preußischen Königs zu Alexander zeigte doch der „Tableau politique" von 1817, daß Preußen das berechtigte Mißtrauen Oesterreichs und Englands gegen Rußland teilte. Es wurde hier festgestellt, daß die Macht Rußlands bedrohlicher war als je. Eine Friedensgarantie läge für Preußen allein in dem guten Verhältnis der Souveräne. Mit dem Ableben Alexanders könnte die russische Politik eine völlige Wandlung gegen Preußen erfahren. „Man darf niemals vergessen, daß die Projekte Peters des Großen eher vertagt als aufgehoben sind, daß die russische Armee Preußen niemals seinen militärischen Ruhm verzeiht, daß der Hochadel Preußen nicht liebt, und daß die Nation . . . im Ganzen indifferent ist." Auch über das gespannte Verhältnis Rußlands zu Oesterreich; die Eifersucht des Zaren auf das europäische Ansehen der Habsburger Monarchie; die Anteilnahme Alexanders an den Griechen; die Schwäche der Türkei und Alexanders Anwandlungen, die Pläne seiner Vorfahren gegen sie fortzusetzen — eine begrüßenswerte Entlastung der preußischen Ostgrenze —; seinen maritimen Ehrgeiz und Haß gegen Englands Exklusivität; seine Verachtung des Prinz-Regenten war man durchaus im Bilde. Ebenso war die Schwäche der russischen Verwaltung, der Mangel des Heeres, die Korrumpiertheit des Beamtentums und die wirtschaftliche Zerrüttung, die auch dem preußischen Handel Abbruch tat, wohl bekannt. Zusammenfassend wurde festgestellt, daß Rußland für das eigene Land keine unmittelbare Gefahr bedeutete, bei dem Ehrgeiz des Zaren aber, Europa unter der Maske der Brüderlichkeit zu beherrschen und die europäische Solidarität zu pflegen — um den Zusammenschluß einzelner zu verhindern —, allen unbequem würde.

Oesterreich.

Die umfassendste Abhandlung der preußischen Denkschrift war Oesterreich gewidmet. Nach einer breiten Auseinandersetzung der wirtschaftlichen, finanziellen, militärischen und Verwaltungsschwächen der Donaumonarchie, ihrem Ringen mit den Nationalitäten ihrer Völker, folgte eine Skizzierung des bekannten Verhältnisses zu England und Rußland und endlich zu Preußen. Die Beziehungen der beiden deutschen Bundesstaaten wären die denkbar besten, das alte Ressentiment wäre vergessen. In ihrer engsten gegenseitigen Verbindung und ihrer Einigkeit mit dem Deutschen Bund läge die Bürgschaft für den Frieden Europas und die Sicherheit gegen jede Attacke aus Osten oder Westen. Seit 1815 wären das Haus Habsburg und Hohenzollern

immer zusammen gegangen und hätten einander unterstützt; die Kabinette von Berlin und Wien hätten den Beweis aufrichtigsten gegenseitigen Vertrauens erbracht.

So rosig stellte sich nun freilich in der Welt politischer Realitäten das preußisch-österreichische Verhältnis keineswegs dar, — es sei nur an den sächsisch-polnischen Streit erinnert — und wenn je, so war hier der Wunsch Ancillons und seiner zahlreichen preußischen Gesinnungsgenossen der Vater des Gedankens.

Mehr als in den Befreiungskämpfen hatte Oesterreich in dem diplomatischen Feldzug von Wien bis Aachen seine Existenz gerechtfertigt und bewiesen, daß es seiner europäischen Aufgabe, der Abwehr des Ostens von Mitteleuropa auch ohne die deutsche Kaiserkrone, als europäische Großmacht schlechthin, genügen konnte. Seiner zweiten traditionellen Aufgabe, der Wacht am Rhein, hatte sich der Staat der Habsburger allerdings seit dem Wiener Kongreß endgültig entzogen zu Gunsten einer kühl berechneten Arrondierungspolitik seines nüchtern-aufgeklärten Staatskanzlers. Aber Metternich hatte Frankreich deshalb nicht aus den Augen verloren. Der Anlaß zur Besorgnis vor dem gefährlichsten Staate Europas war allerdings seit den Erlebnissen von 1789 ein anderer geworden: nicht mehr die hemmungslose Grenzraubpolitik Frankreichs schreckte den Kanzler, sondern die Leidenschaftlichkeit in der inneren Politik, die stete Drohung einer neuen Revolution.

Der erschreckende geistige Verfall, die Verwirrung der Finanzen, die trostlose Stagnation der Wirtschaft, kurz der ganze traurige Zustand Oesterreichs im Innern ist wohl am treffendsten charakterisiert durch Gentz' frivoles Wort: „Mich und den Metternich hält's schon noch aus!"

Um so merkwürdiger scheint es, daß solch korrupter Staat nach schweren Niederlagen zu einer so großen Machtfülle emporsteigen und eine derartige Rolle in der europäischen Staatengesellschaft spielen konnte wie Oesterreich seit 1815. Es lassen sich wohl zwei Gründe dafür finden: 1. in der Persönlichkeit des Staatskanzlers Fürsten Metternich. Der umstrittene Führer der österreichischen Politik war zwar nicht der größte Staatsmann seines Zeitalters, aber vielleicht der größte Diplomat, der nur an Talleyrand vorübergehend einen ebenbürtigen Gegner fand. Seinem Geschick verdankt die Donaumonarchie jene überragende Stellung in Europa, die weder ihrer militärischen noch ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprach. 2. konnten keinem Staate die allgemeinen Tendenzen des Zeitalters von der Erhaltung der Ruhe, des status quo, des europäischen Gleichgewichts mehr zu Statten kommen als dem saturierten, schwerfälligen Habsburger Reich.[19])

[19]) Molden, a. a. O. S. 34.

Das seit dem zweiten Pariser Frieden so mühsam wiederhergestellte europäische Gleichgewicht barg unter anderm die latente Spannung des österreichisch-russischen Gegensatzes. Seit der Umgestaltung Oesterreichs zur süd-osteuropäischen Macht, die durch die Erwerbung bezw. Rückerwerbung der Länder Tirol, Kärnten, Krain, Triest, Lombardo-Venetien und Galizien gekennzeichnet wurde, war der russisch-österreichische Gegensatz verschärft. Denn Rußland begann allmählich, die türkische Politik an der Donau abzulösen. Zugleich hatte der russische Imperialismus, der England an seinen empfindlichsten Stellen — am Bosporus, im Mittelmeer und auf der Pyrinäenhalbinsel — bedrohte, es mit sich gebracht, daß Britannien auf Seiten Oesterreichs stand, hatte doch die erste Seemacht Europas notwendiger Weise keine Konflikte mit dem Habsburgischen Binnenstaat. Um so mißtrauischer waren die Briten gegen das neue Königreich der Bourbonen, das eine „ungeschriebene Allianz der Gefühle" (Molden, a. a. O. S. 175) mit dem Zaren zu verbinden schien. Metternich mühte sich rastlos, Rußland innerhalb und Frankreich außerhalb der Allianz zu isolieren; eine Tendenz, die der französische Premierminister schnell genug durchschaute, und die ihn zu der Aeußerung veranlaßte: „Die Furcht vor Rußland ist eine fixe Idee, die Metternich ständig und ausschließlich beschäftigt."

Diese Sorge des österreichischen Staatskanzlers vor der russischen Großmacht, die seine Außenpolitik entscheidend beeinflußt hat, findet in Srbiks Darstellung von Metternichs politischem System nicht genügende Berücksichtigung.

In Metternichs System gibt es keine isolierten Staaten, sondern alle zusammen bilden eine große Gesellschaft. Dies vorrevolutionäre Föderativsystem wieder zu erreichen, ein Gleichgewicht der Kräfte zu schaffen, das erst einen fruchtbaren Fortschritt möglich macht, ist das Ziel seiner Politik. Sind sich die großen Staaten über eine derartige „Ruhepolitik" einig, so müssen sich die kleinen fügen; das Interventionsrecht ist die logische Folgerung für Metternich.

So steht der gesamteuropäische Gedanke im Mittelpunkt des Metternichschen Systems, ein Gedanke, der auch in seinem Zeitalter begründet lag und tief im Universalismus der deutschen Geschichte wurzelte. War diese europäische Orientierung bei Metternich zweifellos Ueberzeugung, und machte sie ihn in erster Linie zu einem europäischen, dann erst zu einem österreichischen Staatsmann, so vermochte sie ihn doch nicht, Oesterreichs Interessen zu vernachlässigen. Schon seine Haltung in der sächsisch-polnischen Frage, noch mehr aber seine Arrondierungspolitik lag ebenso im speziell habsburgischen wie im allgemein-europäischen Interesse: beide Male sicherte er die Monarchie gegen Osten. Wie zäh er mit dem Kabinett von St. Petersburg vor und auf den

Aachener Konferenzen um die Wahrung bezw. Restauration des europäischen Gleichgewichts rang, wird im Verlaufe dieser Darstellung entwickelt werden.

Es ist jedenfalls festzustellen, daß Metternich der russische Koloß dem Gleichgewicht des Kontinents genau so gefährlich schien wie die französische Revolution und ihre Nachwehen. Er wies Mitteleuropa die Aufgabe zu, den Osten und Westen zu trennen.

Diese interne, geistige Zwei-Fronten-Politik des österreichischen Staatskanzlers findet in Srbiks Darstellung von Metternichs politischem System keinen Platz. Es liegt in der Natur des Themas dieser Untersuchung, daß sie ausführlich Darstellung finden wird.

Frankreich.

Während der österreichische Staatskanzler seine Aufmerksamkeit in erster Linie dem Osten zuwandte, sah das Berliner Kabinett sein wichtigstes politisches Verhältnis in Frankreich. Wie die preußischen Truppen im Befreiungskriege die hartnäckigsten und gefährlichsten Gegner Napoleons waren, so rang auch die preußische Diplomatie nach der Zerstörung der französischen Hegemonie unermüdlich — mit dem Feinde und mit den Verbündeten — um die endgültige Sicherung der Ruhe Europas: nur die preußischen Staatsmänner erkannten damals bereits, daß sie allein durch berechtigte Schwächung der französischen Ostgrenze erreicht werden konnte. Auch Ancillons Memorandum von 1817 fand sehr scharfe, charakterisierende Worte für die drohende Gefahr französischer Revanche-Gelüste: während die friedliche Gesinnung des Königs keinen Zweifel ließe, wären die sonst so gegensätzlichen Parteien in Frankreich einig in den Rachegefühlen gegen die Alliierten und der Absicht, früher oder später Belgien und das linke Ufer des Rheins zurückzuerobern. „Die beiden einzigen nationalen Gefühle, die alle Phasen der Revolution überdauert haben, und die alle Franzosen ohne Unterschied einigen, sind Hochmut und Eitelkeit. Der Hochmut, den sie für Würde halten, und der sie heimlich wünschen läßt, sich an den Fremden bei Gelegenheit zu rächen; und die Eitelkeit, die sie nach ihren natürlichen Grenzen seufzen läßt, und ihnen nicht erlauben wird zu ruhen, solange das linke Ufer des Rheins ihnen nicht von Neuem gehören wird.“ Dieser klare und gesunde Gedanke, der bereits 1815 von Hardenberg, Humboldt und Gneisenau vertreten wurde, konnte sich aber nicht gegen die vielfach kombinierten Interessen der Alliierten durchsetzen. Wellingtons und Castlereaghs Protektion der Bourbonen stachelten den Zaren zu noch liberalerem Gebaren an,[20]) und Metternich wollte völlig

[20]) Webster, a. a. O. S. 75, stellt Castlereaghs franzosenfreundliche Politik als ein Vorbild hin. Er preist das berechtigte Streben, das europäi-

nichts von französischen Abtretungen am Rhein hören und proklamierte die Grenzen von 1790. Und auch die Unterstützung, die die süddeutschen Mittelstaaten und die Niederlande Hardenberg, Humboldt und Gneisenau jetzt endlich eifrig gewährten, konnte nicht mehr für Preußen erreichen.

Während Preußen bereits die Kriegsschuldenfrage aufrollte, führten Castlereagh, Wellington und Kapodistrias mit Metternich in schöner Eintracht aus, niemand habe mit Frankreich Krieg geführt; nur gegen Napoleon I. und seine bewaffneten Jakobiner seien die Alliierten eingeschritten, und somit hätte man kein Recht zu Eroberungen, durch die man das legitime Königshaus dem Hasse der französischen Nation preisgeben würde. Nur zu verständlich, daß Talleyrand diese willkommene Formulierung auf's Geschickteste nutzte!

In der Tat stand der Thron der Bourbonen noch auf äußerst unsicheren Füßen. Im Süden Frankreichs entbrannte der Bürgerkrieg, und der Kampf der Parteien steigerte sich auf's Höchste. Und da den Alliierten alles an der Verhinderung einer neuen Revolution lag, kam — nachdem Richelieu die Führung des Ministeriums übernommen hatte — jener beispiellos milde Frieden zustande, von dem Treitschke sagt: „In der gesamten modernen Geschichte ist nur noch einmal nach glänzenden kriegerischen Erfolgen ein Friede geschlossen worden, der sich an schonender Milde mit dem Vertrage vom 20. November 1815 vergleichen läßt: der Prager Friede von 1866."

So wurde es möglich, daß sich Frankreich wirtschaftlich ungewöhnlich schnell von den großen Verlusten seiner Raubkriege erholte. Das außerordentliche Entgegenkommen der Alliierten in der Regelung der Kriegsschulden kam neben der Wirtschaft besonders dem Ministerium Richelieu zustatten. Und zu dessen Stärkung war die Aktion vor allem geplant, denn die Spannungen zwischen den Parteien wuchsen erschreckend und drohten, den mühsam hergestellten Frieden von Neuem zu zerstören.[21])

sche Gleichgewicht zu wahren und Frankreich als Gegengewicht zu Rußland zu erhalten. Aber Webster verkennt damit genau wie Castlereagh es tat, die immanente Tendenz der Politik Frankreichs: das deutsche Rheinland seiner Ostgrenze anzugliedern. Die Zurückführung Elsaß-Lothringens zum Reich wäre eine wirksamere Sicherung für Mitteleuropa gewesen, ohne Frankreich Unrecht zu tun. Die Sicherung des kontinentalen Gleichgewichtes gewährleistet nur ein starkes Mitteleuropa. Davon war der britische Außenminister nicht durchdrungen; wenn auch Webster an anderer Stelle — S. 116 — behauptet, Castl. hätte dieses im Gegensatz zu Rußland und Frankreich gewünscht und durch engeren Zusammenschluß Oesterreichs und Preußens zu erreichen gesucht. Tatsächlich hat Lord Castl. sich um Preußen nur gekümmert, wenn er ihm Frankreichs wegen entgegentrat oder fürchten mußte, Friedrich Wilhelm würde seinen russischen Freund gegen österreichisch-britisches Interesse unterstützen.

[21]) so auch Molden, a. a. O. S. 56 u. 71 ff.

Nur eine kleine Partei bekannte sich ehrlich zum Königtum Louis' XVIII. und der Charte. Weit mächtiger war die radikal-legitimistische Partei der Ultras unter der Führung „Monsieurs", des Grafen von Artois. Aber auch die Bonapartisten stellten eine dem Königtum gefährliche Macht dar und wuchsen mit der Verbreitung der „Napoleonischen Legende". Ihre Kriegsbereitschaft wurde von den Republikanern eifrig unterstützt, und es wurde möglich, daß Frankreich bereits 1817 wieder über eine Linienarmee von 240 000 Mann und eine starke Reserve verfügte, weil sich in dieser Frage Königtum und Parteien fanden.

Um so unwilliger ertrug die nationale Reizbarkeit der Franzosen die Besatzungsarmee der Alliierten. Trotz des Widerspruchs der Preußen, besonders Gneisenaus und Hardenbergs, hatten England und Rußland eine Okkupation des Landes auf einige Jahre hinaus zur Erhaltung der Ruhe in Frankreich für unumgänglich gehalten. Die Ultras selbst hatten um Zurücklassung eines Schutzes für den König gebeten, und so war Art. 5 des Friedensinstrumentes zustande gekommen: „Der Zustand der Unruhe und Gärung, dessen Spuren nach so vielen gewaltigen Erschütterungen und besonders nach der letzten Katastrophe in Frankreich notwendiger Weise noch nicht verwischt sein können, erfordert für die Sicherheit der Nachbarstaaten temporäre Vorsichts- und Schutzmaßregeln: daher ist es als unerläßlich erachtet worden, während einer gewissen Zeit durch ein Korps der verbündeten Truppen militärische Stellungen längs der französischen Grenzen besetzen zu lassen, mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß diese Okkupation weder der Souveränität Seiner Allerchristlichsten Majestät noch die in diesem gegenwärtigen Vertrage anerkannten und bestätigten Besitzverhältnisse beeinträchtige." Trotz dieses Vorbehaltes mußte die Widernatürlichkeit der Stützung des Königs durch fremde Truppen in seinem eigenen Lande den Bourbonen nur verhaßter machen. Die Franzosen verziehen ihm diese Schmach nicht, und sein Regime blieb unweigerlich mit dem Odium der Fremdherrschaft belastet. So mußte die preußische Prophezeiung, daß die Okkupations-Armee nicht zur Wahrung sondern zur Zerstörung der Ordnung in Frankreich führe, auch den anderen Alliierten bald klar werden. Und da ihnen alles an der Erhaltung des status quo lag, kamen sie Frankreich dauernd entgegen.

Schon im Januar 1816 konnte Richelieu die Räumung von Paris durchsetzen[22]). Das Wühlen der Ultras aber dauerte an, die Verfolgungen der Bonapartisten und sogar der Protestanten stürzten das Land in neue Kämpfe, und Verschwörungen und Aufstände fanden erst ein Ende, als sich der König im September 1816 mannhaft zur Auflösung der berühmten „chambre in-

[22]) Molden, a. a. O. S. 53.

trouvable" entschloß. Hardenberg, Kaiser Alexander und Wellington hatten den französischen König zu jenem Schritt ermutigt, und die Belohnung folgte schnell: der Zar hatte bereits am 21. Juli 1816 der Herabsetzung der Okkupations-Armee auf ein Drittel zugestimmt, unter der beliebten russischen Bedingung, daß seine Alliierten vor ihm entschieden. In der Tat gab Oesterreich den entscheidenden Anstoß, da es der Pariser Botschafterkonferenz am 8. Dezember 1816 die Verminderung der Besatzung vorschlug. Am 10. Februar 1817 ging Richelieu die offizielle Note der vier Mächte zu, die eine Verminderung der Truppen ab 1. April um 30 000 Mann, also ein Fünftel, ankündigte und ausdrücklich hervorhob, wie sehr die Grundsätze des Ministeriums und besonders des Herzogs von Richelieu den Entschluß zu diesem Schritte erleichtert hätten. Die Freude in Frankreich war allgemein und sicherte der Kammer eine gewisse Zeit ruhigeren Wirkens.

Zugleich mit der Minderung der Besatzung wurden die Lieferungen Frankreichs für die Kontingente von 200 000 auf 160 000 Rationen pro Tag herabgesetzt.

Aber noch trug die Nation unwillig die finanziellen Lasten des verlorenen Kampfes. Der zweite Pariser Friede hatte die von Frankreich zu zahlenden Kriegsschulden auf 700 Millionen Franken festgesetzt, von denen 140 Millionen — laut Protokoll vom 21. November 1815 — zum Ausbau einer Verteidigungslinie aller Nachbarn Frankreichs bestimmt worden waren. Preußen, das im ersten Pariser Frieden vergeblich um französische Entschädigungen gekämpft hatte, wurden 1815 145 Millionen zugestanden. Außerdem aber hatte es — wie besonders die deutschen Kleinstaaten und Spanien, aber auch England und Oesterreich — noch private Forderungen an Frankreich zu stellen, ohne Anrechnung der von Napoleon geforderten Kriegstribute. Auch diese Forderungen waren 1815 offiziell anerkannt worden, trotzdem Gentz darin sofort eine neue Gefahr sah [23]). Er hatte die Lage durchaus richtig eingeschätzt, denn im Sommer 1817 stellte sich heraus, daß diese Summe die ungeahnte Höhe von 1590 Millionen Franken betrug. Ein geschlossen-rigoroses Vorgehen aller Sieger gegen den einen Unterlegenen wurde damals noch nicht einmal in Erwägung gezogen, und so wagten die Alliierten schlechterdings nicht, dem Ministerium Richelieu — Décazes diese Forderungen zu unterbreiten, mußte man doch sonst seinen Sturz befürchten.

Wieder war es Zar Alexander, der sich diese Gelegenheit, um die Gunst der Bourbonen zu werben, nicht entgehen ließ. Schon im Juni 1817 hatte Pozzo di Borgo Revision der Finanz-Konvention gefordert und auf eigene Faust auch mit dem bri-

[23]) Molden, a. a. O. S. 59.

tischen Bankier Baring verhandelt[24]), dessen Haus bereits eine französische Anleihe gesichert hatte. Alexander aber ging noch einen Schritt weiter und versprach auf Kosten seiner Alliierten eigenmächtig Herabsetzung ihrer Forderungen. So wurde es nötig, daß sich die Staatsmänner der vier großen Mächte schon in Karlsbad, wo man sich zur letzten Vorverhandlung über die Aachener Konferenzen traf, mit Frankreichs finanzieller Lage befaßten. Metternich und Gentz machten die Hausherrn, Preußen war durch Bernstorff, England durch Gordon und den Bruder Castlereaghs, Charles Stewart, vertreten. Der französische Vertreter in Wien, Caraman, konnte erst eine Behandlung der Frage erreichen, als Kapodistrias eintraf. Der russische Staatssekretär setzte durch, daß niemand Einspruch gegen seinen Vorschlag erhob, der Pariser Botschafterkonferenz dieses Problem zu unterbreiten. Und als Richelieu durch seine Note vom September d. J. von den Mächten tatsächlich erreichte, daß die Botschafterkonferenz die Verhandlungen begann, stand Preußen wieder einmal isoliert da. Da Rußland von Napoleon finanziell kaum geschädigt war, England und Spanien durch günstige Sonderverträge gesichert wurden, wollte auch Oesterreich seine kleineren Forderungen nur schonend eingetrieben wissen. So blieb es Preußen allein überlassen, ungeachtet der politischen Rücksichtnahme als harter Gläubiger aufzutreten[25]). 1814 hatte das Berliner Kabinett vergeblich rund 170 Millionen Franken angemeldet. Und als dieses Mal endlich eine Einigung erzielt wurde, schnitt Preußen unverhältnismäßig schlecht ab. Zar Alexander hatte durchgesetzt, daß Wellington den Vorsitz der Kommission führte, und der Herzog erreichte mit österreichischer Unterstützung, daß nur die vier großen Mächte mit Frankreich verhandelten und nicht alle 20 Gläubigerstaaten; ein Auftakt zu den Aachener Konferenzen!

Am 25. April 1818 wurde die „Konvention, private Reklamationen zu Lasten Frankreichs betreffend" von Goltz, Vincent, Richelieu, Stuart und Pozzo di Borgo unterzeichnet, die geradezu als ein französischer Sieg bezeichnet werden muß.[26]) Von über eine Milliarde Franken waren die Forderungen auf 240 800 000 Franken zurückgesetzt worden, die in französischen Rentenbriefen gezahlt werden sollten. Diese wurden in Frankreich selbst zur Subskription aufgelegt, die — bezeichnend für die wahren finanziellen Verhältnisse des Bourbonenstaates — mit 2 Milliarden eine starke Überzeichnung brachte. Das Bankhaus Baring und Hope übernahm die finanziellen Transaktionen.

Mit Recht hatte das preußische Memorandum von 1817 in der finanziellen Belastung Frankreichs bei seiner blühenden

---

[24]) Molden, a. a. O S 59 und Webster, a. a. O. S. 83 ff.

[25]) Molden, a. a. O. S. 62.

[26]) AA I Rep. 6, N. 11

Wirtschaft und der überzeichneten Anleihe keine Gefahr für Europa gesehen. Die Zähigkeit der preußischen Staatsmänner machte sich kaum belohnt, sie konnten nur 2 600 000 in Renten für ihr Vaterland retten. Österreich bekam 1 250 000, Hamburg allein 1 000 000, die Niederlande 1 650 000, Sardinien 1 250 000, die übrigen Summen betrugen alle weniger als eine Million. England dagegen erhielt 3 Millionen und Spanien fast eben so viel. Die preußischen Gläubiger kamen im Vergleich zu den anderen Staaten also außerordentlich schlecht weg.

Nach diesem Abkommen war Frankreichs Lage bedeutend gebessert, und das Ansehen seiner Regierung hob sich bei allen Parteien noch mehr, als Richelieu die Räumung des Landes offiziell vor der Kammer behandelte [27]).

Selbstverständlich sah Richelieu in den preußischen Diplomaten seine gefährlichsten Gegner und bemühte sich besonders um Rußland. Ancillons Denkschrift legte ausführlich dar, daß die außenpolitischen Möglichkeiten des Bourbonen-Staates bei Rußland und Spanien lägen. Die Gefahr des Zusammenstoßes mit Preußen bestände am Rhein, mit Oesterreich in Deutschland und Italien, mit England überall. Eine kluge Erfassung der politischen Lage!

Als die Vorverhandlungen zu den Aachener Konferenzen im Frühjahr 1818 begannen, stellte sich also die Gruppierung der großen Mächte folgendermaßen dar: dem besiegten Frankreich stand nicht mehr — wie zu erwarten gewesen wäre — die geschlossene Phalanx der Siegerstaaten gegenüber, sondern der Vierbund war in zweifacher Hinsicht bereits innerlich durchbrochen: einmal durch die franco-russische Allianz der Gefühle, die sich bei Alexander aus realem Streben nach Einfluß auf den bourbonischen Hof und schwerer faßbaren liberalen Sympathien merkwürdig und unklar mischte; zum andern durch Preußens Notlage, die das Berliner Kabinett immer von Neuem dazu zwang, alle Forderungen, die an Frankreich zu stellen waren, rigoroser zu verfechten als die drei anderen Alliierten. Während nun das russische Verhalten sich besonders in den Vorverhandlungen auswirkte und später mehr den Charakter einer unschuldigen Extratour bekam, hemmten Preußens wohlverstandene Eigeninteressen vorübergehend die Abwicklung der Konferenzen selbst, deren fruchtbarer Verlauf nur durch wiederholte Opfer der preußischen Diplomaten gesichert werden konnte.

Nach außen hin, den Mächten zweiten und dritten Ranges gegenüber aber stand die Quadrupel-Allianz scheinbar unerschüttert da, und ihre politischen Schritte wurden mit größtem Mißtrauen verfolgt.

---

[27]) Molden, a. a. O. S. 64.

2. Die Bedeutung der Heiligen Allianz für die Aachener Konferenzen.

Die Abneigung der „Sous-Alliés" gegen die Suprematie des Vierbundes wurde auch durch ihre Zugehörigkeit zur Heiligen Allianz nicht gemildert.

Dieses merkwürdige Schriftstück, von dem Goethe in seinen Gesprächen mit Eckermann (3. Januar 1827) sagte, es sei „nie etwas Größeres und für die Menschheit Wohltätigeres erfunden worden", ging auf die persönliche Initiative Alexanders I. zurück[28]). Er proklamierte darin eine neue Aera der Politik, in der das Leben der Staaten christlichen Moralprinzipien unterstellt werden sollte. Der Entwurf des Zaren war politisch indifferent[29]) und wurde vom preußischen König und auch von Kaiser Franz, dessen Mißtrauen Metternich schnell genug beruhigte, schon am 26. September 1815 unterzeichnet. Erst Metternich wußte die Verschwommenheit dieser Akte höchst geschickt zur Stützung seines Systems zu benutzen: er suchte die bestehende Staatsordnung mit

---

[28]) So Franz Büchler und Werner Näf.

[29]) Die latente Gefahr, die er durch die Verquickung mystisch-religiöser Ideen mit den Möglichkeiten russischer Machtpolitik barg, zeigt Büchler, a. a. O. S. 46 ff. Büchler sieht das Ziel der russ. Politik in der Erstrebung der Hegemonie auf dem Kontinent, die Alex. einerseits durch Frankreich — als Bundesgenossen in der orientalischen Frage — erringen wollte, 2. durch Darniederhaltung Preußen-Deutschlands. Die Aufrechterhaltung der Quadrupel-Allianz sicherte den Zaren zugleich vor Frankreichs Verselbständigung. Büchler fährt dann fort: „Es fehlte nur noch der engere Bund mit Preußen und Oesterreich, der Ostmächtebund, um Rußland in dem kommenden diplomatischen Kampf nach allen Seiten hin sicherzustellen. Diesem Zweck wurde die Heilige Allianz in hervorragendem Maße gerecht. Oesterreich und das um seinen Lohn betrogene Preußen konnten zwar in Rücksicht auf die schon bestehenden Verträge nicht noch einmal durch einen internationalen Pakt gebunden werden, aber in der Form einer über der Diplomatie stehenden Verbrüderung der Monarchen konnte das nötige Werkzeug geschaffen werden, um der Entwicklung des russ. Einflusses eine breitere Basis zu geben. Selbst bei einem Beitritt der anderen Mächte zur Heiligen Allianz hatten die Ostmächte als einladende Staaten eine besondere Stellung, und Rußland, dem die Initiative zu verdanken war, war die leitende Macht". Hier bleibt vom Büchler unausgesprochen, gegen wen der Zar denn ein Bündnis der Ostmächte für erwünscht halten sollte, denn ein Bündnis hat notwendiger Weise die Tendenz gegen eine bestimmte Macht oder Mächtegruppe. An und für sich hätte es nun sehr wohl in der Linie der russischen Politik gelegen, eine engere Verbindung der drei Ostmächte gegen England zu schaffen; von dem Augenblick an aber, wo die Heilige Allianz auf alle europäischen Mächte ausgedehnt wurde, waren ihre realpolitischen Möglichkeiten für ihren Stifter stark beschränkt. Auch als „leitende Macht" war sein Einfluß nicht groß. Mit Recht sagt B. allerdings zum Schluß dieser Gedankengänge: „Daß die Heilige Allianz aus solchen Absichten entstanden sei, dafür hat man keinen Beweis."

Hilfe religiöser Prinzipien und unklarer Versicherungen auf Gegenseitigkeit zu stützen, und paßte die Heilige Allianz damit der Politik des Vierbundes an[30]). „Und es ist einleuchtend, daß die Grundsätze der Heiligen Allianz damit schließlich dem Staate zugute kommen mußten, der, territorial gesättigt, politisch schwerfällig, materiell wenig stark gegenüber aggressiven Tendenzen seines Rivalen eine konservative Politik vertrat und vertreten mußte". (Molden, a. a. O. S. 34.) Diese Wandlung eines schwärmerischen Entwurfes zum politischen Instrument ist Metternich erst allmählich gelungen, und seither wurde die Heilige Allianz, konservativ und antirevolutionär, als Ausdruck des „Systems Metternich" angefeindet und gehaßt.

Die Urkunde der Heiligen Allianz beginnt: „Im Namen der heiligen und unteilbaren Dreieinigkeit" und verkündet in der Einleitung, daß die Kaiser von Oesterreich und Rußland und der König von Preußen „infolge der großen Ereignisse der letzten Jahre... die innige Ueberzeugung von der Notwendigkeit gewonnen haben, ihre gegenseitigen Beziehungen auf die erhabenen Wahrheiten zu gründen, welche uns die Religion des göttlichen Heilands lehrt". — Einziger Zweck dieses Aktes wäre, der Welt zu bekunden, daß die beteiligten Monarchen „zu ihrer Richtschnur des Verhaltens im Innern ihrer Staaten wie nach außen nur die Vorschriften dieser heiligen Religion, die Vorschriften der Gerechtigkeit, Liebe und Friedseligkeit nehmen".

Drei Artikel geben dann die Richtlinien für die Ausführung dieser Ideen. 1. werden sich die Fürsten „gemäß der Worte der Heiligen Schrift" als Brüder und Landsleute ansehen und sich bei „jeder Gelegenheit Hilfe und Beistand leisten". Neben diesem außenpolitischen Versprechen steht das innenpolitische, sich den Untertanen und Armeen gegenüber als „Familienväter" zu betrachten. Der 2. Artikel zieht die Konsequenz hieraus, „sich gegenseitige Dienste zu erweisen, . . . sich nur als Glieder der einen christlichen Nation zu betrachten". Im letzten Teil ist der Zusammenschluß aller Mächte zur Heiligen Allianz vorgesehen.

Und so ergingen gemäß Artikel 3 der Urkunde der Heiligen Allianz: „Alle Mächte, welche sich feierlich zu diesen heiligen Grundsätzen bekennen wollen . . . werden mit großer Freude in diese Heilige Allianz aufgenommen werden...", an alle 47 christlichen Staaten Europas die Einladungen zum Beitritt, aber nicht an den Sultan. Das Mißtrauen des englischen Kabinetts gegen den russischen Imperialismus, dem Castlereagh unverhohlen Ausdruck gab, hinderte den Prinz-Regenten, die Heilige-Allianz-Akte

[30]) So auch Büchler, a. a. O. S. 47: „Einen legitimistischen Sinn, wie er später einer Epoche seinen Namen aufdrückte, hatte die Urkunde erst bekommen, nachdem Alexander von Metternichs Diplomatie umgarnt und eingefangen war."

zu unterzeichnen. Er sandte nur — am 6. Oktober 1815 — ein persönliches Schreiben an den Zaren, das seine Sympathie für den Plan ausdrückte[31]). Schon am 19. November 1815, also noch einen Tag vor der Unterzeichnung des zweiten Pariser Friedens trat Louis XVIII. auf ausdrückliche Aufforderung Alexanders der Heiligen Allianz bei. Es lag nun aber in der eigenartigen Handhabung der Formalitäten, daß der französische König erst am 6. Juni 1817 zu Franz I. und Friedrich Wilhelm III. in das gleiche Verhältnis trat.

Nachdem Louis XVIII. dem Zaren seine Beitrittserklärung abgegeben hatte, folgten vom Mai bis zum Oktober 1816 die Staaten mittlerer Größe, — Schweden, Norwegen, Spanien, Sardinien, Piemont, Sizilien, Niederlande, Dänemark, Sachsen, Bayern, Württemberg, Portugal und auch die Schweiz. Im Laufe des Jahres 1817 schlossen sich dann noch die deutschen Kleinstaaten an. Näf (a. a. O.) bringt den interessanten Nachweis, daß Rußland mit der Einladung zum Beitritt voranging, und Preußen und Oesterreich erst später folgten, so daß die Aufgeforderten drei — meist zeitlich getrennte — Rückäußerungen an die Ostmächte erlassen mußten. „Daß in diesem Vorgehen Absicht lag, ist unverkennbar: man ließ Rußland den Vortritt und folgte nach. — Politisch lehrreich aber ist vor allem der Fall Frankreichs: nur der Zar hat dem Herrscher des besiegten Staates sofort nach Abschluß der Heiligen Allianz, schon bevor der zweite Pariser Friede unterzeichnet war, die Freundeshand entgegengestreckt, und seine Zugehörigkeit zum christlichen und brüderlichen Bundesvertrage gewünscht." (Näf.)[32])

Näf sieht die wichtigste Phase der Entwicklung der Heiligen Allianz in ihrer von Metternich erreichten Anwendung auf die politischen Realitäten im reaktionären Sinne. Und er vertritt die Ueberzeugung, daß es dem österreichischen Staatskanzler von Aachen an gelungen wäre, Alexander auf diesen Standpunkt herüber zu ziehen.

Tatsache ist, — und wurde bereits gezeigt — daß Zar Alexander im Sommer 1818 eine entscheidende Wandlung zum Konservativismus durchmachte, die durch die Aachener Konferenzen noch bestätigt wurde. Es trifft aber nicht zu, daß Metternich in Aachen mit der Heiligen Allianz als reaktionärer Handhabe agierte. Im Gegenteil, er vermied die Berufung auf jene Abmachungen vom 26. September 1815 immer wieder und zwar aus dem einleuchtenden Grunde, den „Sous-Alliés" jede Möglichkeit der Einmischung in die Aachener Konferenzen zu nehmen.

---

[31]) Webster, a. a. O. S. 59. Näf berichtet über die Absage des Prinz-Regenten nichts.

[32]) Molden ist demnach im Irrtum, wenn er die Aufnahme König Louis' in die Heilige Allianz erst für das Frühjahr 1816 ansetzt.

Die Proklamation der christlich-europäischen Gemeinsamkeit bot weder dem besiegten Frankreich noch den Mittel- oder Kleinstaaten realpolitische Möglichkeiten, solange die Vertreter des Vierbundes selbst sich nicht bei späteren Konventionen und Verträgen auf die Heilige Allianz beriefen; eine Neigung, die übrigens nur ihr Stifter, der Zar, hatte. Der preußische König war viel zu nüchtern, aus diesem Gefühlsausbruch seines Freundes Alexander politische Folgerungen zu ziehn; der Prinz-Regent schied von vorneherein aus, und Metternich, der die geistigen Strömungen seiner Zeit so außerordentlich geschickt in den Dienst seines Systems zu stellen wußte, verzichtete aus oben dargelegten Gründen auf eine Berufung auf die Heilige Allianz, wenn es sich um neue Beratungen von europäischem Ausmaß handelte, und zog es vor, sich auf die beim Abschluß des zweiten Pariser Friedens neu konstituierte Quadrupel-Allianz zu berufen. Denn während er dadurch einmal vermied, den Mächten zweiten Ranges Teilnahme an der großen Politik einzuräumen, kamen zum andern seinem persönlichen Geschmack und seinen Fähigkeiten Beratungen im engsten Kreise, in denen er zu überreden suchte, weit mehr zu Statten, im Gegensatz zu Alexander.

Und derartige Zusammenkünfte waren in der Tat vorgesehn; — in der Erneuerung der Quadrupel-Allianz heißt es im Art. 6: „Um die Ausführung des vorliegenden Vertrages zu sichern und zu erleichtern, und die engen Beziehungen zu festigen, die heute die vier Souveräne zum Heile der Welt einen, sind die hohen Vertragschließenden übereingekommen, zu bestimmten Zeiten, sei es unter den unmittelbaren Auspicien der Souveräne, sei es durch ihre Minister, Zusammenkünfte zu wiederholen, die den großen, gemeinsamen Interessen und der Prüfung jener Maßregeln gewidmet sein sollen, welche man in jedem Zeitpunkte als die für die Ruhe und das Heil der Völker und für die Erhaltung des europäischen Friedens heilsamsten erachten werde."

Dieser Artikel wurde in Folge der Koalitionen der Kriegsjahre geschaffen; — das Zusammenleben der Monarchen im Kriegslager, auf Kongressen und Friedensschlüssen hatte einen persönlichen Verkehr der Staatslenker von bislang unbekannter Frequenz nach sich gezogen, der ein Novum in der großen Politik war.[33]) Speziell Zar Alexander reiste leicht und gern, und seine Beweglichkeit und Vorliebe für allgemeine Kongresse, auf denen er der Wirkung seiner liebenswürdigen Persönlichkeit auf die Menge nur zu sicher sein durfte, machten ihn zum eifrigen Fürsprecher europäischer Entrevuen. Durch sie dachte man das System der Ueberwachung aller durch alle, das freilich durch England und Rußland durchaus auf den Kontinent beschränkt

[33]) Webster, a. a. O. S. 56 betont bes. Castlereaghs Vorliebe für Konferenzen.

war, am leichtesten zu handhaben. Schwierigkeiten machte nur der Passus des Artikels 6, der diese Zusammenkünfte „à des époques déterminés" anberaumte. Gegen die Periodizität der Entrevuen stand die Tradition der britischen Politik und das Mißtrauen Oesterreichs gegen den Zaren. Und so war Kaiser Franz mit periodischen Zusammenkünften der Monarchen nur dann einverstanden, wenn sie dazu dienten, europäische Klagen zu besprechen und nicht den Charakter eines Kongresses annehmen würden.[34])

Noch aber war der Zeitraum zwischen den Konferenzen der Quadrupel-Allianz nicht begrenzt worden. Da ließ Hardenberg am 12. April 1817 — unter ausdrücklicher Berufung auf den in Paris erneuerten Allianz-Vertrag — durch Krusemarck bei Metternich anfragen, ob Kaiser Franz zu einer Reunion bereit wäre. Der Anstoß zu der Monarchen-Entrevue von 1818, die als Aachener Kongreß in die Geschichte eingegangen ist, ging also von Preußen aus!

3. Rußlands Ringen mit Preußen, Oesterreich und England um die Teilnehmer und Themen.

Mit diesem Auftakt setzen die so wichtigen Vorverhandlungen zu den Aachener Konferenzen ein, die schon deutlich das Widerspiel der Interessen der europäischen Großmächte erkennen lassen und nicht nur die Orts- und Teilnehmerfrage klären, sondern mit letzterer zugleich auch die Themen der Entrevue umreißen.

König Friedrich Wilhelm plante für das Jahr 1818 einen freundschaftlichen Besuch beim Zaren, in den auch die bevorstehende Vermählung der Prinzessin Charlotte mit Nicolaus, dem Bruder Alexanders, hineinspielte. Und da der Zar zuvor nach Wien und Berlin gereist war, hielt der König es für passend, die Besuche zu erwidern und fand die Teilnahme Kaiser Franz' erwünscht.[35]) Die Zwanglosigkeit dieses Planes ist bezeichnend für den preußischen König, dessen Schlichtheit große Kongresse unsympathisch waren. Er liebte es, die familiären Bindungen seines Hauses an den Zarenhof zu betonen und zu pflegen, und wünschte auf diesem Niveau auch die notwendigen politischen Verhandlungen zu führen. Metternich aber, der Meister im Verflechten politischer und gesellschaftlicher Interessen war, lehnte dies Mal solche Verquickung ab. Gegen einen rein formalen Höflichkeitsbesuch hatte der Fürst nichts einzuwenden, als Ort einer politischen Entrevue aber erschien ihm Petersburg ungeeignet. Er machte die Schwierigkeiten geltend, die Kabinette in

[34]) Metternich an Vincent, 5. April 1818; AA I Rep. 6, Nr. 1.
[35]) Hardenberg an Krusemarck, 12. April 1817. AA I Rep. 6, Nr. 1.

solcher Entfernung zu versammeln, speziell da man sich mit der Lage Frankreichs und Beratung definitiver Maßnahmen der Wiederanerkennung dieser Macht befassen mußte; dazu war eventuell eine Verständigung mit den französischen Ministern notwendig. Deshalb und mit Rücksicht auf das englische Kabinett war ein Beratungsort im Westen geeigneter. Besonders interessant ist Metternichs Beteurung, daß der Wiener Hof keinen Arg bei einem Treffen des Königs und des Zaren hätte, andere Höfe aber „Vermutungen und Gerede" daran knüpfen würden; ein Uebelstand, der sich am besten vermeiden lasse, wenn die Entrevue der Herrscher nach einer allgemeinen Reunion (réunion générale) stattfände.[36]) — Offensichtlich wollte Metternich einen Kongreß auf russischem Boden unbedingt vermeiden, bei welchem der Zar ein nicht auszugleichendes Uebergewicht über die österreichischen Staatsmänner gehabt haben würde. Da der österreichische Kanzler die innige Verbundenheit des Königs und des Zaren, die durch die bevorstehende dynastische Verbindung ihren Höhepunkt erreichen sollte, wohl kannte, bot er alle Ueberredung auf, den Zaren v o r einem solchen Treffen auf neutralerem Boden den österreichischen Zielen unterzuordnen.

Es ist bekannt, daß der Leiter der österreichischen Politik, nachdem er die territoriale Saturiertheit des Habsburger Staates erreicht hatte, seine Hauptaufgabe in der Zurückdrängung des moskowitischen Kolosses und der Unterdrückung der nationalen und liberalen Tendenzen aller Länder sah. Da Frankreich noch unzuverlässig und Preußen in jenen Jahren auf's Stärkste nach innen konzentriert war, blieb Britannien der natürliche Bundesgenosse. Das englische Kabinett war an den kontinentalen Verwicklungen immer weniger interessiert und teilte andererseits Metternichs Mißtrauen gegen Rußland.

Rußland seinerseits würde bei einer Konferenz der Quadrupel-Allianz nahezu isoliert dastehn und naturgemäß außerhalb derselben Unterstützung suchen, und da kam neben Frankreich, als dessen Protektor sich Alexander und besonders sein Minister Pozzo di Borgo stets betrachteten, vor allem der zweitgrößte Bourbonenstaat — Spanien, in Frage. Und in der Tat setzte Rußland, nachdem ein Kongreß, dessen Hauptthema durch die Novemberverträge von 1815 feststand, eine beschlossene Sache war, alles daran, Spanien und anderen Mittelstaaten die Teilnahme zu erkämpfen. Sein entschiedenster Gegner war hier — wie immer — Oesterreich, das in jener Zeit eine weit über seine militärischen und politischen Kräfte hinausgehende Rolle spielte.

Die klare Beschränkung des geplanten Kongresses auf die vier Großmächte war durchaus das Werk Metternichs und sein Sieg. Es war der österreichische Staatskanzler, der in seinem

[36]) Krusemarck an Hardenberg, 26. April 1817, AA I Rep. 6, Nr. 1.

denkwürdigen Memorandum vom 5. April das Thema der Entrevue klar umriß und als erster einen scharfsinnigen juristischen Beweis zu erbringen trachtete, daß es allein den vier Alliierten zustände, über die innere Lage Frankreichs zu beraten. Das Memorandum vom 5. April[37]) „Ueber die Reunion der alliierten Kabinette zwecks Beratung — gemäß Art. 5 des Vertrages vom 20. November 1815 — der Motive zur Beendigung oder zur Fortsetzung der militärischen Okkupation in Frankreich" (AA I Rep. 6, Nr. 1) zergliederte 1. Artikel 6 des 1815 erneuerten Allianz-Vertrages und 2. Artikel 5 des Friedensvertrages mit Frankreich von 1815 in 8 ausführlichen Paragraphen. In der Tat war es juristisch unanfechtbar, daß nach Art. 6 des Allianz-Vertrages nur die Souveräne der vier großen Mächte übereingekommen waren, Reunionen abzuhalten, deren Maßnahmen der Erhaltung des europäischen Friedens dienen sollten. Anders stand es allerdings mit Artikel 5 des Friedensvertrages, der den „alliierten Souveränen nach Uebereinkunft mit Seiner Majestät dem König von Frankreich" das Recht einräumte, die Okkupation gegebenenfalls vor Ablauf von 5 Jahren zu beenden. Unter „alliierten Souveränen" verstand Metternich nun einschränkend die Herrscher der vier Großmächte, alle anderen Souveräne wären dem bereits abgeschlossenen Friedensvertrag erst später und in zweiter Linie beigetreten, und auch die Teilnahme ihrer Truppen an der Besetzung Frankreichs änderte in den Augen des Staatskanzlers nichts daran, da sie auf Abmachungen 2. Grades beruhte, und tatsächlich auch die Verminderung der Okkupationsarmee im vorhergegangenen Jahre ohne die „Sous-Alliés" beschlossen worden war.

Man sieht, Metternich hatte sich hier auf ziemlich unsicheren Rechtsboden gestellt. Wenn er dennoch siegte, so lag das vor allem an der Einstimmigkeit, die damals bereits zwischen dem Wiener, Londoner und Berliner Kabinett bestand. Mit Recht konnte Metternich in dem Brief an Vincent, der sein Memorandum vom 5. April begleitete, auch von der Geneigtheit des Zaren für diese Beschränkung der Konferenzen sprechen, denn der russische Widerstand lag nurmehr bei Kapodistrias und Pozzo di Borgo. Die entscheidenden Vertreter der Quadrupel-Allianz waren sich einig.[38]) Auch Castlereagh sah die Möglichkeit, die geplante Entrevue auf dem erneuerten Allianz-Vertrag zu begründen, um andere Mächte fern zu halten, und schnellste Abwicklung zu sichern. Aber — und das ist typisch für die englische Politik — sobald andere Herrscher an den Fragen der Reunion interessiert wären, so sollten die Alliierten wie bislang

[37]) Bei Molden, a. a. O. S. 94, Webster a. a. O. S. 125.

[38]) Webster, a. a. O. S. 126. ist nicht im Recht, wenn er von Metternichs Brief an Vincent sagt: „Er gab eine Einmütigkeit zwischen den Kabinetten vor, welche in Wirklichkeit kaum bestand".

den Grundsatz verfolgen, sich mit dem einzelnen Staat in Verbindung zu setzen und über das jeweilige Objekt des gemeinsamen Interesses verhandeln.[39]) Dieser Vorschlag lag absolut in der Tradition der englischen Politik, die die Verständigung von Staat zu Staat den großen gemeinsamen Kongressen bei weitem vorzog.

Das preußische Kabinett hatte bereits am 27. März sein völliges Einverständnis mit Metternichs Vorschlägen vom 9. März nach Petersburg gehn lassen und versichert, daß „der König nur den Entscheid Seiner Majestät über diese Vorschläge erwarte, um seinen Ministern an den verschiedenen Höfen die nötigen Instruktionen zugehn zu lassen." Einen Tag später beauftragte Lottum — in Vertretung Hardenbergs, der Anfang Januar bis Anfang April 1818 auf Reisen im Rheinland war — Krusemarck, Metternich mitzuteilen, „der König teile völlig die Ansicht seines erhabenen Alliierten über die Notwendigkeit, jeden Monarchen, Fürsten und fremden Minister von der bevorstehenden Entrevue fern zu halten."[40]) Friedrich Wilhelm war sich klar, daß man mit der Zulassung keine Ausnahmen machen konnte, sondern a l l e n die Teilnahme versagen mußte. Bereits hatten sich mehrere Bewerber gemeldet, und „das würde genügen, um die Vertraulichkeit, die die Beratungen leiten muß, zu stören." Sobald die russische Stellungnahme vorliegen würde, sollten die Instruktionen an die preußischen Geschäftsträger gemäß der österreichischen Vorschläge ergehen.

Nach so weitgehender Uebereinstimmung zwischen den deutschen Großmächten und England war es selbstverständlich, daß Vincents Kollegen Goltz und Stuart sich sofort zu Metternichs Memorandum stellten. Anders der Vertreter Rußlands. Die eigenwillige Politik des Zaren drohte einen Eklat in der Quadrupel-Allianz hervorzurufen, als man sich über die Entrevue zu verständigen begann. Im Januar 1818 wurde Graf von Gollowkin in außerordentlicher Mission nach Wien gesandt — später löste er den österreichfeindlichen Gesandten Stackelberg ab. Seine Instruktionen vom 12. Januar teilte Alopeus dem preußischen Kabinett unter dem 16. April mit.[41]) Sie betrafen die geplante Entrevue und lassen klar die ursprünglichen Absichten Rußlands erkennen, die zu den österreichischen in starkem Gegensatz standen. Das russische Kabinett sah 2 Themengruppen für die Konferenz vor: 1. die aus der Ausführung der bestehenden Verträge entstandenen Fragen — die finanziellen Abmachungen mit Frankreich, die evtl. die völlige Räumung des Landes nach sich ziehen könnten; die Beratung aller damit verknüpften

[39]) So auch Webster, a. a. O. S. 125.

[40]) Lottum an Krusemarck, 28. März 1818; AA I Rep. 6, Nr. 1.

[41]) Alopeus an Hardenberg, 16. April 1818, AA I Rep. 6, Nr. 1.

Folgen; die Beilegung der badischen Territorialstreitigkeiten und des schwedisch-dänischen Zwistes — über diese Fragen müßten die alliierten Kabinette sich verständigen „gemäß den Verträgen und im Hinblick auf vollständige Erfüllung ihres Werkes", 2. die nicht durch Verträge, sondern durch freie Uebereinkunft in Paris und London durch Spezialkonferenzen diskutierten europäischen Affären — die Verhandlungen zwischen Spanien und Portugal; die Pazifikation der spanischen Kolonien und die Maßnahmen gegen die Barbaresken. —

Man sieht, daß Rußland den Rahmen der Konferenz bedeutend weiter spannte, für die Themen sowohl wie für die Teilnehmer.

Dieses Ringen um die Teilnehmer an den Aachener Konferenzen erfüllte die Vorverhandlungen der Kabinette ebenso wie die Frage nach Begrenzung ihrer Kompetenz.

Bei den preußischen Akten über die Verhandlungen zum Aachener Kongreß findet sich auch ein Teil des österreich-russischen Briefwechsels vom März bis Mai 1818. Und es ist nun interessant zu sehen, wie Metternich es verstand, mit Preußen und England vereint, den Russen den österreichischen Standpunkt zu oktroyieren. Bereits am 9. März 1818 sprach Metternich in seinem Schreiben an Kapodistrias eindeutig aus, daß nur die vier großen Mächte gemäß Artikel 4 des Vertrages vom 20. November 1815 berufen wären, über den „inneren Zustand Frankreichs zu beraten" und warnte vor dem erregten Mißtrauen der öffentlichen Meinung. „Selbst der Anschein eines Kongresses würde ärgerlich."

Und in der Tat hat die Diplomatie der Großmächte es sich angelegen sein lassen, den anstößigen Ausdruck „Kongreß" zu umgehen. Man sprach von Konferenz, Entrevue und Monarchen-Reunion, teils um das Volk nicht zu erregen, teils um die Gefühle aller Regenten, die, ausgeschlossen von den Beratungen der Großen, sich degradiert vorkommen konnten, zu schonen, und kein Ressentiment gegen die Allianz aufkommen zu lassen. An anderer Stelle (an Vincent 5. April 1818) betonte Metternich ebenfalls, daß sein Kaiser zu periodischen Monarchenzusammenkünften bereit wäre, die aber „der Aufrechterhaltung der Ruhe außerordentlich gefährlich würden", wenn sie den Charakter eines Kongresses annähmen. In demselben Sinne war das österreichische Zirkular-Projekt im Mai abgefaßt, und Wacquant, der so gewissenhafte Geschäftsträger Oesterreichs am Kasseler Hof, ersuchte gar den kurhessischen Minister Schmerfeld, das Wort „Kongreß" zur Bezeichnung der Reunion zu untersagen. (Haenleins Bericht an Hardenberg vom 13. Juni 1818).[42]) Hardenbergs Instruktionen an Goltz und Humboldt vermieden ebenso bewußt

[42]) AA I Rep. 6, Nr. 1.

wie Schoelers Bericht aus Petersburg vom 9. Mai 1818 die Formulierung „Kongreß". Auch Castlereagh versicherte, daß es der Prinz-Regent für wünschenswert hielte, der Zusammenkunft so wenig wie möglich den Charakter eines europäischen Kongresses zu geben, und wurde in seiner Depesche vom 27. März an den Petersburger Gesandten, Cathcart, noch deutlicher,[43]) wenn er sagte: „Die eigentliche Frage ist, ob ein Kongreß gewünscht ist oder nicht . . ." Er lehnte solchen ab, da die außergewöhnliche Maßnahme nicht notwendig wäre, solch Körper notwendiger Weise langsam arbeitete und drittens mehr Verwirrung angerichtet und Ideen entstehen würden, welche zu ermutigen, nicht wünschenswert wäre. Deshalb wünschte des Prinz-Regenten Regierung energisch die einfachste und schnellste Abwicklung der Geschäfte. Trotzdem sprach die englische Zeitung „Courier" noch am 17. August 1818 von einem „Kongreß", und da der „Courier" als offiziös galt, wurde schließlich Gentz' gespitzte Feder bemüht, das Schreckenswort „Kongreß" endgültig auszumerzen. Am 19. September 1818 wies Gentz wie schon am 26. März im „Oesterreichischen Beobachter" ausdrücklich die Formulierung „Kongreß" zurück, da die „hohe Zusammenkunft" nur „e i n e r" großen Beratschlagung gewidmet sein werde.

Trotzdem sind die Aachener Konferenzen bereits in der zeitgenössischen Literatur als „Aachener Kongreß" bezeichnet, und es ist eine Ironie des Schicksals, daß sie als solche in die Weltgeschichte eingegangen sind.

Kapodistrias Antwort vom 26. März auf Metternichs Schreiben vom 9. d. M.[44]) verschanzte sich hinter dem Satz, daß der Zar „gemäß der Zurückhaltung, die er sich in allen Beratungen von gemeinsamem Interesse auferlegt hat" sich nur in voller Uebereinstimmung mit allen seinen Alliierten entscheiden wollte: deshalb bedauerte er, nicht gleichzeitig mit Metternichs Brief, die Meinung der beiden anderen alliierten Höfe erhalten zu haben. Und da der Zar die Pariser Gesandtenkonferenz für den geeignetesten Ort zur schnellen Verständigung hielt, war Pozzo angewiesen worden, Metternichs Depesche vom 9. März zur Grundlage der Beratungen mit seinen Kollegen zu machen. Er sollte eine Möglichkeit finden, schrankenlose Anhäufungen von Interventionen bei Zutritt aller europäischen Mächte zur Entrevue zu verhindern, ohne sie aber in ihren Rechten zu beeinträchtigen. Diesem schon sehr gewundenen Auftrag an Pozzo folgte nun der eindeutige russische Vorbehalt gegen die österreichischen Vorschläge: „Wenn das bevorstehende österreichische Votum d e m völlig konform ist, das die Kabinette von St. James und Berlin herausgeben werden, dann schließt sich der Zar ohne irgend einen Vorbehalt an."

---

[43]) AA I Rep. 6, Nr. 1 und so auch Webster.

[44]) AAI Rep. 6, Nr. 1.

Hier bereits trat eindeutig die russische Tendenz zutage, die es fast während der ganzen Vorverhandlungen zu den Aachener Konferenzen wahrte: Rußland erweckte den übrigen europäischen Staaten gegenüber den Anschein, als fügte es sich den Absichten seiner Alliierten und werde überstimmt.

Diese Haltung war zum Teil in Alexander selbst begründet, der es liebte, sich ein liberales Air zu geben und sich besonders gern als Protektor des verfemten Frankreich fühlte. Und sein Einfluß in den Tuilerien war groß, denn erstens hatte Richelieu, der französische Premierminister, während seines Gouvernements in Odessa das Wohlwollen des Zaren erworben. Und durch ihn wurde er September 1815 ermächtigt, das neue französische Kabinett zu bilden, das durch diese russische Einmischung „une forte couleur russe" bekam, wie Castlereagh verärgert feststellte.

Weit gefährlicher als Wahrer russischer Interessen in Paris war naturgemäß der Gesandte des Zaren, Pozzo di Borgo. Dieser russische Staatsmann, — als Korse ein geborener Franzose, — zählte zu den Vertrauten des Zaren und hatte schon vor dem zweiten Pariser Frieden die Wiedereinsetzung der Bourbonen auf's Wärmste befürwortet. So war das Mißtrauen der Vertreter der anderen Alliierten gegen Pozzo auf der Pariser Gesandtenkonferenz wohl berechtigt, und Richelieu konnte seine Wünsche nirgends besser durchsetzen als bei dem Vertreter Rußlands.[45])

In dem Ringen um die Teilnahme Spaniens an der Entrevue spielte Pozzo bald die Hauptrolle, mehr von seinen russischen Kollegen Kapodistrias und Tatistscheff als vom Zaren unterstützt. Denn neben jener — undatierten — Weisung an Pozzo di Borgo, die Kapodistrias unter dem 26. März Metternich mitteilte, und die ihrer ganzen geistigen Haltung nach im Sinne des Zaren abgefaßt war, ging am 8. April eine Depesche nach Paris — dem preußischen Kabinett unter dem 16. mitgeteilt — die sich Metternichs Plänen weit weniger geneigt zeigte,[46]) und eine der österreichischen formal-juristisch genau entgegen gesetzte Argumentierung entwickelte. Kapodistrias, der als Urheber des Schriftstückes angesprochen werden muß, vertrat die Ansicht, daß „die Mächte, die die Verträge von Paris 1814 und 15 unterzeichnet haben oder — (und das ist das Entscheidende dieser Beweisführung) — diesen Transaktionen beigetreten sind, voll berechtigt sind, an den Beratungen teilzunehmen, denen die Entrevue stattgibt." Es handle sich also darum, sie zum freiwilligen Verzicht auf ihre Rechte zu bewegen zu Gunsten Englands, Oesterreichs, Preußens und Rußlands. Und das könne am leichtesten geschehen, indem man ihnen zusichere, während der Entrevue auch nicht e i n e der auf

[45]) Molden, a. a. O. S., 97 ff., überschätzt Pozzo di Borgos Bedeutung; die Entscheidung stand letztlich immer bei dem Zaren.

[46]) AAI Rep. 6, Nr. 1.

den Konferenzen in London, Paris und Frankfurt behandelten Fragen berühren zu wollen, sondern als „einziges Objekt der Entrevue den Artikel 5, § 5 des Hauptvertrages von Paris vom 20. November" festsetzt. Ist aber nur die gänzliche und endgültige Räumung Frankreichs Gegenstand der Verhandlungen der geplanten Reunion, so sind diese „nicht im geringsten eine Folge des Vertrages der Quadrupel-Allianz, noch des Artikels 6 dieser Akte."

Dieser letzte Versuch Kapodistrias, den Mächten zweiten Ranges wenigstens formal die Teilnahmeberechtigung an den Konferenzen zu sichern, ist in doppelter Hinsicht interessant: 1.) zeigt die Depesche die Differenz der politischen Auffassung zwischen Zar und Kapodistrias. Der russische Staatssekretär führte hier Pläne fort, von denen sich sein Souverän bereits abgewandt hatte, und dieser Zwiespalt der russischen Haltung wird bald noch klarer in Erscheinung treten und die westlichen Nachbarn verwirren. 2.) aber trat hier wieder die russische Tendenz zutage, sich als Beschützer der Kleineren zugleich ihre Bundesgenossenschaft zu sichern. Pozzo hatte den Plan einer russisch-bourbonischen Verständigung um so leichter verfolgt, als er von seinem Kollegen in Madrid, Tatistscheff, dabei aufs Wärmste unterstützt wurde und anfangs auch des Einverständnisses des Zaren sicher sein durfte.

Auch in Spanien war die legitime Dynastie von den Alliierten wieder eingesetzt worden, nachdem das Volk seinen Befreiungskampf geführt hatte. Die ungeheuer grausame Reaktion, die der verkommene Herrscher über sein Volk ergehen ließ, ist bekannt. Auch der Vierbund konnte Ferdinand VII. und seine entartete Geistlichkeit kaum zügeln. Einzig der russische Gesandte Tatistscheff verstand es, bis zum Frühjahr 1818 seinem Herrscher Einfluß auf die Politik der Pyrenäenhalbinsel zu sichern, den Alexander geschickt für seine imperialistischen Pläne im Mittelmeer benutzte. Um ein Gegengewicht gegen die englische Seemacht zu schaffen, wünschte der Zar, eine Flottenstation auf den Balearen zu errichten, und suchte die Verbindung mit Spanien. Aber gerade das Mittel, durch das er sie erreichen wollte, sollte alle klugen Berechnungen zum Scheitern bringen. Alexander verkaufte „Seiner Katholischen Majestät" eine Flotte von acht Schiffen zu geringem Preis, die sich bei näherem Zusehen als wenig brauchbar erwies. Dieser kaufmännische Fehlgriff der Russen, der schwerlich auf das Konto Alexanders zu buchen ist, kostete sie den Einfluß auf Spanien, den die Engländer seit langem argwöhnisch verfolgt hatten. Tatistscheffs Ansehen wurde auch durch drei Fregatten nicht wieder hergestellt, die der Zar Ferdinand VII. zur Entschädigung schenkte.[47])

[47]) Über diese spanisch-russische Verstimmung siehe Bulle. Sie trug zweifellos zur Entfremdung zwischen Alexander und Ferdinand bei, und

Das getrübte Verhältnis schien sich nun noch einmal klären zu sollen, als die Russen sich für die Teilnahme Spaniens an den Aachener Konferenzen einsetzten.[48]) Schon im Februar bemühte sich der Herzog von Fernan Nuñez, Spaniens Vertreter in Paris, bei der Gesandtenkonferenz darum. Und Vincent ging wohl nicht fehl, wenn er annahm, daß Pozzo und Tatistscheff hinter dem Herzog standen.

So war es höchste Zeit geworden, Pozzos selbständige Politik wieder dem Willen des Zaren unterzuordnen. Die Weisung des Petersburger Kabinetts an Pozzo im März wurde Wien und Berlin mitgeteilt. Noch hatte Alexander hoffen dürfen, an Preußen seinen alten Bundesgenossen wiederzufinden. Die persönliche Zuneigung der Monarchen bestand noch und ging durch den geplanten Besuch Friedrich Wilhelms in Moskau ihrem Höhepunkt entgegen, das Kabinett aber und an seiner Spitze vor allem Hardenberg hatte seine Augen längst nach Wien gewandt und erhoffte von der Donaumonarchie das Heil für Preußen. Metternich hatte nicht versäumt, den russischen Plänen in Berlin auf das Geschickteste entgegenzuarbeiten. Am 18. März erhielt Zichy Weisung, König Friedrich Wilhelm den Brief Metternichs an Kapodistrias (vom 9. März) zu unterbreiten, und das preußische Kabinett zum Anschluß an die österreichische Haltung einzuladen.[49]) Auch wenn Rußland andere Gesichtspunkte vertrat, würde es sich nach Metternichs Ueberzeugung „unzweifelhaft" neben die Entscheidung des Kaisers und des Königs stellen. Und Metternich sollte wieder einmal Recht behalten.

Nachdem sich die Kabinette schnell darüber geeinigt hatten, daß die Pariser Gesandten-Konferenz alle Einzelheiten der Entrevue beraten sollte, teilte Metternich dem russischen Staatssekretär mit, daß die Weisungen der Hofburg an Vincent ergangen wären, und der Fürst betonte nochmals die Sorgfalt, die Oesterreich auf die Wahrung des alleinigen Rechts der Alliierten verwandte, und besonders auf die Formulierung, in der das Resultat der Beratungen den akkreditierten Höfen mitgeteilt werden sollte. Dafür sollten die Alliierten die Versicherung abgeben, daß sie nicht gesonnen wären, die in Paris, London und Frankfurt tagenden Konferenzen zu ihrer Reunion heranzuziehen, und einzig über den allgemein bekannten Anlaß verhandeln würden.[50]) Am 27. März schickte zudem Castlereagh zwei Depeschen an den englischen Gesandten in Petersburg,[51]) die neben den Besorg-

---

erleichterte es dem empfindlichen Zaren, seine bourbonischen Sympathien auf den Aachener Konferenzen zurückzustellen.

[48]) Metternich an Zichy, 18. März 1818. AA I Rep. 6, Nr. 1.

[49]) Webster, a. a. O. betont besonders die Urheberschaft Kapodistrias und Pozzo di Borgos.

[50]) Metternich an Kapodistrias, 16. April 1818; AA I Rep. 6, Nr. 1.

[51]) Castlereagh an Cathcart, 27. März 1818; AA I Rep. 6, Nr. 1; engl.

nissen der britischen Regierung vor Frankreichs innerem Zustand erklärten, daß England eine Mediation im spanisch-portugiesischen Streit, wie sie Alexander wünschte, ablehnte und nur Verbindlichkeiten, die direkt aus dem Quadrupel-Allianz-Vertrag erwüchsen, behandeln wollte. Alle übrigen Fragen sollten Spezialkonferenzen vorbehalten sein.[52]) Und nun gab Rußland endgültig nach: am 20. April wurde das Kabinett von St. James beruhigt, und Ende April gingen zwei außerordentlich freundschaftliche Zusicherungen des Petersburger Kabinetts in Wien ein, daß man mit den österreichischen Vorschlägen völlig einverstanden wäre, und Pozzo die Metternichschen Memoranda vom 5. und 16. April als seine Instruktionen betrachten würde.

Es war Metternich gegiückt, Alexander von der Notwendigkeit der Exklusivität der Entrevue zu überzeugen, und auch Castlereaghs Mißtrauen gegen eine russisch-bourbonische Verständigung war durch das russische Memorandum vom 20. April zerstreut. Aber beide Mächte konnten nicht verhindern, daß das russische Kabinett seine alte unaufrichtige Taktik wiederholte: in der Absage, die das Petersburger Kabinett dem spanischen Hof zugehen ließ, erweckte es den Anschein, als wäre Rußland bereit, den Wunsch Spaniens zu unterstützen, — wie sich Rußland ja überhaupt gerne aller Unterdrückten großzügig anzunehmen liebte — vor den Verbündeten aber, die zugleich in's schlechteste Licht gestellt wurden, den treuen und gewissenhaften Alliierten spielte.

Es stand von vornherein fest, daß Frankreich der Hauptgegenstand der Besprechungen einer Monarchenentrevue sein würde; die Vorgänge in seinem Innern waren durchaus dazu angetan, die Aufmerksamkeit der Alliierten von neuem auf sich zu lenken; darüber waren die vier Kabinette auch stets einig. Aber der um Frankreich auftauchenden Fragen waren viele: sollten nur die finanziellen Abmachungen mit Frankreich neu geregelt werden? War das Problem der vollständigen Räumung des Bourbonenstaates zu lösen ohne Garantien für die Aufrechterhaltung der Ruhe in Frankreich? Und wie vor allem sollte sich der Vierbund nach erfolgter Räumung zu Frankreich verhalten? Allein d i e s e Fragen zu beantworten, war das Ziel Castlereaghs,[53]) und er hoffte, daß Preußen ebenso dächte.[54])

Und in der Tat erklärte sich das preußische Kabinett, dem an der Ordnung der finanziellen Differenzen Preußens mit Frankreich ganz besonders gelegen war, dazu bereit. Daß Rußland die Beratungen viel weiter ausdehnen wollte, zeigten die bereits behandelten Instruktionen für Gollowkin vom 12. Januar 1818, nach denen nicht nur über und mit Frankreich verhandelt, sondern

[52]) so auch Webster, S. 124 ff.
[53]) Castlereagh an Cathcart, 27. März 1818: AA I Rep. 6 Nr. 1.
[54]) Webster, a. a. O., S. 122.

auch die Differenz zwischen Bayern und Baden, Schweden und Dänemark und Spanien und Portugal beigelegt werden sollte; außerdem wurden entscheidende Unternehmungen gegen die Barbaresken geplant.

Es ist klar, daß Rußland, bei der engen Verknüpfung von Teilnehmern und Themen der Entrevue, hoffen konnte, seinen Zweck, die Mittelstaaten auch in Aachen zu sehen und durch sie verstärkt zu werden, am ersten zu erreichen, wenn es möglichst Fragen auf der Entrevue behandelt wissen wollte, an denen viele Mächte zweiten Ranges interessiert waren. Verhandelte der Vierbund allein darüber, so lud er das Odium eines europäischen Gerichtshofes und damit den Haß Europas auf sich. Und es wurde bereits an Spanien gezeigt, wie es Rußland verstand, derartigen Verdacht von sich fern zu halten und zugleich zu seinem Besten auszunutzen.

Wiederum blieb es Metternich vorbehalten, das definitive Wort zu finden. Die entscheidenden Schriftstücke sind beide unter dem 16. April datiert.[55]) Infolge einer langen Unterredung mit Gollowkin, schrieb der Fürst-Staatskanzler an Kapodistrias. Nach einer sehr ausführlichen Einleitung über den Wert der Allianz für die Ruhe Europas, empfahl er schonendste Behandlung der anderen Staaten bei politischen Fragen. Er betonte immer wieder, daß einzig die vier großen Mächte berechtigt wären, über Frankreich zu verhandeln. „Die vier Mächte wollen nur ihr Recht anwenden und damit niemandem Unrecht tun" und „sie können tatsächlich nicht anerkennen, Europa Rechenschaft ablegen zu müssen gemäß Artikel 6 des Allianz-Vertrages." Dafür regte Metternich an, die gemeinsame Erklärung abzugeben, daß man die in Paris, London und Frankfurt begonnenen Unterhandlungen nicht vor die Reunion ziehen wollte. Der österreichische Staatskanzler vermied es also äußerst geschickt, die zur Verhandlung kommenden Fragen einzeln zu nennen und berief sich nur auf Artikel 6 der Allianz-Akte.

Eindeutiger ist das Memorandum vom gleichen Tage, ein treffliches Gegenstück zu dem ebenso strengen und klaren Aufbau jenes österreichischen Memorandums vom 5. April. Nachdem neuerlich der Beweis erbracht wurde, daß nur den vier Alliierten das Recht zustand, mit Frankreich 1.) über die Räumung — laut Artikel 5 des Friedensvertrages — und 2.) über seinen inneren Zustand — gemäß Artikel 6 des erneuerten Allianz-Vertrages und Artikel 16 des Vertrages von Chaumont (25. März 1815) — zu verhandeln, stellte Oesterreich zwei Forderungen als Programm für die Entrevue: 1.) „Erhaltung der in Europa durch den Wiener Kongreß und die Verträge von Paris festgesetzten Ordnung der Dinge." 2.) „Eine Uebereinkunft der vier Höfe über die Gegenstände der Unterhandlung, die zur Zeit der Reunion noch offen

[55]) AA I Rep. 6, Nr. 1.

geblieben sind", und hierzu wurde der besondere Vorbehalt gemacht, daß Oesterreich keinen Eingriff der vier Höfe in die Verhandlungen der Spezialkonferenzen dulden würde.

Die behutsame Definition „über Gegenstände der Unterhandlung, die zur Zeit der Reunion noch offen geblieben sind", ermöglichte es den vier Kabinetten dann tatsächlich, trotz des einschränkenden Nachsatzes, alle derzeitigen politischen Probleme in Aachen aufzurollen. „Sie zogen unbedenklich jede europäische Frage vor ihr Forum, obwohl sie den Staaten zweiten Ranges soeben erst versichert hatten, daß ihre Zusammenkunft nur der Abwicklung der französischen Angelegenheiten gelte; und ließen sie einmal eine Streitfrage unerledigt, so geschah dies nicht, weil sie sich für unbefugt gehalten hätten, sondern weil sie sich nicht einigen konnten." (Treitschke Bd. 2 S. 468.)

Tatsächlich war mit dem zweiten österreichischen Memorandum die Frage nach den Themen der Entrevue endgültig geklärt, und es galt nur noch, eine passende Form zu finden, in der man sie den nicht zugelassenen Höfen ankündigte.

Die Alliierten waren sich schnell darüber einig, daß ein von der Pariser Gesandtenkonferenz ausgehendes Zirkular am geeignetsten wäre. Schon am 9. März schreibt Metternich an Kapodistrias: „Solch Zirkular, scheint mir, müßte weniger den Charakter einer Deklaration tragen, die die Gesandten zu machen hätten, als vielmehr eine verbindliche Ermächtigung sein, die sie befähigt, in freundschaftlichster Form Pläne abzulehnen, die ihnen über irgend ein Projekt einer Reise von Fürsten oder Sendung von Ministern oder diplomatischen Agenten mitgeteilt werden könnten." [56]) Und Metternich verlor das wichtige Projekt nicht mehr aus den Augen. Am 5. April ging an Vincent die Weisung nach Paris, der Gesandtenkonferenz den Vorschlag zu unterbreiten, das geplante Zirkular nicht direkt an die Kabinette der Höfe zweiten Ranges zu richten. Jeder der vier Minister sollte vielmehr einzeln den betreffenden Gesandten seines Souveräns den Beschluß der Gesandtenkonferenz übersenden. Damit vermiede man den Anschein, die anderen Höfe vor ein kränkendes politisches Tribunal zu stellen.

So umging der Vierbund in der Tat auf's Geschickteste eine Brüskierung der mittleren und kleinen Staaten und betonte nach außen hin seine Einheit, denn die Zirkulare der vier großen Mächte sollten analog sein.

Die Grundlage für den Inhalt des Zirkulars sollten Art. 5 des Friedensvertrages und Artikel 6 des erneuerten Allianz-Vertrages bilden. Rußland erklärte sich mit diesen Vorschlägen einverstanden, wenn sie „völlig mit den Auffassungen der Kabinette

---

[56]) AA I Rep. 6, Nr. 1.

von St. James und Berlin übereinstimmen." (Depesche an Pozzo di Borgo).[57])

Hardenberg gab Metternich am 2. Mai die Zustimmung des preußischen Kabinetts bekannt,[58]) und wünschte, daß Goltz und Vincent gemeinsam die Deklaration entwerfen sollten, die „den wahren Zweck der Reunion der Souveräne ankündigt und die Unmöglichkeit, andere gekrönte Häupter oder ihre Minister zuzulassen, ohne den Konferenzen eine durchaus willkürliche Richtung zu geben." In diesem Sinne ergingen dann auch die Instruktionen an Goltz. Allerdings erst am 14. Mai, da Hardenberg zuvor die Meinung seines Königs und des russischen und englischen Kabinetts einholte. Dieselbe Weisung ging etwas später auch an Humboldt und Krusemarck ab. Sie ist in 5 Punkte gegliedert: 1.) Gemäß Artikel 5 des Friedensvertrages wird auf der Entrevue nur die Räumungsfrage mit Frankreich verhandelt werden. 2.) Diese soll der Konsolidierung der Quadrupel-Allianz und der Erhaltung der Ruhe dienen „was indessen nicht hindern wird, über nebensächliche Objekte zu beraten, die noch auf dem Tapet stehen, ohne aber von dem Mittelpunkt der gegenwärtigen Beratungen abzulenken." 3.) Die Pariser Gesandtenkonferenz wird ein gemeinsames Zirkular herausbringen. 4.) Die Pariser Konferenz muß über die Art der Hinzuziehung Frankreichs zur Entrevue beraten, welche 5.) Mitte September in Aachen stattfinden wird.

Der Widerspruch zwischen Punkt 1 und 2 ist schlechthin auffällig, und in noch schrofferer Form fällt er in dem Entwurf eines Briefes von Ancillon an Alopeus auf, in dem es heißt, daß die Lage Frankreichs und die Okkupation dieses Landes nicht nur die wichtigste sondern die einzige der Entrevue sein müsse. „Das soll nicht heißen", fährt der Verfasser im nächsten Satze fort, „daß andere europäische Fragen nicht Gegenstand politischer Disskussionen zwischen den erlauchten Personen werden könnten, die sich in Aachen versammeln werden." Und genau die gleiche Haltung zeigte das wichtige russische Memorandum vom 20. April 1818, das Antwort auf Castlereaghs Depesche vom 27. März ist.[59]) Auch in Petersburg sieht man in Metternichs Memorandum kein Hindernis, daß die Souveräne neben dem Art. 5

---

[57]) Undatiert, März/April 1818; AA I Rep. 6, Nr. 1.

[58]) Hardenberg an Metternich, Glienicke, 2. Mai 1818; AA I Rep. 6, Nr. 1.

[59]) AA I Rep. 6, Nr. 1. Mémoire pour servir de réponse aux communications du Cabinet de Londres en date du 27. mars 18. Varsovie le 8/20. avril 18. Es heißt darin, ob es nicht nützlich wäre, „d'examiner à cette occasion l'Etat des différentes questions politiques pendantes aux divers centres de négociations établies en Europe." Webster, a. a. O. S. 126, ist also offenbar im Irrtum, wenn er von jenem Memorandum sagt: „At the same it implied that no other decision should be made except that concerning the evacuation."

des Friedensvertrages „sich vertraulich während der Reunion mit Fragen beschäftigen, die jedes ihrer Kabinette zur Beratung angemessen hielt." Man solle sich vorher über diese Fragen verständigen. Und Rußland schlägt vor: die Angelegenheit der spanischen Kolonien, den spanisch-portugiesischen Streit um Rio de la Plata und die britische Vermittlung zwischen Spanien und Amerika.

Man sieht an diesen sehr offenen Eingeständnissen die wahren Absichten der vier Kabinette, besonders Preußens und Rußlands, und daß sie im Ernst wenig geneigt waren, auf die Gefühle der Kleineren Rücksicht zu nehmen. Laut und vernehmlich berief man sich zwar auf Artikel 5 des Friedensvertrages als Thema, aber man fügte unbekümmert und nur wenig gedämpfter hinzu, daß man nebenbei selbstverständlich — da man ja einmal so passend versammelt wäre — auch über alle Fragen sprechen würde, die „die Ruhe Europas" angingen. Und hinter jener beliebten Wendung konnte man naturgemäß alles verstehen, denn was hätte die geheiligte Ruhe Europas nicht tangiert.

Am 13. Mai entwarf Hardenberg ein eigenhändiges Rundschreiben an sämtliche preußischen Gesandten in Europa mit Ausnahme von Humboldt in London und Schoeler in Petersburg (Krusemarck sollte Preußen in Parma, Modena und Toskana vertreten), in dem er sie auf das aus Paris zu erwartende Zirkular vorbereitete. Er berief sich hier genau wie Metternich, dessen Schreiben an die österreichischen Gesandten gleichfalls bei den preußischen Akten liegt, auf Artikel 5 des Friedensvertrages. Beide deutsche Staatsmänner standen hierin im Widerspruch zu Castlereagh, der es vorgezogen hätte, das geplante Zirkular auf Artikel 6 des erneuerten Allianz-Vertrages zu gründen; aber die Instruktionen für Stuart kamen zu spät.[60]) So konnte der Vertreter Englands nur noch einen Zusatz zu dem ersten Zirkular vom 25. Mai erreichen, — „trotz des bereits völlig klaren Sinnes unseres Zirkulars" wie Goltz gekränkt nach Berlin meldete — der es echt englisch strikt ablehnte, schriftliche Erklärungen an die übrigen Staaten zu geben.

Das Zirkular stellte fest, daß aus den Vertragsbestimmungen das ausschließliche Recht der verbündeten Souveräne hervorging, allein über die in Betracht kommenden Fragen zu entscheiden. Um nun jede unbegründete Interpretation, die dahingehen könnte, ihrer Zusammenkunft den Charakter eines Kongresses zu geben, zu vermeiden, und zugleich die Teilnahme anderer Fürsten oder Regierungen an den Erörterungen auszuschließen, teilten die Verbündeten ihren Entschluß mit, jede dem entgegenstehende Erklärung zurückzuweisen und keinen an den Ort der Zusammenkunft gesandten Vertreter zuzulassen. Die in Paris, London und

[60]) Webster, a. a. O., S. 127.

Frankfurt laufenden Verhandlungen aber wollten die Alliierten keineswegs an sich ziehen, sondern sie sollten in der gleichen Weise und am gleichen Ort wie bislang weitergeführt werden.

Castlereagh war äußerst unzufrieden mit dieser Fassung des Zirkulars, die er absolut Pozzo di Borgo zuschob. Der englische Minister wollte durchaus vermeiden, die Konferenz als diplomatisches Zentrum Europas erscheinen zu lassen, und deshalb sollten die Großmächte ihre Absicht, die diplomatischen Probleme Europas zu erörtern, möglichst verschleiern. Und so hielt Castlereagh das Zirkular — wie er zu Humboldt sagte, — für das schlechteste Dokument, daß die vereinigten Kabinette jemals herausgegeben hätten.[61])

Weit schneller als über Teilnehmer und Thema der geplanten Entrevue einigte man sich über den Ort. Metternich hatte Petersburg als Treffpunkt abgelehnt und zugleich beim Zaren Aachen propagiert, wie Schoeler bereits Anfang Februar nach Berlin melden konnte.[62]) Und der preußische Gesandte fügte hinzu: „Des Fürsten Metternich Hindeutung auf Aachen ist erklärbar aus dem Wunsch, die ganze Reise so nördlich als möglich fallen zu lassen und keine zu große Annäherung an Karlsruhe herbeizuführen."

Alle Beteiligten fanden es passend, diesmal Friedrich Wilhelm das Vorrecht des Gastgebers zuzugestehen. Ein Ort nahe der französischen Grenze schien erwünscht;[63]) bald hofften verschiedene rheinische Städte auf die Auszeichnung des hohen Besuches, und die Presse tat das ihre dazu, auf Grund „Ermächtigung aus offizieller Quelle" friedliche Bürger und Hausbesitzer verschiedenster preußischer Städte in kühne Spekulanten zu verwandeln. Hardenberg war angewiesen worden, während seiner Reisen am Rhein die preußischen Städte auf ihre Eignung, die Große Politik in ihren Mauern aufzunehmen, zu prüfen. Kaiser Franz erklärte sich mit jedem Ort einverstanden, und Castlereagh — in Erinnerung an die Erlebnisse des Wiener Kongresses — wünschte vor allem „einen ruhigen Ort",[64]) der keine Ablenkungen bot.[65]) Da hielt Kaiser Alexander es plötzlich für ratsamer, die Entrevue nicht in die Gebiete eines der drei Monarchen zu verlegen und schlug Basel oder Freiburg vor. Aber nun erhob sich doppelter Widerspruch: König Friedrich Wilhelm drang auf einen Versammlungsort, in dem wenigstens e i n e r der vier teilnehmenden Staaten die Polizeigewalt in Händen hätte, und Metternich lehnte voller Empörung die Schweiz als „Sammelplatz

[61]) Webster, a. a. O., S. 127.
[62]) Schoeler an Hardenberg, 27. Febr. 1818; AA I Rep. 6, Nr. 1.
[63]) Webster, a. a. O., S. 123.
[64]) Webster, a. a. O., S. 123.
[65]) Die Entrevue in Frankreich selbst abzuhalten, wurde als zu demütigend für den Bourbonen abgelehnt.

der Jakobiner Frankreichs und Deutschlands" rundweg ab.[66]) Zudem mochte für den österreichischen Staatsmann die historische Bedeutung, die Aachen für die Habsburger hatte, eine Empfehlung sein. Und da die alte Krönungsstadt zugleich den Ruhm ihrer heißen Quellen vorweisen konnte, deren Wirkung der Zar für sein Rheuma erhoffte, blieb es bei Aachen. Die Engländer konnten auf schnell eintreffende Instruktionen rechnen, und Wellington brauchte sich nicht weit von den Okkupationstruppen zu entfernen, während man seinen wertvollen Rat nicht missen mußte.

Die sommerlichen Reisen der Monarchen, besonders die Friedrich Wilhelms nach Rußland, brachten es mit sich, daß man den Kongreß zum Herbst anberaumte, und man hatte sich bald auf den 15. September geeinigt. — Da erbat Alexander noch Anfang August einen Aufschub bis zum 27. September wegen dringender Geschäfte im Innern des Landes. Die übrigen Teilnehmer waren einverstanden; nur Metternich durchfuhr ein neuer Schreck, denn er brachte die Verschiebung des Termins in Zusammenhang mit Pozzo di Borgos Bemühungen, doch noch die Teilnahme des spanischen Königs an der Entrevue durchzusetzen. Diesmal aber war das berufsmäßige Mißtrauen des österreichischen Staatskanzler grundlos, denn inzwischen hatte sich der Umschwung in dem Leiter der russischen Politik vollzogen, der für ganz Europa spürbar werden sollte.

4. Die Gruppierung der Großen Mächte nach dem Treffen zu Karlsbad und Frankreichs Stellung zum Vierbund.

Ein letztes Zusammentreffen der Staatsmänner vor den Aachener Konferenzen fand Juli bis August in Karlsbad statt. Es zeigte sich schon hier, daß Frankreich nicht ungünstig in Aachen davonkommen würde, denn die Vertreter der Großmächte waren sich nach Gordons Bericht vom 24. August über die Zurückziehung der Okkupationsarmee einig. Diese letzte Fühlungnahme der großen Mächte vor der Herbstkonferenz bestätigte zu Metternichs Erleichterung die Wandlung des Zaren, wie sie Gentz schon im März d. J. erkannt hatte. Und er konnte auch Kapodistrias letzten Versuch, „eine allgemeine Zusammenkunft oder gar keine" durchzusetzen, vereiteln, da er hierin mit den Engländern und den Preußen in sicherer Uebereinstimmung handelte. Das gute Verhältnis, das Metternich und Castlereagh hatten, wurde durch dessen Bruder sorgfältig gepflegt; und Gentz, der Metternich in Karlsbad unterstützte und später vertrat, konnte die Verehrung der Preußen für seinen Fürstkanzler nicht genug rühmen. Der eitle

[66]) so auch Webster, a. a. O., S. 123.

Vertraute Metternichs hat sich dabei kaum von einer gewissen Uebertreibung ferngehalten. Denn es waren nur Blücher und Bernstorff in Karlsbad, da Hardenberg schon am Rheine weilte. Und der alte Marschall Vorwärts bewahrte immer das Mißtrauen des echten Soldaten gegen „die Diplomatiker", zumal gegen Metternich. — Eher war dann schon Graf Bernstorff, der durch Ancillon und Wittgenstein für Oesterreich gewonnen war, Metternich zugetan. Immerhin aber ist die neu erwachte Sympathie zwischen den österreichischen und den preußischen Staatsmännern symptomatisch für den bevorstehenden Kongreß, und da auch England sich eng an die deutschen Großmächte anschloß,[67]) wurde Rußland in Aachen in eine isolierte Stellung gedrängt, — eine natürliche Folge der sprunghaften und unzuverlässigen Politik Alexanders und seiner Staatsmänner.

Wie stand nun Frankreich dieser Allianz gegenüber und was erwartete es von ihr? Schon auf dem Wiener Kongreß hatte Talleyrand versucht, Frankreich die alte Stellung zurückzugewinnen durch Beteiligung an den Parteiungen des sächsisch-polnischen Streites; — der Umbruch in der Gesinnung und der Politik des Zaren verhinderte das Zustandekommen eines Bündnisses zwischen Rußland und den Bourbonenstaaten, und so sah sich Frankreich zum zweiten Male in die Vereinsamung der Jahre des Befreiungskrieges zurückgestoßen. Der dritte Anlauf aber sollte zu einem Gelingen führen.

In der Hauptsache hatte Frankreich seine vertraglichen Verpflichtungen — wenn auch mit weitgehender Unterstützung der Alliierten — erfüllt und durfte eine Verlagerung des europäischen Gleichgewichtes zu seinen Gunsten erwarten. Zwei Hindernisse aber standen einer einfachen Umwandlung des Vierbundes in einen Fünfverband, die Richelieu seit dem Frühjahr 1818 erwartete,[68]) starr entgegen: 1.) das gemeinsame — wenn auch verschieden starke — Mißtrauen der Alliierten gegen die Stabilität des französischen Königtums, die Furcht vor neuen Umwälzungen; 2.) die eigenen verschiedenen Interessen der Verbündeten. Noch wirkte das gemeinsame Erlebnis des Befreiungskampfes einigend nach, noch wurde der natürliche eigenstaatliche Egoismus durch die gemeinsame Sorge vor einer Erneuerung der Revolution gedämpft, und doch betrachtete jede Großmacht Frankreich mit anderen Augen: die Briten sahen auf den Aachener

---

[67]) Webster, a. a. O. S. 129, betont hier wieder stark die Abhängigkeit Metternichs von Castlereagh. „Mett. . . . clung more than ever to Castl." und „He accepted entirely Castlereagh's views on the charakter of the Conference." D. i. zu einseitig gesehen; Metternichs Selbständigkeit beweisen schon die beiden Memoranda vom 5. und 16. April, die zwar einen dem englischen konformen Standpunkt entwickeln, aber durchaus auf eigenen Gedankengängen fußen, und die, wie gezeigt worden ist, grundlegend für die Aachener Konferenzen wurden.

[68]) Molden, a. a. O., S. 138 ff.

Konferenzen in Frankreich bereits wieder den Konkurrenten im nahen Orient, der überdies von Rußland ferngehalten werden mußte; Rußland, unter der schwankenden Leitung Alexanders I., immer wieder den eventuellen Bundesgenossen, und daraus ergab sich für Oesterreich die berechtigte Furcht vor einem Bund zwischen Osten und Westen, den Metternich am ehesten durch Einbeziehung Frankreichs in sein mitteleuropäisches System begegnen zu können glaubte und durch Sicherung des guten Verhältnisses zwischen Oesterreich, England und Preußen. Während Oesterreich, England und Rußland den Bourbonen-Staat vor allem aus europäischer Perspektive sahen, erkannte Preußen — als nächster Nachbar Frankreichs und Vorkämpfer der gesamtdeutschen Interessen an der Westgrenze — klar, daß Mitteleuropa auch nach 1815 noch immer alles vom französischen Chauvinismus zu fürchten hatte. Abhängig von den Ideen Metternichs und Castlereaghs unterschätzte auch Hardenberg noch die immanente Bewegungstendenz der Völker, und glaubte, Preußen und Deutschland durch europäische Garantieverträge vor französischen Annektionsgelüsten — die er mehr als eine Resurrektion der Revolution fürchtete — schützen zu können.

Ueber die Notwendigkeit einer neuen europäischen Ordnung waren sich die vier Mächte durchaus einig, aber die Verhandlungen darüber wurden langwierig. Schon bevor diese Besprechungen ihren Niederschlag in den Protokollen fanden, waren sie das Hauptthema der sieben Bevollmächtigten, die bis zum 22. Oktober allein darüber diskutierten.

Ein Fragenkomplex mußte beantwortet werden: sollte der Traktat von Chaumont als erloschen angesehen werden und Frankreich seinem Wunsche gemäß in die Allianz aufgenommen werden? Waren Sicherungsmaßregeln für die zunächst benachbarten Staaten notwendig? Würde das der französischen Nation zur heilsamen Warnung dienen oder neue Erregung hervorrufen? Und sollte endlich „das künftige Verhältnis der verbündeten Mächte sowohl unter sich als auch gegen Frankreich durch einen neuen Traktat oder durch eine bloße Deklaration festgesetzt und ausgesprochen werden?“ (Bernstorff an Lottum, Aachen, 1. Oktober 1818; AA I Rep. 6, Nr. 1.)

Bevor untersucht werden soll, auf welche Weise diese Fragen gelöst wurden, scheint ein Blick auf den äußeren Rahmen der Aachener Konferenzen angemessen.[69])

[69]) hierzu s. bes. C. F. Meyer.

2. Teil.

Die Vorbereitungen zu der Monarchenentrevue in der alten Krönungsstadt unterstanden der persönlichen Leitung Hardenbergs. Kaiser Franz und Zar Alexander hatten zwar ausdrücklich betont, daß sie kein Gepränge wünschten und Schaustellungen, die vom Ernst der Arbeit nur ablenken würden, vermieden sehen wollten; auch sollte König Friedrich Wilhelm nicht in Unkosten gestürzt werden, und jeder Hof wollte seinen Unterhalt selbst bestreiten. Aber mit der Verlegung der Reunion auf preußisches Gebiet fiel dem König doch die ganze Last des Gastgebers zu, und schon die Regelung der Quartierfragen und Gestellung polizeilicher Sicherung machte den Behörden Arbeit genug.[70]) So wurde eine Polizeiverordnung erlassen, die die Taxen für die Lohndiener festsetzte, eine Vorsichtsmaßregel, zu der die Erfahrungen auf dem Wiener Kongreß geführt haben mögen. Ganz Aachen wurde renoviert, und die angesehenen Bürger wetteiferten, ihren hohen Gästen modern eingerichtete Unterkunft zu schaffen, zumal die meisten ein Privatunterkommen den Gasthäusern vorzogen. Auch die Straßen waren in Stand gesetzt worden, und es fehlte nicht an einer Verkehrsregelung für die Wagen der Theaterbesucher. Denn der allgemeine Beschluß, Festlichkeiten und Schaustellungen zu vermeiden, wurde nicht streng innegehalten. Eine so glänzende Versammlung aller politischen Größen Europas zog notwendiger Weise eine Schar von Künstlern an, und Graf Brühl suchte Devrient zu verpflichten. Aber auch Händler und das ganze leichte Volk des Jahrmarktes stellten sich in Mengen ein, in der Hoffnung, die Zeiten des Wiener Kongresses zum Leben zurück zu rufen, und es kann als Kuriosum erwähnt werden, daß neben englischen Boxern und italienischen Sängerinnen zwei deutsche Luftballon-Fahrerinnen für Unterhaltung sorgten. Vor allem aber mochte König Friedrich Wilhelm nicht gänzlich auf militärische Schaustellungen verzichten: zu Ehren seiner Gäste wurden die Garde-Grenadiere — Regiment Kaiser Franz und Kaiser Alexander — abkommandiert, dazu zwei Kompagnien Landwehrgrenadiere, ein rheinisches Schützenbataillon und eine Eskadron Husaren, und die Gedenkfeier des 18. Oktober, an dem die Heilige Allianz feierlich erneut und die Universität Bonn gestiftet wurde, gipfelte in einer glänzenden Parade vor den Alliierten.

---

[70]) AA I Rep. 6, Nr. 2.

Am 21. September kam Graf Bernstorff nach Aachen, um die Gäste seines Königs zu empfangen, und schon 2 Tage später traf Castlereagh aus Spa ein, wo er noch mit Hardenberg zusammengewesen war. Denn wieder waren es — wie schon in Wien — Castlereagh und Wellington, die Britannien vertraten, und der Prinz-Regent mußte noch ein Mal auf seine Mitwirkung verzichten, und er hatte doch — wie Webster [71]) launig sagt — in den Konferenzen eine Chance für seine sehnsüchtig gewünschte Reise zum Kontinent gesehen, und die Möglichkeit, seine eigene Wichtigkeit durch persönliche Beziehungen mit Souveränen, die weniger Bindungen als er selbst unterworfen waren, zu erhöhen. Zum Troste ließ er sich seine königlichen Brüder und die Staatsmänner, die seine Regierung ihm leibhaftig zu sehn, versagte, von Lawrence auf der Leinewand festhalten.[72]) Außer den Monarchen malte der Engländer auch die acht diplomatischen Bevollmächtigten. Am 24. traf Metternich ein, der seine Reise über Frankfurt und Koblenz, wo er am 13. noch mit Hardenberg zusammengetroffen war, genommen hatte, mit ihm Gentz und der diplomatische Stab der Oesterreicher, im ganzen 26 Personen, bei denen ein Zuckerbäcker und ein Leibarzt nicht fehlten. Erst zwei Tage später beendete Hardenberg seine Bereisung der Rheinprovinz, die ihn vom 19. bis 26. September von Kreuznach über Saarbrücken, Saarlouis, Metz, Luxemburg und Trier nach Aachen führte. Einen Tag danach kamen König Friedrich Wilhelm, Richelieu und Wellington an, und am 28. war mit der Ankunft des österreichischen und des russischen Kaisers die Versammlung vollzählig beieinander. Beide Souveräne führten ein sehr ansehnliches Gefolge mit sich: in dem des Zaren fiel die Menge bekannter Namen des russischen Adels auf; Franz I. zog mit einem Dienertroß von 120 Personen samt 86 Pferden und 50 Wagen ein. Das preußische Gefolge war nur gering, und im Laufe der Konferenzen sollte sich sogar herausstellen, daß die Zahl der preußischen Schreiber und Subalternbeamten zu gering war, so daß es den preußischen Staatsmännern erschwert wurde, rechtzeitig in den Besitz aller Protokolle und sonstigen schriftlichen Niederschläge der Verhandlungen zu gelangen.[73])

Am 29. September begannen die Konferenzen mit einer Versammlung der Vertreter aller fünf Höfe bei Hardenberg. Ein Teil der Verhandlungen wurde wie üblich bei zwanglosen Zusammenkünften in den Salons der diplomatischen Gesellschaft geführt.[74]) Preußen, Rußland und England wurden durch je zwei Bevollmächtigte vertreten: nämlich Hardenberg und Bernstorff, Kapodistrias und Nesselrode und Castlereagh und Welling-

[71]) Webster, a. a. O. S. 132.

[72]) Webster, a. a. O. S. 132.

[73]) Bernstorff an Lottum, 27. November 1818; AAI Rep. 6, Nr. 28.

[74]) Webster, a. a. O. S. 132; Molden, a. a. O. S. 128.

ton. Oesterreichs Interessen wahrte Metternich allein und Frankreich hatte den Herzog von Richelieu entsandt.

Die Ergebnisse aller 49 geheimen Sitzungen wurden durch Protokolle festgehalten, die Gentz verfaßte. Sie hielten zugleich die verschiedenen Themen der einzelnen Konferenzen fest, und lassen, da sie jedes Mal von den anwesenden Bevollmächtigten unterzeichnet wurden, erkennen, wie oft Frankreich zu den Sitzungen hinzugezogen wurde. Und da zeigt es sich, daß die vier Alliierten genau ein Drittel der Konferenzen allein abhielten; erst nach der 16. Zusammenkunft der vier — vom 19. Okt. an — wurde Richelieu regelmäßig hinzugezogen — ausgenommen vier Sitzungen, nämlich die 22., 33. und 43. (in den Akten als Nr. 43 II gezählt) vom 4., 15. und 21. November, auf der die Alliierten die geheime Erneuerung ihrer Defensivallianz berieten bezw. unterzeichneten und sich mit dem König der Niederlande über gemeinsame militärische Eventualmaßnahmen verständigten; und schließlich die letzte Sitzung, bei der die Minister der Alliierten feierlich die Beendigung der Konferenzen aussprachen.

Dies Verhalten der Verbündeten gegen Frankreich drückte deutlich den Beginn einer neuen Aera der Pentarchie und doch zugleich das berechtigte Mißtrauen der Sieger gegen den kriegswilligsten Staat Europas aus. In den Augen Außenstehender aber mußte Frankreich rehabilitiert erscheinen.

Die erste Sitzung diente naturgemäß der Erledigung der Formalitäten; Richelieu, der auf besondere Einladung erschienen war, unterbreitete den Wunsch seines Königs nach schnellster Beendigung der Besetzung Frankreichs. Und da er zugleich die nötigen Grundlagen für die Verhandlungen bekannt gab, beschlossen die Alliierten am nächsten Tage allein, Wellington mit der Prüfung der französischen Vorschläge zu betrauen, die auch die Regelung der finanziellen Abmachungen gemäß des Vertrages vom 20. November 1815 zum Ziele hatten.

1. Die Regelung der französischen Kriegsschulden, Preußens Isoliertheit unter den Großmächten und die Räumung Frankreichs.

In der dritten Sitzung waren die Alliierten sich bereits einig, Richelieu in der nächsten Hauptkonferenz eine Deklaration zu überreichen, die die Beendigung der Okkupation mit Ablauf des dritten Jahres ankündete; die finanziellen Fragen sollten für sich geregelt werden. Am 2. Oktober wurde Richelieu von der Absicht der Alliierten unterrichtet, und nun war der Zeitpunkt des Abzuges der Okkupations-Armee nur noch von der Regelung der französischen Schulden abhängig. Wellington, der schon im Frühjahr mit gutem Erfolg die Bearbeitung der Finanzfragen übernommen hatte, war abermals mit dieser schwierigen Auf-

gabe betraut worden, denn an wirklichen Sachverständigen fehlte es durchaus unter den Diplomaten, und der Herzog hatte nur Gentz, den englischen Bankier Baring und von seiten Frankreichs Mounier zu Mitarbeitern. Und die Lage war schwierig genug: lag den Verbündeten viel daran, Härten beim Einziehen der französischen Kriegsschulden zu vermeiden, so konnte andererseits das finanziell völlig erschöpfte Preußen freiwillig niemals in ein Aufschieben oder Nachlassen der Zahlungen willigen, und besonders der Verwalter der 1818 auf 217 Millionen angewachsenen preußischen Staatsschulden, Rother, drängte Hardenberg immer von neuem, die preußischen Forderungen auf Frankreichs „Kriegsentschädigungs-Gelder" so schnell wie möglich durchzusetzen. Eine Haltung, die — bei aller Billigkeit — den Alliierten unbequem wurde und den preußischen Staatsmännern besonders die Verachtung der Engländer eintrug, die wenig Verständnis für den verarmten Binnenstaat hatten.[75]) (Siehe auch Webster S. 145 „Prussia, indeed, raised awkward questions and wanted more guarantees than the other Powers.")

Nach dem zweiten Pariser Frieden hatte Frankreich drei verschiedene Zahlungen zu leisten:

1. die Sold- und Unterhaltungskosten für die Okkupations-Armee, die seit dem 10. Februar 1817 bereits vermindert worden waren;
2. die Privatforderungen der Alliierten, die durch die Konvention vom 25. April 1818 auf 240 800 000 Franken zurückgesetzt worden waren (siehe S. 21);
3. die Kriegsentschädigung von 700 Millionen Franken. Da Frankreich vom 1. Dezember 1815 bis zum 30. November 1818 420 Millionen Franken bezahlt hatte, mußte es zur Zeit der Aachener Konferenzen noch 140 Millionen für das Jahr 1818 und ebensoviel für das folgende Jahr begleichen.

Um die französischen Schulden möglichst schnell und zu günstigen Bedingungen für die Gläubiger einzuziehen, ging der preußische Vorschlag anfangs dahin, die bisherige Zahlungsweise — in täglichen Schatzanweisungen — vom 1. Dezember 1818 bis dato 1819 beizubehalten, nur „in der Abänderung, daß die tägliche Erhebung gegen die bisherige verdoppelt wird, so daß am Ende November 1819 die beiden letzten jährlichen Kontributionsraten vollständig bezahlt sind." (Rother an Hardenberg 29. September 1818. AA I Rep. 6, Nr. 11). Jede Uebertragung der Zahlungsverbindlichkeit auf einen anderen als den eigentlichen Schuldner wurde abgelehnt, und die bisherige Zahlungsweise als „ein Muster der Ordnung und Regelmäßigkeit" zur Beibehaltung empfohlen. Da die Schatzanweisungen in ganz Frankreich Um-

[75]) Webster mißt den Finanzfragen wenig Bedeutung bei und tut sie ungerechtfertigter Weise kurz ab. — Molden a. a. O. S. 136 handelt etwas ausführlicher von ihnen, aber ohne jegliche Berücksichtigung Preußens.

lauf wie Bargeld hätten und gesucht wären, könnte das Schatzamt ihre Zahlung niemals verweigern, ohne in „demselben Augenblick den ganzen Staatskredit umzuwerfen". Und auch der Abzug der Okkupations-Armee konnte nach preußischer Ansicht Frankreich nicht veranlassen — wie gefürchtet wurde — die Zahlungen einzustellen, denn die Sicherheiten waren durch Privatpersonen gegeben, und Frankreich würde wegen der 280 Millionen keinen neuen Krieg anfangen wollen.

Dieser den preußischen Interessen gerecht werdende Vorschlag bedeutete auch für die übrigen Gläubiger keine Benachteiligung. Am 3. Oktober aber überreichte Richelieu dem Herzog von Wellington ein Memorandum, das eine andere Lösung der französischen Schuldenfrage vorsah: Frankreich wollte die Gesamtsumme von 280 Millionen garantieren, und die Banken von Baring und Hope sollten die Forderungen der verbündeten Mächte durch ihre Wechsel decken. Zugleich sollte der Abzahlungstermin vom 30. November 1819 bis zum 30. November 1820 verlängert werden. (AA I Rep. 6, Nr. 11).

Noch am selben Tage formulierte Rother seine Bedenken: der Garantie Frankreichs maß er nur diplomatischen Wert bei und „würde jedes Geschäft auf mehrere Millionen mit Baring & Hope eingehen, nur nie zugeben, daß beide allein auf die Summe von 280 Millionen Franken aufkommen können." (Rother 3. Oktober 1818, AA I Rep. 6 Nr. 11). Er schlug vor, andere Handelshäuser mit heranzuziehen. Die Preußen zustehende Summe sollte „durch einige in den preußischen Staaten wirklich etablierte Handlungshäuser" akzeptiert werden, die Baring & Hope vorschlagen und die preußische Regierung bestätigen sollte, um „auf diesem Wege das Eigentum des Staates vor jeder politischen Einwirkung von außerhalb (im Original unterstrichen) sicherstellen zu können." Die beste Lösung sah Rother darin, daß die französische Regierung die 140 Millionen für das fünfte Jahr in Renten zum Tageskurs, Baring & Hope aber die gleiche Summe für das vierte Jahr in Wechseln decken würde; „so würde", schloß er mit geringer Hoffnung auf Annahme seines Vorschlages, „die ganze Sache gewiß reiner und sicherer, auch für die verbündeten Mächte vorteilhafter abgemacht werden können."

Man ersieht aus diesen preußischen Vorschlägen zweierlei: 1. das starke Bedürfnis nach Sicherstellung der pekuniären Ansprüche und die daraus entspringende Ablehnung aller Zwischeninstanzen und möglichen Spekulationen; 2. das gesunde Mißtrauen gegen die Welt der mächtig emporkommenden Bankhäuser. Es macht Rothers politischem und wirtschaftlichem Scharfblick zugleich Ehre, daß er mit allen Kräften versuchte, seinem Staate die politische Autonomie unabhängig von der Machtsphäre der internationalen, besonders der englischen Finanzinteressen zu wahren.

Einen zweiten Versuch, der preußischen Verarmung zu steuern, machte Hardenberg persönlich in der Sitzung vom 3. Oktober. Er beantragte, den Artikel 8 der Konvention vom 25. April 1818 dergestalt abzuändern, daß Frankreich die neun noch fehlenden Zwölftel seiner Schulden bei seinen privaten Gläubigern vor der Räumung auf einmal in die Hände der alliierten Kommissare legte, und nicht wie bislang in monatlichen Raten weiterbezahlte. — Aber weder der Staatskanzler drang durch noch sein Schützling Rother; es gelang nur, die Aufnahme des Antrags in die Protokolle durchzusetzen.

Die Ordnung der finanziellen Auseinandersetzung war schließlich auf Grund der Vorschläge von Richelieu durchaus das Werk Wellingtons, dem die Alliierten ihre Zustimmung gaben. Richelieu hatte 38 Millionen, die die vertragsmäßigen Unterhaltungskosten für die Okkupations-Armee in drei Jahren überstiegen, zurückgefordert. Die konnte er zwar nicht erreichen, aber er setzte eine Verminderung der 280 Millionen Franken um 15 Millionen durch: 8 Millionen davon wurden Frankreich als Zinsen für vorgeschossene Zahlungen, 4 Millionen als Zinsen für vorausbezahlten Sold für die Okkupations-Armee angerechnet und 3 weitere Millionen wurden Frankreich dafür erlassen, daß es sich verpflichtet hatte, den November-Sold der alliierten Truppen noch bis zum 1. Dezember zu zahlen, obgleich der Abmarsch der Truppen eher stattfinden sollte.

Nun endlich stand der feierlichen Erklärung der Zurückziehung der Okkupations-Armee nichts mehr im Wege. Am 9. Oktober wurde die erste Konvention der Aachener Konferenzen unterzeichnet, und am 15. Oktober wurden die Spezialkommissare in Paris und die Minister der vier Alliierten bei den 36 deutschen und den übrigen europäischen Mittel- und Kleinstaaten von dieser Konvention verständigt. Sofort nach Auswechselung der Ratifikationen (17. Oktober) wurden die Befehle zum Aufbruch der Truppen erlassen, sollte doch Frankreich möglichst noch vor 30. November des Jahres geräumt und die Festungen französischen Kommissaren übergeben werden. Die Kriegsentschädigung von nunmehr 265 Millionen Franken sollte zu 100 Millionen in Rentenbriefen gezahlt werden zum Kurs vom 5. Oktober 1818. Die restlichen 165 Millionen würden die Häuser Baring und Hope vom 6. Januar 1819 ab in neun monatlichen Wechseln aufbringen.

Den angestrengten Bemühungen Hardenbergs und Rothers war es am 11. Oktober gelungen, eine Sonderkonvention mit Baring & Hope zustande zu bringen, in der die Londoner Bankherren die Verpflichtung eingegangen waren, die Preußen zukommenden 55 Millionen Franken in neun Monatsraten nicht in Wechseln, sondern in Bargeld zu bezahlen. Das war ein außerordentlich wichtiges Abkommen für Preußen, das damals noch kein Papiergeld verwandte, sondern allen Verpflichtungen mit

klingender Münze nachkam. Deshalb mußte auch Preußen vor allem daran liegen, die französische Kriegsentschädigung schnell und pünktlich zu erhalten, während England, Rußland und Oesterreich die Bedürfnisse des Staatshaushaltes auch durch ihr Papiergeld regulieren konnten. Die 265 Millionen verteilten sich folgendermaßen auf die einzelnen Mächte: Preußen bekam noch 55 Millionen, Oesterreich 38, England 52, Rußland rund 43 und die 37 übrigen Mächte rund 77 Millionen Franken.

Mit diesem entgegenkommenden Abschluß hatten alle Beteiligten gehofft, die Kriegsentschädigungsfrage endgültig geordnet zu haben. In der Tat löste sie allgemeine Freude in Paris aus, und Richelieu war der Zustimmung aller gewiß. Trotz der guten wirtschaftlichen Lage Frankreichs aber und der überraschend geglückten Rentenemission des Finanzministers Corvetto brachte eine Börsenkrisis einen empfindlichen Rentensturz, und die verminderte Zahlungsfähigkeit Frankreichs machte neue Verhandlungen notwendig.

Am 3. November schrieb der französische Minister dem preußischen Staatskanzler einen dringlichen Brief, in dem er die Zahlungswilligkeit Frankreichs stark betonte, zugleich aber — an Hand des Auszuges von einem Brief, den er am Morgen aus Frankreich erhalten hatte — nachwies, daß Frankreich durch den starken Abfluß und die folgende Verknappung von Bargeld und durch die Baisse der Rentenpreise seinen Verpflichtungen nicht nachkommen könnte, und er sah eine Abhilfe nur in einer Verlängerung der Auszahltermine. Am selben Tage stellte Richelieu auf der 12. Vollversammlung einen entsprechenden Antrag und unterbreitete zugleich bestimmte Vorschläge für die Aenderung:

1. Verlängerung der Zahlungsfrist um drei Monate — statt in neun Raten vom 6. Januar bis 6. September 1819, in 12 Raten vom 6. Januar bis 6. Dezember 1819 — die Frankreich mit 5 % Zinsen vergüten werde.
2. Bezahlung der Wechsel auf Baring & Hope in Effekten an verschiedenen auswärtigen Plätzen zur Vermeidung weiteren Bargeldabflusses aus Frankreich.

Da Oesterreich eine abwartende Haltung einnahm, Rußland und England sofort zum Entgegenkommen bereit waren, blieb es Hardenberg wieder ein Mal allein überlassen, preußische Vorbehalte anzumelden: vor allem mußte die Sonderkonvention Preußens mit Baring & Hope intakt bleiben, vorbehaltlich späterer Modifikationen zwischen Preußen und den Bankhäusern, zweitens sollte sich Frankreich verpflichten, die übernommene Garantie auch auf die hinausgeschobenen Zahlungstermine zu erstrecken, und endlich sollte der aus Effektenzahlung auf fremden Plätzen resultierende Verlust den alliierten Mächten vergütet werden.

Punkt zwei und drei des Hardenbergschen Vorbehaltes werden sämtlichen Gläubigern Frankreichs zugute kommen, und nur der erste Vorbehalt war spezifisch preußisch. Wie bitter nötig er war, geht aus einem Schreiben Rothers an Hardenberg hervor (4. November 1818; AA I Rep. 6, Nr. 11), das voll tiefer Entrüstung meldete, daß Baring & Hope ihr Sonderabkommen mit Preußen wieder rückgängig machen wollten. „So etwas ist im Geldverkehr mit anständigen Kaufleuten noch nie vorgekommen!", schloß der preußische Staatsschuldenverwalter aufgebracht. Im übrigen sollte seine resignierte Prophezeiung, daß Preußen, bei Zustimmung der übrigen Alliierten zur Abänderung der Termine, „dieser Bewilligung wahrscheinlich auch beitreten müsse", wahr werden.

Diesmal wurde neben Wellington vor allem Baring mit der Neuordnung des Abkommens vom 9. Oktober betraut, da der Engländer die französischen Finanzverhältnisse besonders gut kannte und persönlich an ihnen interessiert war; und es war naheliegend, daß diese Arbeitsverteilung Preußens Abkommen mit Baring & Hope von neuem gefährdete.

In jenen Tagen ging deshalb noch ein zweiter Warnungsbrief an Hardenberg wiederum von Rother, der unter der Hand erfahren hatte, daß die Engländer den Kontrakt vom 11. Oktober gänzlich aufheben, Preußen 10 Millionen Franken in bar auszahlen wollten, und die restlichen 45 Millionen in gleichen Raten vom 6. Januar 1819 bis 6. Juni 1820 zu überliefern gedachten. Würde Preußen diesen Vorschlag ablehnen, so erklärten sich Baring & Hope bereit, die Preußen zustehende Gesamtsumme von 55 Millionen Franken vom 6. Januar 1819 bis 12. Dezember 1819 in 12 gleichen Terminen abzutragen.

Der preußische Staatsrat hielt die Annahme solcher Bedingungen, wenn sie wirklich gemacht werden sollten, für unmöglich, und bat Hardenberg, sich die Unterstützung Wellingtons zu sichern, damit Baring „Preußen mit solchen Anträgen verschone".

Preußens durch Bargeldverkehr besonders gedrückte Finanzlage stand außer Zweifel. Zudem hatten Baring & Hope bereits am ersten Termin (6. November 1818) ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können, da sie selbst die Engagements nicht von Frankreich bekamen. Rother ersuchte die preußischen Diplomaten deshalb um Einwirkung auf Frankreich direkt und erklärte schließlich noch am 11. November, daß Preußen die Zahlungen der englischen Banken „allenfalls in Wechseln statt des verhiessenen baren Geldes gegen Erstattung des Diskontes und des Kursverlustes" annehmen könnte.

Am selben Tage kam das von Gentz formulierte Zusatzprotokoll zu der Konvention vom 9. Oktober zustande, das die Alliierten am 19. November unterzeichneten. Es umfaßte im

Wesentlichen folgende Bestimmungen: Frankreich zahlte die Schatzanweisungen auf Baring & Hope in 18 Terminen — vom 6. Januar 1819 bis 6. Juni 1820 —, ebenso waren die eingegangenen gegenseitigen Verpflichtungen der Häuser Baring & Hope in 18 Fristen zahlbar. Die französischen Schatzanweisungen konnten in Effekten bezahlt werden in Hamburg, Augsburg, Frankfurt, Amsterdam und London. Preußen konnte seine Zustimmung zu diesen Modifikationen nicht verweigern, aber es gab sie nur unter den bereits bekannten Vorbehalten. (S. S. 51.)

Trotzdem wurde die Modifikation der Konvention in Preußen mit großem Unwillen aufgenommen, bedeutete sie doch eine Verlängerung der schlechten finanziellen Verhältnisse des verarmten Staates.

Die große Bereitwilligkeit Englands und Rußlands, und die Zustimmung Oesterreichs, den von Richelieu erbetenen Zahlungsaufschub zu gewähren, ließ auch keine Schwierigkeiten aufkommen, als der Termin statt der anfangs beantragten 12 gar auf 18 Monate verlängert wurde. Die Lage Frankreichs war seit dem 9. Oktober bedeutend gebessert; allein der Abzug der Okkupations-Armee brachte eine Ersparnis von 130 Millionen Franken im Jahre. Das Entgegenkommen Englands, Rußlands und Oesterreichs auf Kosten Preußens und einiger deutscher Kleinstaaten, war nicht mehr zu rechtfertigen und erklärbar vor allem durch die Furcht dieser drei Mächte vor neuen Unruhen in Frankreich. Seit der Börsenkrisis und dem Sturz der Rente von 80 auf 68 Franken hatte in der Tat eine Beunruhigung Platz gegriffen, neue Kammerwahlen hatten einen starken Zuwachs der Demokraten gebracht, und Richelieu zögerte nicht, sie bei aller Betonung des aufrichtigen Friedenswillens Frankreichs auf's Geschickteste zu verwerten. Lag also in der Furcht vor revolutionären Gefahren das Hauptmotiv zur Stundung der französischen Kriegsentschädigung, so wurde den englischen, russischen und österreichischen Staatsmännern dieser Entschluß leicht gemacht, durch Banknotenwirtschaft in ihren Ländern, die die komplizierte Maschine der Staatsfinanzen nicht zum Stillstand kommen ließ.

Weit weniger zufrieden waren die preußischen Staatsmänner, die die Notwendigkeit dieses Zugeständnisses lange vergeblich bestritten hatten. „Ob der darüber gefaßte Beschluß wirklich so dringend nötig war, als die anderen Kabinette es meinten, mag schwer zu beurteilen sein. Uns Preußen kam es weniger darauf an, uns gegen den allgemeinen Beschluß aufzulehnen, als unseren besonderen Vertrag zu retten, und ist uns das auch nur zur Hälfte gelungen, so ist es doch die schwer errungene Frucht eines harten Kampfes gewesen." (Bernstorff an Lottum, Aachen 19. November 1818; AA I Rep. 6, Nr. 28).

Ein großer Schritt vorwärts war mit der endgültigen Regelung der Kriegsentschädigungszahlungen getan. Ueber die Notwendigkeit der Räumung Frankreichs waren sich die vier Alliierten lange vor Beginn der Konferenzen einig. Die Möglichkeit, die Okkupation bereits nach Ablauf von drei Jahren zu beendigen, war durch Artikel 5 des Friedensvertrages vom 20. November 1815 gegeben (s. S. 19). Hardenberg hatte die Besetzung stets für bedenklich gehalten, Gneisenau sie überhaupt abgelehnt und andere Maßregeln gefordert. Aber das Tory-Kabinett legte in Uebereinstimmung mit Wellington größten Wert auf die Okkupation Frankreichs, nur allmählich erkannte Wellington die daraus erwachsene Gefahr, und erst 1818 gelang es Castlereagh, sein Kabinett dem Räumungsgedanken zu gewinnen. Auch Metternich hatte die stärksten Bedenken gehegt, die Besatzungsarmee zu mindern, und nur das Werben des Zaren um die Gunst der Bourbonen, das von 1816 bis zur Konvention vom 25. April 1818 zu einer Minderung der Okkupations-Armee um ein Fünftel führte, brachte Metternich zum Einverständnis mit diesen Zugeständnissen. Seit der Zusammenkunft in Karlsbad waren die Alliierten über die Zurückziehung ihrer Truppen nach drei Jahren einig, und in Frankreich erwartete man diese Geste durchaus. So konnte schon in der dritten Aachener Konferenz am 1. Oktober einstimmig die Resolution gefaßt werden, Richelieu den Beschluß der Alliierten, die Okkupation Frankreichs mit Ablauf des dritten Jahres zu beenden, mitzuteilen. Nach der Ratifikation der Konvention vom 9. Oktober 1818 war Wellington ermächtigt, die Räumung in die Wege zu leiten, die möglichst schon vor dem 30. November beginnen sollte. Die Abwicklung dieser Geschäfte übernahm eine Militär-Kommission der vier Alliierten, der von Seite Preußens Kriegsminister Boyen angehörte.

2. Das Kernproblem: Die Eingliederung Frankreichs in die europäische Gemeinschaft; die Haltung der einzelnen Großmächte und die Lösung des Problems.

Somit waren die offiziellen, den Kongreß veranlassenden Aufgaben gelöst, und Bernstorff konnte mit Recht schreiben: „Das Resultat war gleich so rein ausgesprochen, daß, wären wir wirklich auf den einen Gegenstand beschränkt, die erste Sitzung auch beinahe hätte die letzte sein können." (Bernstorff an Lottum Aachen 1. Oktober 1818; AA I Rep. 6, Nr. 28.)

Am selben Tage aber, als man Richelieu von der Räumung zu unterrichten beschloß, wurde der Vermerk in das Protokoll aufgenommen, „die Minister behalten es sich vor, ihre Aufmerksamkeit den großen Gegenständen zuzuwenden, die die vier alliierten Höfe bei der Unterzeichnung des Artikels 6 des Allianz-Vertrages vom 20. November 1815 in Aussicht genommen hatten."

Mit diesem Passus des Protokolls nahmen sich die vier Alliierten endgültig das in den Vorverhandlungen so umstrittene Recht des europäischen Areopags, sich „den gemeinsamen Interessen und den Prüfungen jener Maßregeln" zu widmen, „welche man in jedem Zeitpunkte als die für die Ruhe und das Heil der Völker und für die Erhaltung des europäischen Friedens heilsamsten erachten werde." (Artikel 6 der Erneuerung der Allianz vom 20. November 1815).

In der Tat konnte nur dem oberflächlichsten Beobachter das Gleichgewicht Europas mit der Konvention vom 9. Oktober des Jahres gesichert erscheinen, denn noch war weder Frankreichs Gleichberechtigung im Konzert der Großmächte ausgesprochen, noch hatte man sich vor dem französischen Chauvinismus geschützt, und das alte Ansehen des Bourbonenstaates schien nur nach außen dadurch wieder hergestellt, daß die Alliierten vom 19. Oktober ab den französischen Bevollmächtigten regelmäßig zu ihren Sitzungen hinzugezogen. (Die Ausnahmen s. S. 47).

Richelieus Wünsche aber waren lange vor Beginn der Aachener Konferenzen viel weiter gespannt,[76]) und die Geneigtheit des Zaren berechtigte ihn noch im Frühjahr 1818 zu den kühnsten Hoffnungen für Frankreich: er erwartete nicht weniger als die Aufnahme seines Staates in den Vierbund.

Und damit war das Kernproblem der Entrevue erfaßt: nachdem Frankreich geräumt werden sollte, und die sichere Abwicklung der finanziellen Transaktionen gewährleistet schien, war es für die vier Alliierten nicht leicht, sich den Wünschen des Bourbonen zu widersetzen, ohne seinem Ansehen zu schaden. — Wie aber sollte das künftige Verhältnis gestaltet werden? War eine weitere Kontrolle Frankreichs durch die Alliierten angemessen? Sollte Frankreich sich nun selbst überlassen bleiben? Oder war eine Umwandlung der Quadrupel-Allianz in eine Quintupel die beste Gewähr für die Erhaltung des europäischen Friedens? Heiße Kämpfe entspannen sich um diese Fragen und drohten die Allianz zu sprengen. Sie zeigten die immer deutlicher hervortretenden eigenstaatlichen Interessen der Großmächte, die der Allianz-Politik später tatsächlich den Untergang bereiten sollten.

So divergierend die Interessen der Alliierten waren, einer glatten Aufnahme Frankreichs in den Vierbund standen alle entgegen; schon am 4. Oktober konnte Graf Bernstorff berichten, „Frankreichs Begehren, in die große Verbündung aufgenommen zu werden, findet bei Rußland so wenig Eingang als bei den übrigen." [77]) Dabei legte Rußland aber keinen Wert mehr auf die

[76]) Hierüber ausführlich Molden a. a. O. S. 138.

[77]) Bernstorff an Lottum, 4. Okt. 1818; AA I Rep. 6, Nr. 28.

Gültigkeit des Vertrages von Chaumont (9. März 1814) und geriet dadurch in ausgesprochenen Gegensatz zu Metternich, der schon am 7. Oktober 1818 ein Memorandum vorlegte, das „noch vor der Fixierung der Unterhandlungen in den Protokollen" die Reihe der Denkschriften eröffnete.[78])

Ähnlich den glänzenden Memorandis vom 5. und 16. April d. J.[79]) zeigte auch dieses die formaljuristische Begabung Metternichs. Nach einer scharfsinnigen Zerlegung des Vertrages von Chaumont in „einen ständigen und unwandelbaren Vertrag" und in „mit den Bedürfnisen der Zeit wandelbare Bestimmungen" wurde eine Bestätigung desselben als überflüssig zurückgewiesen, da er nicht aufgehört hätte zu bestehn. (Der Vertrag von Chaumont war bekanntlich auf die Dauer von 20 Jahren abgeschlossen worden.) Frankreichs Wunsch schließlich, in die Chaumonter Allianz aufgenommen zu werden, wurde mit dem logisch kaum widerlegbaren Hinweis abgelehnt, daß er „von einer schiefen Art zu denken" ausginge, denn diese Allianz wäre zum Schutze gegen revolutionäre französische Ruhestörungen geschlossen worden. Verallgemeinere man die Bestimmungen des Vertrages jetzt, wie es die französische Regierung möchte, so fehlte ein casus foederis und die Regierungen schienen dadurch der Bevölkerung der eigenen Staaten zu mißtrauen. Ein neuer allgemeiner Bund erübrigte sich durch das Bestehen der Heiligen Allianz. Ergo: der Vierbund müsse erhalten bleiben, der König von Frankreich aber mit Rücksicht auf das französische Prestige in eine ehrenvolle Lage gebracht werden: man sollte ihn in den Konseil, nicht in die Allianz aufnehmen. Den Vertrag von Chaumont aber aufzuheben, glaubte das Wiener Kabinett noch nicht verantworten zu können, da es den Optimismus der französischen Regierung durchaus nicht teilen konnte.

Man sieht, daß der österreichische Staatskanzler die Bestimmungen des Vertrages von Chaumont auf eine andere als die ursprüngliche Basis verschob: jene Abmachungen waren auf die Zurückführung Frankreichs in die Grenzen von 1792 gerichtet. Sie wandten sich also gegen die imperialistische Politik Napoleons I., die man unhistorischer Weise als Erbe von 1789 empfand; man hatte vergessen, daß sie nur eine Fortsetzung der traditionellen französischen Politik war. Napoleon I. hatte das alte Ziel der kontinentalen Hegemonie Frankreichs noch einmal verwirklichen wollen, und da er sich dazu der neuen Kräfte der Revolution bediente, waren die Diplomaten der Alliierten geneigt, Ursache und Wirkung zu verwechseln, und — zugleich aus Rücksicht auf die wiedereingesetzten Bourbonen — die Revolution für die Wirren und Kämpfe der verflossenen Jahrzehnte haftbar zu machen.

---

[78]) Bernstorff an Lottum, 4. Okt. 1818; AA I Rep. 6, Nr. 28.
[79]) s. S. 28 und 37.

Nachdem Metternich die Initiative zur Lösung dieses Problems klug und gewandt an sich gezogen hatte, folgte Castlereaghs Stellungnahme. Die eigentümliche Politik des Tory-Kabinetts und seine Abhängigkeit vom Parlament brachte es mit sich, daß Castlereagh alles daransetzte, bei der Neuordnung des Verhältnisses der Sieger zu Frankreich einen neuen Vertrag zu vermeiden. Denn die Billigung der Verträge vom November 1815 hatte er im Mai 1816 mühsam beiden Häusern abgerungen, und „überflüssige Neuformulierungen" (AA I Rep. 6 Nr. 22) hätten abermals die Billigung des englischen Unterhauses und des Kabinetts erfordert und dem Außenminister bei der aufkommenden Aera der non-intervention starke Opposition eingebracht.

Castlereagh vertrat in seinen selbstentworfenen Instruktionen für die Aachener Konferenzen (AA I Rep. 6 Nr. 22, 16 Bogen, undatiert)[80]) die Ansicht, daß die eingegangenen Verpflichtungen das Höchstmaß ihrer Ausdehnung erreicht hätten und jetzt eher vermindert als vermehrt werden müßten.[81]) Daß eine neue Basis für die Beziehungen der Alliierten zu dem Bourbonen-Staat notwendig geworden wäre, stand auch für Castlereagh außer Frage; denn die Quadrupel-Allianz „bedrohte Frankreich mit systematischen Eingriffen in seine inneren Angelegenheiten, die seine Unabhängigkeit störten und sein Ansehen kompromittierten." Die Beziehungen des Bourbonenstaates zum Vierbund sollten nun — echt britisch — von einem zum anderen Mal aufgenommen werden, indem Frankreich jednötigen Falles zur Teilnahme an den Beratungen im Sinne des Artikels 6 des erneuerten Allianz-Vertrages aufgefordert werden sollte. Wäre nun eine offizielle Abmachung über die Neuorientierung der europäischen Großmächte nicht zu umgehen, so dürfte sie — laut Castlereagh — allein durch eine Deklaration ausgesprochen werden; ihr würde eine Diskussion im englischen Parlament um so ungefährlicher, je weniger man sich auf die bereits bestehenden, vom Parlament gebilligten Verträge beriefe. Seit 1815 wäre es der aufrichtige Wunsch Louis' XVIII., in die Allianz aufgenommen zu werden. Während der Okkupation mußte der König widerstrebend verzichten, um sein eigenes Volk nicht zu provozieren. Mit der Räumung veränderte sich nun zwar die Lage, aber solange die Allianz auf dem Prinzip der Ueberwachung Frankreichs basierte, wäre Louis trotzdem die Teilnahme an ihr verwehrt. Andererseits könnte der König jedoch nicht erwarten, daß Europa plötzlich seine Vorsichtsmaßregeln gegen die Kräfte der Revolution fallen ließe. Ein Kompromiß könnte folglich nur durch einen Strukturwandel der Allianz geschaffen wer-

---

[80]) Webster, a. a. O. S. 136 ff.

[81]) Webster, a. a. O. S. 143/44. Nach einer Unterredung mit Alexander, die ihm gefährlich scheinende Ideen des Zaren enthüllte, teilte Castl. seine Instruktionen den Ministern der 3 Höfe vertraulich mit.

den, „welcher, ohne den König von Frankreich zum Teilhaber des Vertrages zu machen, wieder ein gemeinsames Interesse und gegenseitiges Vertrauen anerkennen könnte, und scheinbar die Ratschläge Frankreichs mit denen der Alliierten vereinigte bei der Ueberwachung der Interessen und des Friedens von Europa." (Das „scheinbar" (ostensibly) ist so zu verstehen, das den Sous-Alliés gegenüber Frankreich damit den vier großen Mächten gleichgestellt scheint.) Laut Artikel 6 der erneuten Quadrupel-Allianz wäre den Alliierten die Handhabe gegeben, König Louis zur Teilnahme an den Beratungen im Sinne dieses Artikels aufzufordern. Und es wäre besser, diese kleine Konzession zu machen, als Frankreich durch weitere Isolierung darauf kommen zu lassen, sich selbst nach einem Alliierten umzusehen. (Ein Gedanke, der sich im russischen Memorandum wiederfinden wird.) Andere Mächte wollte Castlereagh keineswegs in den europäischen Konseil aufnehmen, und da er sich scheute, die Suprematie der Großmächte klipp und klar auszusprechen, argumentierte er mit der ebenso seltsamen wie schwachen Behauptung,[82]) „die Allianz wäre wesentlich auf französische Basis gegründet!"

Es ist außerordentlich aufschlußreich für die Einsicht in die österreichische und in die britische Politik, die Stellungnahme Metternichs und Castlereaghs zu vergleichen: während der österreichische Staatskanzler von einer scharfsinnigen Zerlegung des Vertrages von Chaumont ausging und — zugleich aus Rücksicht auf seinen englischen Freund — mit juristisch-politischen Gründen eine Neuformulierung und Umwandlung der Quadrupel in eine Quintupel ablehnte, machte Castlereagh gar keinen Hehl aus den ihm evtl. erwachsenden Widerständen der englischen Parlamentspolitik. Der Souveränität des österreichischen Kanzlers steht die peinliche Abhängigkeit des englischen Außenministers gegenüber, den außer den offiziellen Telegrammen zahlreiche Briefe Liverpools hemmten,[83]) und die Rücksichten, die er auf die insulare Gesinnung des Parlaments und der öffentlichen Meinung, auf die Bevorzugung der See- und Kolonialpolitik durch die kommerziellen Kreise zu nehmen hatte. Aber beide Minister waren darin einig:

1. den Vierbund zu erhalten;
2. keine neuen Verträge zu schließen;
3. Frankreich nicht länger in der Isolierung zu lassen;
4. dem französischen Prestige durch Aufnahme des Bourbonen in den Konseil der Großmächte entgegen zu kommen.

---

[82]) So auch Webster, a. a. O. S. 138.

[83]) Webster, a. a. O., S. 141, „The Cabinet only sent him nine dispatches during the course of the Conference" und „Liverpool continued in the practice, which he had followed in 1814/15 of sending frequent private letters".

Die starke Zurückhaltung, die Castlereagh üben mußte, war seinen Ideen von der europäischen Solidarität im Innersten zuwider, und der Staatsmann der europäischen Verantwortlichkeit mußte seinem Parlament nicht geringe Opfer seiner Ueberzeugung bringen.[84])

Den preußischen Ministern, denen in jenen Tagen von Oesterreich und England zugleich „ein unbegrenzteres Vertrauen" entgegengebracht wurde, als sie „öffentlich eingestehen oder erwidern dürfen" (Bernstorff an Lottum, 1. Oktober 1818. AA I Rep. 6 Nr. 28), war das Dilemma Castlereaghs nicht entgangen. So sagte Graf Bernstorff, der sich als guter Beobachter seiner diplomatischen Kollegen bewies, von dem englischen Minister: „Und doch ist ihm von der anderen Seite wieder mehr als irgend jemandem darum zu tun, daß das Band der großen Allianz eng zusammen gezogen und nach Möglichkeit befestigt werde." (1. Oktober.)

Diese Tendenzen sollten bald einer starken Belastungsprobe ausgesetzt sein. Das eifrige Werben der österreichischen und englischen Staatsmänner um die Vertreter Preußens entsprang dem begründeten Mißtrauen beider gegen die evtl. russischen Pläne, über die man ziemlich lange im Unklaren blieb. Auf Wunsch König Friedrich Wilhelms mußten die preußischen Diplomaten die guten Beziehungen zu Rußland aufrecht erhalten, eine Anordnung, die Hardenbergs Sympathien für Metternich geradewegs entgegengesetzt war. In der Tat konnte sich der König nach Alexanders Wandlung darauf verlassen, daß sein Freund den französischen Wünschen nicht geneigt war und sogar die ständige Furcht Metternichs vor innerfranzösischen Unruhen teilte. Allein die divergierenden Tendenzen des Zaren und seiner Minister sollten wieder einmal zutage treten und die Allianz gefährden: Richelieu versuchte die Interessen seines Landes auf dem bewährten Wege über Pozzo di Borgo zu wahren, und da auch Kapodistrias' vertrauliche Aeußerung, der Vierbund sei ein Bonaparte mit vier Köpfen, und seine bekannte Eifersucht auf England von seiner Seite wenig Gutes für die Allianz erwarten ließen, sah man dem russischen Memorandum, dessen „zu metaphysische Ausarbeitung" (Bernstorff an Lottum 4. Oktober 1818) Metternich voraussah, mit größter Unruhe entgegen. Es sollte alle Befürchtungen übertreffen!

Pozzo di Borgos Anwesenheit in Aachen wurde durch die Eigenmächtigkeit seines Souveräns bedingt. Metternich und besonders Castlereagh hatte alles daran gelegen, die Teilnahme des Korsen an den Aachener Konferenzen zu verhindern. Am 11. August 1818 ließ Castlereagh dem preußischen Staatskanzler

---

[84]) Webster, a. a. O., S. 140.

bekanntgeben, daß er Stuarts Gesuch, Paris während der Konferenzen mit Aachen vertauschen zu dürfen, abschlägig beschieden hatte. Der englische Premierminister begründete sein Verhalten mit dem Bemerken, er wolle nicht, daß es den Anschein hätte, die Pariser Gesandtenkonferenz hätte während der Aachener Tage zu bestehen aufgehört, zumal sonst alle Gesandten das Recht hätten, nach Aachen zu kommen. (Humboldt an Hardenberg, London, 11. August 1818; AA I Rep. 6 Nr. 1.)

In diesem letzten Satz ist der tiefere Grund des ministeriellen Entscheids zu suchen: Castlereagh wollte durchaus Pozzo die Borgo von Aachen fernhalten. Und da er sich hierin mit Metternich bereits einig wußte, ließ er nur noch bei Hardenberg sondieren. Die preußische Antwort vom 26. August war beruhigend: auch Hardenberg wollte die Fortdauer der Pariser Gesandtenkonferenz während der Aachener Entrevue, um jeden Anschein zu vermeiden, die vier Alliierten verhandelten in Aachen Dinge, die auch die abwesenden Höfe angingen. In diesem Sinne gingen noch am gleichen Tage unter ausdrücklicher Berufung auf England und Oesterreich Instruktionen an Goltz nach Paris, der übrigens gar nicht den Wunsch geäußert hatte, seinen Pflichtenkreis zu verlassen. (Hardenberg an Goltz, Spa 26. August 1818; AA I Rep. 6, Nr. 1.) Die einige Entschließung der drei Kabinette hatte aber Alexander nicht vermocht, Pozzos Wünschen zu widerstehen, und zu Richelieus Genugtuung traf der Protektor Frankreichs am 18. Oktober in Aachen ein.

Am 8. Oktober wurde das vertrauliche Memoir der Russen den Verbündeten endlich unter dem Titel „L'alliance et le système politique à prendre" nebst einem Anhang vorgelegt: zwei Probleme seien durch die Räumung Frankreichs erwachsen: 1.) die Rückkehr der Revolution; 2.) das Recht des Stärkeren. Bislang bildeten die Allianz der Großmächte, die zu einer allgemeinen Allianz wurde; die wiedereingesetzte legitime Regierung in Frankreich; der Rezeß von Wien und die Abmachungen von Paris die Sicherungsmaßnahmen. Mit diesen vier Punkten wäre eine neue politische Aera geschaffen worden, die durch ihre christliche Basis die alte egoistische weit überragte. „Europa hat also Frieden. Sein System ist eine allgemeine Assoziation, die zur Grundlage den Rezeß von Wien und die Verträge von Paris von 1815 hat; — zum erhaltenden Prinzip die brüderliche Union der alliierten Mächte; — zum Ziel die Garantie aller anerkannten Mächte." Dieses von der Vorsehung geschaffene System garantierte die Unverletzbarkeit der Personen und Sachen. Nach Auflösung des „materiellen" Mittels der Okkupation bliebe den Verbündeten nur noch das „moralische" Mittel der gemeinsamen Verträge zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung Europas. Jetzt gälte es, Europa von Folgendem zu überzeugen:

1. daß die Quadrupel-Allianz allein die unverletzbare Erhaltung der Festsetzungen des Hauptvertrages von Paris zum Objekt hätte, die das wiederhergestellte legitime und konstitutionelle Königtum beträfen. Diese Allianz bliebe mit allen moralischen und militärischen Kräften gewappnet, um augenblicklich mit dem bewaffneten Europa vor Frankreichs Toren zu stehen, wenn dieses es wagen würde, die im genannten Vertrag unterzeichneten Verpflichtungen zu verletzen;
2. daß der Rezeß von Wien und die Verträge von Paris im Jahre 1815 eine allgemeine Allianz zwischen den kontrahierenden Teilnehmern konstituierten, die folgendes zum Gegenstand hätte:
   a) gemeinsame Garantie des durch die Verträge statuierten Besitzstandes,
   b) gemeinsame Garantie der legitimen Herrschaft ab antiquo oder kraft der Verträge;
3. daß die Signatarmächte von Wien und Paris sich de iure und de facto in dieser Allianz verbunden fühlten. („Que les Puissances . . . se trouvent liées de droit et de fait à cette association générale".)

Durch öffentliches Bekenntnis dieser drei Wahrheiten vor den Augen der ganzen Welt schienen die Mächte zu erfüllen, was Artikel 5 des Vertrages von Paris und Artikel 6 der Quadrupel-Allianz zur gegenwärtigen Reunion bestimmten. Die Anwendung dieser drei Prinzipien bestände:

1. auf Grund der Quadrupel-Allianz im Entwurfe eines Protokolls, das folgende Punkte zu umfassen hätte:
   a) Definition des casus foederis,
   b) evtl. Organisationen der militärischen Maßnahmen,
   c) Disposition bezüglich künftiger Monarchenentrevuen, ihrer Zeiträume und Gründe;
2. auf Grund der Wiener Schlußakte und der Pariser Verträge im Entwurf einer Deklaration (durch die die Großmächte Europas die Resultate ihrer Aachener Reunion ankündeten) folgenden Inhaltes:
   a) Begründung der Räumung Frankreichs und der zeitweiligen Garantien aus dem Pariser Vertrag,
   b) Darlegung der in Kraft bleibenden Garantien und die Anteilnahme der Signatarmächte an ihnen.

Endlich sei:

1. die Quadrupel-Allianz keine exklusive Abmachung sondern Prinzip und Basis einer allgemeinen Allianz, zu der alle Mächte, auch Frankreich eingeladen werden sollten. Würde Frankreich aber noch einmal mit einer Revolution beginnen, so würde es sich von der allgemeinen Allianz ausgeschlossen

sehen, und Europa würde es dann mit Gewalt zum Rechtszustand zurückführen. Die Signatarmächte seien davon überzeugt, daß die Quadrupel-Allianz und die allgemeine Allianz ein einheitliches und untrennbares System ausmachten, welches die Unverletzbarkeit aller anerkannten Mächte garantierte, und daß keine Sonderallianz im Gesetzbuch der Nationen Platz finden würde;

2. die Revolution eine Gefahr für alle Völker, ihren Besitzstand und ihre Legitimität;
3. die geplante große Assoziation der Mächte eine moralische Stärkung, die die Sicherheit der Regierungen ebenso garantierte wie die der Völker.

Unter dem gleichen Datum war ein Anhang an das Memorandum gefügt, der dessen Inhalt noch einmal zusammenfaßte, ein Protokoll über den casus foederis und eine Deklaration über die Verbundenheit aller Signatarmächte forderte, und schließlich — und das war das Neue dieses Appendix — das Résumé zog: „Bei Unterlassung dieser Démarche würden die vier Höfe Frankreich und die anderen Staaten vielleicht ihre Isoliertheit fühlen lassen, und diese würden dadurch dazu gebracht, ja sogar ermutigt, ein System entsprechender Kombinationen oder gar Gegen-Allianzen zu ergreifen." (AA I Rep. 6, Nr. 9.)

Was bedeutete nun dieses Meisterstück russischer Stilistik in der Sphäre politischer Realitäten?

Die Tendenz war klar: die Quadrupel-Allianz sollte auf Grund der Abmachungen von Wien und Paris eine Ausweitung zur europäischen Allianz erfahren, deren Ziel eine allgemeine gegenseitige Garantie des territorialen status quo und der legitimen Souveränität war.

Frankreichs Zugehörigkeit zu dieser geplanten allgemeinen Verbindung war ausdrücklich ausgesprochen worden. Damit wurde der casus foederis der Allianz notwendiger Weise auf eine ganz neue Basis verschoben: nicht mehr gegen Frankreich waren die Alliierten von 1815 verbündet, sondern gegen jede Revolution überhaupt. Da aber zugleich Frankreich das revolutionsverdächtigste Land blieb, fehlte es nicht an rücksichtslosen Drohungen. Die Ueberweitung der Kompetenzen der Quadrupel-Allianz kam praktisch bereits ihrer Auflösung gleich, die Metternich und Castlereagh in der Tat auch diesem Memorandum entnahmen. Einem Gedanken aber konnte man die realpolitische Berechtigung nicht absprechen: der Furcht vor Komplementär-Bündnissen aller nicht zum Vierbund gehörigen Staaten. Es lag in der Tat nahe, daß die Mächte zweiten Ranges, ausgestoßen vom Bündnis der Großen, sich zu Gegenallianzen — womöglich unter der Führung eines isolierten Frankreichs — zusammenschlossen.

Es wurde bereits gezeigt, daß die Briten die gleichen Sorgen hegten, und wenn Graf Bernstorffs Annahme — der Appen-

dix des russischen Memorandums wäre erst in Aachen entstanden — zutraf, so ist anzunehmen, daß die Russen jene Bedenken aus Castlereaghs Ausführungen übernahmen. Aehnliche Besorgnis hatte schließlich auch Metternich in seinem Memorandum vom 7. Oktober dazu gebracht, Frankreich einen Platz im Konseil der Großmächte einzuräumen, wenngleich der österreichische Staatsmann damals eher ein russisch-französisches Bündnis als eine Allianz der Kleinen unter französischer Führung fürchten zu müssen glaubte.

Diese Gedanken rechtfertigten ideell den Versuch, die Quadrupel-Allianz nur als Kernstück einer ausbaubedürftigen europäischen Allianz gelten lassen zu wollen. Von größter Bedeutung ist jedoch die eindeutige Haltung, die Rußland in diesem Memorandum endlich zu Frankreich einnahm: die Großmacht des Ostens leistete klaren Verzicht auf ein Bündnis mit dem Bourbonen-Staat. Die scharfen Wendungen gegen Frankreich verlegten Rußland einen derartigen Weg und lösten, berechnet auf den Beifall Englands und Oesterreichs, das Gegenteil der erhofften Wirkung aus: Metternich und Castlereagh sahen in der geplanten schroffen Behandlung des Besiegten „eine gefährliche Provokation!"

Das Memorandum, von dem Bernstorff annahm, es sei bereits fertig aus Rußland mitgebracht und in Aachen nur um den Anhang bereichert worden,[85]) zeigte deutlich die neue Einstellung des Zaren: er hatte jede francorussische Beziehung weit von sich geschoben und trat seinem alten Protégé härter entgegen als die andern Alliierten.[86]) Richelieus Enttäuschung war groß, hatte doch der Zar jede russische Sonderverhandlung, die Metternich den Russen nachsagte, aufs Bestimmteste dementiert, und erklärt, daß solche einzugehen seitens eines Gliedes der Allianz „un acte de félonie" wäre.

Trotz dieser guten Absichten drohte das Memorandum die Quadrupel-Allianz zu sprengen, denn es stand in direktem Widerspruch zu der bereits geäußerten Haltung des österreichischen und englischen Kabinetts und kam den französischen Wünschen nach Bildung eines Fünfverbandes bedenklich nahe. „Castlereagh und Metternich sehen in der beabsichtigten Ausdehnung der Allianz die Aufhebung derselben, . . . und in der projektierten Stellung des casus foederis eine ganz unzulässige Bestimmung und Ausdehnung der zu übernehmenden Verpflichtungen." (Bernstorff an Lottum, 10. Oktober 1818; AA I, Rep. 6, Nr. 28.)

---

[85]) so auch Webster, a. a. O. S. 149. „It had been brought in a prepared state from St. Petersburg."

[86]) ebenso Webster, a. a. O. S. 143. „Alexander spoke with the greatest distrust of her condition, considering that it was such as to make the Quadurpel-Alliance more than ever necessary".

In dieser Lage der Dinge war es nun an Preußen, sich zu äußern. Und in der Tat war eine preußische Denkschrift vorbereitet worden. Aber — und das ist außerordentlich bezeichnend für die zaudernde Führung der preußischen Politik — man verzichtete in der gespannten Lage auf ihre Bekanntgabe! — „Bei diesen Reibungen der Ideen", sagte Graf Bernstorff hierzu wörtlich, „haben wir es unsererseits für rätlich gehalten, eine schon vorbereitete Arbeit zu unterdrücken, und nur nach Möglichkeit auf Ausgleichung und Vermittlung Bedacht zu nehmen."

Der preußische Entwurf ist erhalten (AA I Rep. 6, Nr. 11, „Projet de Déclaration") und zeigt eine gewisse Uebereinstimmung mit Metternichs Memorandum vom 7. Oktober. Auch er betonte den Fortbestand der Verträge von Chaumont und Paris. Mit einer ganz modernen Wendung wurde ausdrücklich festgestellt, daß der Vierbund sich untereinander und Europa den Frieden garantierte und die Defensivallianz nur „der Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes" diente. Neu war der Gedanke, mit den anderen Mächten gleichfalls diesbezügliche Abmachungen zu treffen, ein Plan, der den verborgenen preußischen und russischen Wünschen nach einem allgemeinen Garantievertrag den Weg ebnen sollte. Im Gegensatz zu den österreichischen und britischen Entwürfen wurden die notwendigen militärischen Abmachungen ausführlich vorgesehen, ein typisch preußisches Verhalten, das Castlereagh zu der ärgerlichen Feststellung brachte, die preußischen Generäle spielten eine zu große Rolle bei den Konferenzen und wären „immer auf dem qui vive!". Sollte Frankreich durch Revolutionen beunruhigt werden, so verpflichteten sich die Alliierten mit Seiner Allerchristlichsten Majestät über die Sicherheit ihrer Staaten und die Ruhe Europas zu beraten. Zur Erhaltung der intimen Beziehungen zwischen den Monarchen sollten Reunionen in bestimmten Zeiträumen dienen. Schließlich forderte auch der preußische Entwurf die Hinzuziehung Louis' XVIII. zu den periodischen Konferenzen.

Wesentlich Neues bot die preußische Denkschrift also nur im Hinblick auf die Stellung der Mächte zweiten Ranges bei der Sicherung des europäischen status quo. Und mit der Idee der periodischen Konferenzen würde man auf den entschiedenen Widerstand Castlereaghs gestoßen sein.

Wichtiger aber als jenes Memorandum ist für die Erkenntnis der preußischen Politik die wieder einmal zu Tage tretende Tendenz des Abwartens und Vermittelns, die Vermeidung jeder Initiative. Sie entsprach Hardenbergs liebenswürdiger Weichheit ebenso wie der mangelnden politischen Rücksichtslosigkeit Friedrich Wilhelms III., und zeigte, wozu allein sich Preußen in jenen Jahren berufen fühlte: das Bindeglied in der Quadrupel-Allianz zwischen Oesterreich—England einerseits und Rußland andererseits zu sein, wobei der Staatskanzler mehr zu Metternich und Castlereagh, der König zu Zar Alexander neigte.

Zum Glück kamen die Russen selbst den versöhnlichen preußischen Bestrebungen entgegen: Graf Kapodistrias willigte noch am 9. Oktober ein, der allgemein propagierten Deklaration den Entwurf Castlereaghs zu unterlegen. Die militärischen Fragen sollten durch eine Kommission geklärt werden, und der russische Staatssekretär wollte selbst ein entsprechendes Protokoll entwerfen. Unter dem 12. Oktober fanden die Erörterungen über die geplante Deklaration ihren ersten Vermerk in den Konferenzprotokollen; der neue Entwurf lag noch nicht vor, aber die Diskussionen nahmen an Schärfe so zu, daß man am Schluß der Sitzung nicht mehr wußte, ob die Allianz „als noch bestehend, als aufgekündigt oder in sich aufgelöst" anzusehen wäre. (Bernstorff an Lottum, 15. Oktober 1818; AA I Rep. 6, Nr. 28.) Die Veranlassung zu diesen Schwierigkeiten hatten die russischen Bevollmächtigten gegeben, die es darauf anlegten, die Quadrupel-Allianz als reines Kriegsbündnis darzustellen, um die Ausführung ihrer Pläne vom 8. Oktober unumgänglich notwendig erscheinen zu lassen. Graf Kapodistrias nahm sich als Feind der Quadrupel-Allianz des Projektes seines Souveräns rücksichtsloser an, als diesem in seiner versöhnlichen Stimmung recht war. Zur Erleichterung aller Beteiligten griff der Zar vermittelnd ein: am 14. Oktober, die Bevollmächtigten der Alliierten verhandelten wieder allein, lag eine neue russische Denkschrift vor (AA I Rep. 6, Nr. 9 „Projet de Protocole." Aachen, 2./14. Oktober 1818).

Dieses Projekt war überraschend kurz und klar gefaßt und forderte fünf Punkte:

1. Ein geheimes Protokoll von der Gültigkeit eines Vertrages sollte den Bestand der Quadrupel-Allianz bestätigen, sodaß sie unter gegebenen Umständen mit Hilfe aller europäischen Staaten Frankreich „in die rechtmäßigen Grenzen" zurückführen könnte.
2. Das Ziel der Monarchen-Entrevuen wäre: d e n Zustand in Frankreich zu formulieren, der den casus foederis auslöste, und die Weiterentwicklung des allgemeinen Friedens, dessen sich Europa erfreute.
3. Das geheime Protokoll sollte die Zusammenkünfte regeln im Falle eines Krieges gegen das von einer Revolution bedrohte Frankreich, und eine Mitteilung an Frankreich und die anderen Staaten sollte diese Zusammenkünfte bekanntgeben.
4. Vor allem sollte Frankreich an diesen Reunionen teilnehmen, die die wechselseitigen Interessen der fünf Mächte zum Gegenstand haben würden.
5. Die Kabinette müßten die Erklärung abgeben, daß sie sich nur bei ausdrücklicher Aufforderung um die Angelegenheiten anderer Staaten bemühen würden.

Das wichtigste Moment dieser russischen Denkschrift war das eindeutige Bekenntnis, den Vierbund als Bollwerk gegen Frankreich zu erhalten, daneben wurde der fast allgemein gültig gewordene Plan, den Bourbonen in die Reunion der Großmächte aufzunehmen, wieder ausgesprochen. Neu war Punkt 5 des Projektes, und es ist anzunehmen, daß er auf Kapodistrias persönlich zurückging, der es liebte, den Mächten zweiten Ranges größtes Entgegenkommen zu beweisen. Die gute Aufnahme, die das zweite Memorandum der Russen fand, war um so nötiger, als König Friedrich Wilhelm und Zar Alexander einen Besuch bei Louis XVIII. planten, den jener um seines Ansehens willen sehnlich erwartete; und die Arbeiten der Konferenzen sollten beschleunigt weitergeführt werden. Da man sich über den casus foederis und über die Form der Bekanntgabe dieser Abmachungen nicht ganz einigen konnte, wurde eine neue Formulierung notwendig, mit der am 15. Oktober wiederum der russische Staatssekretär betraut wurde.

Diese Verhandlungen gingen auch in den folgenden Tagen weiter, an denen man die Vorbereitungen zu dem glänzenden Fest des Jahrestages von Leipzig traf, an dem außerdem die Erneuerung der Heiligen Allianz ausgesprochen und die Universität Bonn gestiftet wurde. Die Feier des 18. Oktober war für die Einstellung der Alliierten charakteristisch: wenn sie auch des Sieges über „den Usurpator" zu gedenken angaben, so war doch auch damals Napoleon I. nicht von der französischen Nation zu trennen, und in der Tat fühlten sich selbst die bourbonischen Staatsmänner brüskiert. Um der prekären Lage zu entgehen, hatte der Herzog von Richelieu mit seinem diplomatischen Corps Aachen am 17. auf einige Tage verlassen, konnte aber später eine Empfindlichkeit nicht ganz unterdrücken. Weit offener machte der französische Gesandte in Berlin, Marquis de Bonnay, seinem Herzen Luft. Er war auf der Rückreise aus Paris begriffen, als er gerade während dieser kritischen Tage in Aachen weilte, und Graf Bernstorff, der „würdige und doch sanfte Formen" (Treitschke) liebte, mit seiner Verletztheit erschreckte. „Bonnay äußerte sich schon hier auf eine sehr anstößige Weise über die Feier des 18. Ein bonapartistischer Gesandter hätte kaum anders darüber reden können." (AA I Rep. 6, Nr. 28.)

An diesem selben Tage ging die Aachener Diplomatenversammlung durch ihre Krisis: Graf Kapodistrias hatte einen Protokollentwurf vorgelegt, der heftigste Diskussionen hervorrief und zuletzt nichts entschied. Metternich lehnte es energisch ab, die Quadrupel-Allianz nur als reines Kriegsbündnis gegen Frankreich zu erhalten, wie der russische Plan vorsah. Und auch Lord Castlereagh wandte sich gegen ihn, indem er den öffentlich anzuerkennenden Fortbestand des auf geltenden Verträgen beruhenden Vierbundes forderte.

Während Oesterreicher und Briten bestimmte Einwände erhoben, begnügte sich die preußische Diplomatie mit den üblichen Vermittlungsversuchen: „Unsere immer auf Verständigung und Ausgleichung gerichteten, bis dahin glücklichsten Bemühungen blieben gestern ohne Erfolg", berichtete Bernstorff niedergeschlagen an Lottum (19. Oktober 1818; AA I Rep. 6, Nr. 28.)

Jedenfalls wurde eine Einigung an jenem Tage nicht erzielt und „die Kabinette schieden zum ersten Male mit sichtbarem Unmute auseinander." Dabei drängte alles nach einer Entscheidung, denn die Monarchen wollten ihren geplanten Pariser Besuch machen, den man bereits auf den 20. verschoben hatte.

Der Kernpunkt der Schwierigkeiten lag also in der Absicht der Russen, die Quadrupel-Allianz zu einem geheimen, antirevolutionären Defensivbündnis zu degradieren. Gelangen geplanter Umbau und Geheimhaltung der Allianz, so war Rußland von dem Odium der Teilnahme an dieser reaktionären Verbündung befreit und konnte von neuem — mit Hoffnung auf besseren Erfolg — einerseits um die Neigung der mittleren und kleinen Staaten werben, denen der Vierbund und seine Diktatur auf's Aeußerste verhaßt waren, andererseits auf die Unterstützung des dankbaren Frankreich rechnen und dadurch endgültig das ersehnte Gegengewicht gegen die österreich-englische Interessengemeinschaft erringen. Nebenbei aber behielt Rußland eine Rückversicherung gegen jede Revolution in Händen und gewann Freiheit für seine türkischen Pläne. — Die imperialistische Richtung Alexanders mußte in diesen Tagen besonderes Befremden bei seinen Verbündeten erregen, da er jener seit seiner Wandlung im Sommer entsagt zu haben schien.

Hatten nun wirklich die machtpolitischen Tendenzen von neuem die Herrschaft über den Zaren davon getragen? Oder war seine Wandlung zur konservativen Politik gar nur Schein gewesen?

Es steht fest, daß Zar Alexander die noch schlummernden imperialistischen Tendenzen des russischen Reiches niemals völlig negieren konnte, dazu war die nationalstaatliche Entwicklung der Großmächte in jenen Jahren bereits zu ausgeprägt. Aber in den Tagen der Aachener Konferenzen war der Zar persönlich wohl am weitesten von jeder politischen Heuchelei entfernt und am stärksten geneigt, seinem politischen Nebenbuhler vom Wiener Kongreß, dem Fürsten Metternich, die Führung der Reunion zu überlassen. Dieses Verhalten des Zaren wurde durch seine Aussöhnung mit Metternich bestätigt, dessen Stellung dadurch ungemein verstärkt wurde.[87])

Der Vorwurf egoistischer Politik und Unnachgiebigkeit konnte also nicht dem Zaren gemacht werden, und das war den

[87]) Molden, a. a. O. S. 166.

Diplomaten der Aachener Reunion wohl bekannt. — Die Möglichkeit des russischen Widerstandes lag wieder einmal in der Meinungsverschiedenheit zwischen dem Zaren und seinem liberalen Staatssekretär. Und Graf Kapodistrias verbarg diesen Zwiespalt keineswegs. („Daß die Schwierigkeiten ihren Grund weniger in dem entschiedenen Wunsche des russischen Kaisers als in der persönlichen Ansicht des Grafen Kapodistrias haben, hat dieser letztere selbst kein Hehl." (Bernstorff an Lottum, 19. Okt. 1818; AA I Rep. 6, Nr. 28.) Es wurde bereits früher gezeigt, daß Herrscher und Minister verschiedentlich divergierende Interessen verfolgten (siehe S. 11 u. 34), und der Hellene dabei von seinem Freunde Pozzo di Borgo auf's Wärmste unterstützt wurde. Gewiß hatte Alexander stets das letzte Wort, das war schon im russischen Absolutismus begründet. In diesen Oktobertagen aber drängte alles zu einem baldigen Entscheid über die Streitfragen, und da die Pariser Reise des Zaren bevorstand, und eben jetzt Pozzo di Borgo aus Paris zurecht kam, seinen Kollegen zu unterstützen, fürchtete vor allem Metternich, an einer Einigung mit Kapodistrias verzweifeln zu müssen. Da gab dieser im letzten Augenblicke nach und zwar unter Einwirkung des Zaren.

Dieser hatte nach einer langen freundschaftlichen Rücksprache mit Castlereagh nicht angestanden,[88]) dem englischen Minister seine geheimen Wünsche betreffs der zukünftigen Gestaltung Europas darzulegen. (Es wird später auf sie eingegangen werden.) Die Folge war, daß Castlereagh sich tief erschrocken mit Gentz in Verbindung setzte, der ihm die britischen Pläne in bestes Französisch brachte. Dies Dokument, das der Zar unter dem 19. Oktober erhielt, setzte auseinander, daß die Verträge von 1815 sämtlich noch zu recht beständen, aber Frankreich zu den Reunionen hinzugezogen werden sollte. Schließlich wurde — und zwar im Hinblick auf Alexanders Ideen — jede Absicht der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten strikt zurückgewiesen. — Bei der freundschaftlichen Haltung, die der russische Herrscher zu Castlereagh einnahm, war nicht zu bezweifeln, daß das Dokument die gewünschte Wirkung haben würde. Und in der Tat legte Graf Kapodistrias am selben Tage eine neue Protokollabfassung vor, die zur Einigung der Kabinette führte, und als Basis der neuen Festsetzungen galt.

Die Arbeit wurde in den Konferenzprotokollen unter dem Titel aufgenommen: „Projet de protocole relatif à l'application des traités de 1815 aux circonstances actuelles." (19. Oktober; AA I, Rep. 6, Nr. 29 und 3.) Der wesentliche Inhalt der Vorlage war folgender:

1. Die Quadrupel-Allianz sollte mit dem casus foederis vom 20. November 1815 erhalten bleiben;

[88]) Webster, a. a. O. S. 142 ff.

2. Die gegebenenfalls zu leistende militärische Hilfe der Alliierten wurde geheimen Abmachungen vorbehalten;
3. Das „moralische Prinzip der Einigkeit zwischen den vier Kabinetten", wie es Artikel 6 der Quadrupel-Allianz vorsah, wäre zu erhalten und sorgfältig zu pflegen und diente zur Festigung des herrschenden Systems;
4. Frankreich sollte eingeladen werden, sich mit den vier Mächten zu vereinigen, um Europa durch den Zusammenhalt und die brüderliche und christliche Einigkeit, die ihre Politik charakterisierten, das sicherste Mittel zu zeigen, die Unverletzbarkeit der Transaktionen, auf denen der allgemeine Frieden ruhte, zu erhalten.

Dieses Projekt bot endlich die Grundlage zur gemeinsamen Weiterarbeit. Bedeutungsvoll war besonders das Bekenntnis, die Quadrupel-Allianz in ihrer alten Form zu erhalten, also nach wie vor eine Rückversicherung gegen Frankreich zu haben. Der Gedanke eines geheimen Militärprotokolls gehörte durchaus dazu und war von russischer Seite ein beträchtliches Zugeständnis an die Politik seiner Verbündeten. Soweit vertrat der Entwurf also konservative Tendenzen im Sinne des Wortes. Den gegenwärtigen Umständen suchte man schließlich gerecht zu werden, durch die äußerst vorsichtig formulierte Absicht, Frankreich in die Beratungen der Quadrupel-Allianz — laut Artikel 6 des Allianzvertrages vom 20. November 1815 — hineinzuziehen.

Praktisch sollte die Neuordnung durch einige Noten geregelt werden, über deren Form, Abfassung und Bekanntgabe noch lange Kontroversen bevorstanden. Das russische Projekt hatte 1.) ein geheimes Spezial-Protokoll vorgeschlagen, das die Festsetzungen betreffs der Quadrupel-Allianz und der evtl. erforderlich werdenden Monarchen-Reunionen umfassen sollte; 2.) ein Protokoll, das gemeinsam mit Richelieu unterzeichnet und den Signatarmächten von Wien und Paris mitgeteilt werden würde. Es hätte die Verbindung Frankreichs mit den anderen vier Mächten zu motivieren, und ihre Prinzipien und ihr Ziel bekannt zu geben.

Nachdem die schwer zu erringende Eintracht hergestellt war, reisten Zar Alexander, König Friedrich Wilhelm und Graf Wrbna — als Vertreter Kaiser Franz' — endlich am folgenden Tage nach Paris ab. Und nun ruhte dieses Thema bis zum 31. Oktober (am 30. kehrte der Zar zurück), während von verschiedenen Seiten die geplanten Noten entworfen wurden. Kapodistrias hatte sich ebenso wie Castlereagh der Mitarbeit Gentz' versichert, und es stand inzwischen fest, daß mehrere Noten den Fragenkomplex um Frankreich regeln sollten.

1.) Es war eine Deklaration vorgesehen worden, die Europa die neue Stellung Frankreichs ankündigen sollte. Ein Entwurf

Castlereaghs, den Kapodistrias und Gentz akzeptiert hatten, la bereits vor. Und der letzte russische Vorschlag vom 19. Oktobe hatte diesen Plan in ähnlicher Form wieder aufgenommen. Be reits am 31. Oktober standen sich zwei Deklarationsentwürf gegenüber: Kapodistrias' und Castlereaghs, die beide Gentz' Hilf in Anspruch genommen hatten. Während der russische Entwur darauf hinauskam, Europa die Aufnahme Frankreichs in di Quadrupel-Allianz anzukünden, suchte Lord Castlereagh, den sich Metternich anschloß, seine Kollegen zu bestimmen, statt eine Deklaration ein Protokoll abzufassen, das in Form einer Zirkular depesche den Mächten zweiten Ranges die Zurückziehung de Okkupationstruppen, das zu den schönsten Hoffnungen berech tigende Verhalten Frankreichs, die Bewährung des Allianz systems und die Befriedigung der Souveräne ankündigen sollte die beschlossen hätten, Louis XVIII. zur Teilnahme am Kon zert der großen Mächte gemäß Artikel 6 des erneuerten Allianz vertrages aufzufordern.

Diese möglichst unverbindliche Art der politischen Ab machungen lag Castlereagh ebenso nahe, wie die Russen sie ab lehnten. Der englische Minister durfte bei Annahme seines Vor schlages auf den geringsten Widerstand in seinem Parlament hoffen, und er zögerte auch keinen Augenblick, diese Begründung gegen die Russen auszuspielen. Denen genügte dieses imponde rabile Verhalten zu Frankreich nicht; gegen das britische Parla ment aber konnten sie schwer agieren, und so setzten sie mit Hilfe Alexanders am 2. November nur durch, daß keine Zirkular depesche sondern doch eine Deklaration Europa die neue Ord nung der Dinge anzeigte.

Im übrigen hatte Castlereagh sich des Zaren durch eine lange Auseinandersetzung über den Unterschied zwischen einer autokratischen Monarchie und einer parlamentarischen Regierung versichert. Alexander war beweglich genug, sich belehren zu las sen, die Wandlungen des englischen Parlaments seit 1814 zu ver stehen und Castlereagh weitere Schwierigkeiten zu ersparen. Und da auch der britische Außenminister den Gefühlen des Zaren möglichst Rechnung getragen hatte und durch Gentz' gewandte Feder Wendungen von der monarchischen Aufgabe gegen Gott und die Völker, von den vernachlässigten religiösen und mora lischen Pflichten in seinen Entwurf bringen ließ, standen der Herrscher und der Minister schließlich in bestem Einver ständnis.[89])

Die endgültige Formulierung der Deklaration wurde wie der in die bewährten Hände von Gentz gelegt und zum 4. Novem ber fertiggestellt. Wenn auch Graf Bernstorff sie als „kalt und matt" bezeichnete, und dies damit erklärte, daß sie „nach vielfach

[89]) Webster, a. a. O. S. 156 ff.

heterogenen Rücksichten" zusammengesetzt worden war, so verriet doch die glänzende Stilistik dem Kundigen ihren Verfasser.

Die Deklaration (Déclaration, AA I Rep. 6, Nr. 25) sollte die Resultate der Aachener Reunion „zur Kenntnis sämtlicher europäischer Höfe" bringen. Die Alliierten beriefen sich auf den Vertrag vom 9. Oktober (s. S. 50) und stellten fest, daß „die enge Verbindung der Monarchen Europa das heiligste Unterpfand seiner künftigen Ruhe" böte. Diesem allgemeinen Satze folgte die Beteuerung, daß die Union der Monarchen „auf keine neuen politischen Unternehmungen, auf keine Störung der durch die bestehenden Verträge geheiligten Verhältnisse der Mächte" gerichtet sei. Die „strengste Befolgung der Grundsätze des Völkerrechtes" wurde auch für die Zusammenkünfte zugesichert, „die in der Folge der Zeit ... stattfinden können", gleichgültig, ob sie über die speziellen Angelegenheiten der Alliierten oder auf Grund erbetener Vermittlung bei den anderen Regierungen eingeleitet würden.

Es war Gentz in der typischen Phraseologie der Zeit meisterhaft gelungen, mit vielen Worten nichts zu sagen. Denn die allgemeine Zusicherung der Erhaltung des Friedens und Befolgung des Völkerrechtes war nur eine höfliche Geste gegen die Mächte zweiten Ranges. In Wirklichkeit hatten sich die Alliierten bei den Aachener Konferenzen keinen Augenblick gescheut, sämtliche europäischen und außereuropäischen Streitfragen vor ihr Forum zu ziehen, und sie vertraten in Troppau, Laibach, Wien und Verona schließlich öffentlich das Interventionsrecht, — allerdings ohne England. Von dem Hauptergebnis der Konferenzen, der künftigen Einbeziehung Louis' XVIII. in das Konzert der großen Mächte, erwähnte die Deklaration kein Wort. Und das war das große Zugeständnis, das speziell durch Einwirkung der Russen Frankreich gemacht wurde: es schien nach dem Wortlaut der Deklaration nie eine Ausnahmestellung eingenommen zu haben, und Richelieu unterzeichnete genau wie seine Kollegen.[90]) Für die Augen der Uneingeweihten schien die Quintupel Tatsache geworden zu sein! Ein einziges Zugeständnis, und das war das Werk Castlereaghs, machte man den Sous-Alliés: es war keine Rede mehr von periodischen Zusammenkünften, wie sie noch in Artikel 6 des erneuerten Allianzvertrages vorgesehen wurden.

2.) War die Deklaration für die europäische Öffentlichkeit bestimmt, so diente ein Protokoll der fünf Mächte den internen Bedürfnissen der Unterzeichnenden, ohne ausgesprochen geheimen Charakter zu tragen. Es war durch das russische Projekt vom 19. Oktober angeregt worden, und sollte von Richelieu mit unterzeichnet werden. Der zweite russische Entwurf vom 22. kam dem Bourbonen außerordentlich entgegen und sprach im Hinblick auf Frankreich und den Vierbund von „der großen Allianz".

[90]) Molden, a. a. O. S. 150.

Der österreichische Staatskanzler sah mit neuer Sorge in die Zukunft und wurde mehr denn je vom Alpdruck einer russisch-französischen Liaison geplagt, wozu — wie Graf Bernstorff meinte — „die Anwesenheit des Grafen Pozzo di Borgo wohl nicht unwesentlich mitwirken mag." (Bernstorff an Lottum, 22. Oktober 1818; AA I, Rep. 6, Nr. 28.) Schließlich glaubte Metternich, die Sicherung des reinen Vierbundes erst durch ein neues österreichisches Memorandum zu erreichen. Und gegen den ausdrücklichen Widerspruch Kapodistrias' präsentierte er sein „Aperçu sommaire de la position des choses" vom 1. November (AA I, Rep. 6, Nr. 29, Protokoll vom 4. November 1818). Nach der Feststellung, daß die Quadrupel-Allianz bestehen bleiben müßte zur Beobachtung Frankreichs, das sich „noch nicht selbst überlassen werden dürfe", wurde betont, daß niemand „ein ruhiges und unter legitimem König und konstitutionellen Formen bestehendes Frankreich" bedrohte. Es müßte aber im europäischen Friedensinteresse durch eine „politische Kombination an diese Höfe gebunden werden". Das könnte nicht geschehen — und damit kam der Verfasser an das Kernproblem — durch einen neuen Allianzvertrag, denn der läge 1.) nicht im Interesse eines Friedenssystems, 2.) aber erforderte eine Allianz stets einen casus foederis, und der könnte zwischen den fünf Mächten nicht gefunden werden. Der Ausweg wäre durch Artikel 6 des erneuerten Allianzvertrages vom 20. November 1815 gegeben: Frankreich sollte zum diplomatischen Konzert der fünf Mächte aufgefordert werden. Umsichtige Vorschläge für die Formulierung des Protokolls folgten, und es wird sich zeigen, daß sie verwirklicht wurden. Hier wurde auch zum ersten Mal ein geheimes Protokoll gefordert, das die Quadrupel-Allianz von neuem sanktionierte. Wichtig im Aperçu des österreichischen Premiers war

1. das Bekenntnis, Frankreich an die vier Höfe fesseln zu müssen;
2. die nicht widerlegbare Feststellung, daß eine neue Allianz einen casus foederis erforderte.

Es war dieselbe wie in seinem Memorandum vom 7. Oktober (s. S. 56).

Wieder einmal trug Metternichs unerbittliche, logische Darlegung der Situation den Sieg davon, trotz des russischen Einwandes, durch solch Protokoll würde die Konvention vom 9. Oktober ungültig. Allerdings kam ihm auch die Unterstützung seiner preußischen und englischen Kollegen zu Hilfe.

Die Preußen stimmten sofort für den Entwurf, der durchaus ihren Tendenzen entsprach. Im übrigen waren sie in jenen Tagen bereits intensiv mit ihrem Garantie-Traktat beschäftigt, auf den später einzugehen sein wird.

Castlereagh hoffte, das endgültige Protokoll seinem Kabinett noch vor der Unterzeichnung vorlegen zu können. Da er nichts

mehr zu fürchten hatte, als neue Bündnisse und ähnliche verpflichtende Abmachungen, unterstützte er seinen österreichischen Freund auf's Wärmste. Trotzdem konnte das englische Kabinett sein Mißtrauen gegen die vielen Konferenzen und evtl. neue Verträge nicht überwinden, und der Lord hatte Mühe, seinen Kollegen in der Heimat klar zu machen, daß „es Gründe gab, um derentwillen eine Phraseologie toleriert werden müßte, die besser vermieden werden würde." [91]) Eine Anspielung auf die geistige Verfassung des Zaren und auf die Gefahr einer franco-russischen Allianz bei weiterer Isolierung des Bourbonenstaates.

So wurden Kapodistrias' hochfliegende Pläne von Preußen, Oesterreich und England gemeinsam reduziert, und die Neuabfassung zeigte deutlich Anklänge an Metternichs und Castlereaghs Auslassungen, aber Gentz tat sich nicht wenig auf seine Redaktion zugute.

Das Protokoll vom 15. November (AA I, Rep. 6, Nr. 25) gab als Ziel der Konferenzen an, „den Zustand der Dinge zwischen Frankreich und den Mächten" zu prüfen und den Bourbonenstaat „den friedlichen und wohlwollenden Gesinnungen" anzuschließen, die alle Souveräne erfüllten. Nach feierlicher Berufung auf die Verträge von Paris 1814/15 und den Rezeß von Wien folgte das Gelöbnis, die enge Verbundenheit der Höfe weiterhin zu erhalten. Sie hätte den Frieden zu bewahren, der auf „gewissenhafter Vollziehung der in den Traktaten vorgeschriebenen Verpflichtungen und Anerkennung aller daraus hervorgehenden Rechte" beruhte. Frankreich sollte an diesem Werke mitarbeiten, nachdem es „durch Wiederherstellung der rechtmäßigen und konstitutionellen königlichen Gewalt den übrigen Mächten beigesellt" wäre. Die in Aachen versammelten Mächte würden endlich besondere Zusammenkünfte veranstalten, wenn sie solche „zur Erreichung des hier ausgesprochenen Zwecks für nötig halten sollten"; „der Zeitpunkt und Ort solcher Zusammenkünfte sollte jedes Mal durch diplomatische Rücksprache zuvor bestimmt werden." Endlich folgte die klare Zusicherung, sich in Angelegenheiten, „die auf das Interesse anderer europäischer Staaten Bezug hätten ... nur infolge einer förmlichen Einladung von Seiten der dabei interessierten Staaten zu mischen, und mit Vorbehalt des Rechtes der letzteren, unmittelbar oder durch ihre Bevollmächtigten daran teilzunehmen." Der Inhalt dieses Protokolls würde „durch die angeschlossene Deklaration ... zur Kenntnis aller europäischen Höfe gebracht werden."

Diese endgültige Fassung des Protokolls ließ keinen Zweifel über die Niederlage der Russen. Von der „großen Allianz" war nicht mehr die Rede, und man scheute sich hier auch nicht, Frankreichs einstigen Ausnahmezustand durch die Wendung von

[91]) Webster, a. a. O. S. 155.

der „Wiederherstellung der rechtmäßigen und konstitutionellen königlichen Gewalt" zu erwähnen. War hierdurch besonders Metternich Genüge getan, so waren die Festsetzungen betreffs der künftigen Entrevuen für Castlereagh wertvoll. Das System der Reunionen war zwar erhalten worden, aber der englische Minister konnte sein Kabinett mit Recht darauf hinweisen, daß die Monarchenzusammenkünfte nicht mehr wie in Artikel 6 des erneuerten Allianzvertrages in bestimmten Zeiträumen automatisch stattfinden, sondern aus gegebenen Fragen erwachsen sollten. Eine unverkennbare Lockerung der Bindungen. — Die treuherzige Zusicherung der Nichtintervention hatte für die Sous-Alliés nur den Wert einer höflichen Geste, über ihre Notwendigkeit waren sich die drei Kabinette von Anfang an einig gewesen.

Während die Alliierten durch die Deklaration scheinbar den Fünfverband der Großmächte manifestierten, und das Protokoll rücksichtsvoll den Fachkreisen vorbehalten blieb, bot Frankreich einen wenig beruhigenden Anblick. —

Die finanziellen Zugeständnisse der Verbündeten Anfang November waren teils durch die französische Börsenkrisis, teils durch die neuen Kammerwahlen hervorgerufen worden. Diese hatten einen starken demokratischen Zuwachs gebracht (von 55 Abgeordneten waren 23 Independente!), der das Königtum neuen Erschütterungen auszusetzen drohte. Die Kriegslust der Bonarpartisten war allgemein bekannt. Und der einmütigen französischen Heeresverstärkung auf 240 000 Mann standen in Frankfurt nur die kläglichen Streitigkeiten um die Bundeskriegsverfassung gegenüber, die auch durch die September-Verhandlungen zwischen Metternich, Hardenberg, Goltz und Wolzogen in Schloß Johannisberg nur zum Entwurf der „Grundzüge der Kriegsverfassung des Deutschen Bundes" führten.[92]) Eine Sicherung des Deutschen Reiches gegen Frankreich war nach der Zurückziehung der Okkupations-Armee tatsächlich nicht mehr vorhanden.

Es ist ein immanentes Gesetz des französischen Staatslebens, daß die Spannungen der Innenpolitik durch außenpolitische Eruptionen reguliert werden. Daß die Ausmaße derartiger Reaktionen nicht nur der europäischen Mitte sondern dem ganzen Kontinent, ja sogar Britannien gefährlich werden konnten, hatten die letzten 25 Jahre den Staatsmännern der Aachener Konferenzen gezeigt. So waren auch Rußland und das englische Inselreich daran interessiert, die Quadrupel-Allianz und handgreifliche militärische Sicherungen gegen Frankreich zu erhalten. Darüber hinaus lagen Vorschläge weit verpflichtenderer Natur vor, und es wird an anderer Stelle zu untersuchen sein, ob Pläne dieser Art verwirklicht werden konnten.

3.) Schon das zweite russische Memorandum vom 14. Oktober (s. S. 65) hatte den Vorschlag gebracht, die Quadrupel-

[92]) Treitschke, a. a. O. Bd. 2, S. 457.

Allianz durch ein Sonderprotokoll zu bestätigen. Metternich und die preußischen Diplomaten waren sofort für den Gedanken gewonnen, und Castlereagh glaubte bei der Bedeutung dieser Frage, die Rücksicht auf die Abneigung seines Parlamentes gegen Bestätigung überlieferter Verträge zurückstellen zu dürfen. Und so formte man wieder ein Glied zur Kette der Sicherheitspolitik.

Am 4. November war das Protokoll fertiggestellt (Protocole réservé à la connaissance des quatre Puissances signataires du traité de Quadruple-Alliance du 20 novembre 1815).

Nach einer umfassenden Untersuchung der gegenwärtigen Bedeutung des Vierbundes wurde in zwei knappen Paragraphen von den Alliierten erklärt:

1. „Daß alle durch den Vertrag der Qradrupel-Allianz vom 20. November 1815 festgesetzten solidarischen Verpflichtungen in voller Kraft und Wirkung bleiben für den casus foederis et belli, so wie er im genannten Vertrage vorgesehen und festgesetzt worden ist."
2. „Daß die Hohen Unterzeichnenden des gegenwärtigen Protokolls sich für den casus foederis, der speziell durch Artikel 3, § 2 des Vertrages vom 20. November 1815 zugelassen wurde, — infolge ihrer gegenwärtigen Abmachungen gegebenenfalls in besonderen Reunionen (zwischen den alliierten Monarchen persönlich oder zwischen den vier Kabinetten) — über die geeignetesten Maßnahmen verabreden werden, um die unheilvollen Folgen eines neuen revolutionären Umsturzes zu verhindern, durch den Frankreich bedroht werden könnte. Die Alliierten werden sich stets bewußt sein, daß der Fortschritt der Uebel, die Europa so lange verheert haben, einzig durch die Eintracht der Beziehungen und die Reinheit der Gefühle, die die vier Souveräne zum Heil der Welt einten, aufgehalten wurde."

Die Quadrupel-Allianz von Chaumont, die man 1815 in Paris erneuert hatte, war damit in aller Form bestätigt worden. Und nichts konnte die Stellung der Siegerstaaten zu Frankreich deutlicher machen, als die vertrauliche Bekanntgabe dieses Protokolls an Richelieu und seine gleichzeitige strenge Geheimhaltung vor allen anderen Staaten.

In der vertraulichen Mitteilung dieses Vertrages an Richelieu lag weit mehr als eine Vorsichtsmaßregel gegen Spionage. Sie kam einer Verwarnung gleich, über deren Ernst der leitende französische Staatsmann nicht im Zweifel sein konnte. Daß er seinem König keine eindeutige Mitteilung vom Fortbestand der Quadrupel-Allianz machte, war persönlich verständlich und politisch unbedenklich, denn sie bedrohte tatsächlich nur ein revolutionäres Frankreich, und Louis XVIII. mußte als erster Garant des legitimen Königreiches angesehen werden.

Die sorgsame Geheimhaltung des Protokolls war dabei ein äußerst wertvolles Zugeständnis an den Bourbonen-Staat: für die nicht an den Aachener Versammlungen teilhabenden Mächte schien die Quintupel verwirklicht worden zu sein. Und es hob das französische Prestige nicht nur nach außen, wenn der Premierminister Seiner Allerchristlichen Majestät im Rate Europas mitstimmte, sondern das restituierte Königtum gewann dadurch notwendig auch an Ansehen im eigenen Volke, das so außerordentlich empfänglich für politische Gesten war.

4.) Die für den Bündnisfall der Alliierten gegebenen militärischen Abmachungen waren einem vierten Protokoll vorbehalten, (Geheimes Militärprotokoll zwischen den Vertretern Oesterreichs, Groß-Britanniens, Preußens und Rußlands, AA I, Rep. 6, Nr. 25) das der ausschließlichen Kenntnis der sieben Bevollmächtigten vorbehalten blieb. Es wurde ausdrücklich als Zusatzprotokoll zu der Bestätigung der Quadrupel-Allianz bezeichnet, an dem Preußen am stärksten interessiert war.[93])

Die Festsetzung ging auf den um Wellington gebildeten Militärausschuß zurück, in dem Preußen durch seinen Kriegsminister und den General Müffling vertreten wurde. Man legte die Resultate dieser Unterredungen dem Zaren vor, der großen Anteil an ihnen nahm.

Ein Teil der Bestimmungen wurde aus den Verträgen von Chaumont und Paris übernommen, der Rest der Situation gemäß stipuliert: zwei Monate nachdem der casus foederis eingetreten, hätten sich die britischen Corps um Brüssel, die preußischen um Köln, die österreichischen um Stuttgart und die russischen — einen Monat später — bei Mainz zu versammeln.[94]) Die deutschen und niederländischen Grenzfestungen gegen Frankreich sollten unter Aufsicht des Herzogs von Wellington 1819 ausgebaut sein. Schließlich beschloß man, von König Wilhelm II. der Niederlande — dem Schwager des Zaren — die Berechtigung nachzusuchen, im Kriegsfalle bestimmte niederländische Festungen mit englischen und preußischen Garnisonen zu belegen.

Die Schwierigkeit des Gegenstandes und der Widerstand des hochmütigen Oraniers brachten es mit sich, daß sich die Verhandlungen, bei denen den preußischen Vorschlägen große Beachtung eingeräumt wurde, lange hinzogen. Erst am 21. November konnte Wellington mitteilen, daß König Wilhelm dem Protokoll zustimmte, während die drei anderen Protokolle dem Herzog von Richelieu bereits am 4. November vertraulich mitgeteilt

[93]) Hampe: Bollwerk, S. 27 ff. betont besonders die Bemühungen Boyens, Wolzogens und Müfflings um die unzulängliche Barriere.

[94]) Hierzu Hampe, ebd. S. 28: „Die pflichtgemäße Zahl der Hilfstruppen jeder der vier Mächte betrug, gemäß dem Vertrage von Chaumont, 60 000 Mann; sie auf 150 000 Mann zu erhöhen, hatten Boyen und Wolzogen vergeblich vorgeschlagen."

wurden. Mit ihnen ging ihm zugleich die offizielle Einladung zur Teilnahme am Konzert der Großmächte zu (Note der Herren Bevollmächtigten an den Herrn Herzog von Richelieu, erlassen am 4. November 1818; AA I, Rep. 6, Nr. 25).

Sie bestätigte Frankreich die „gewissenhafteste und pünktlichste" Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen und setzte volle Hoffnung in die durch „Wiederherstellung der rechtmäßigen und konstitutionellen königlichen Gewalt glücklich gegründete Ordnung der Dinge". Da dürften „ihre kaiserlichen und königlichen Majestäten nunmehr mit froher Zuversicht ihren persönlichen Wünschen und Gefühlen Gehör geben" und mit Maßregeln aufhören, die „nur die unglücklichsten Ereignisse und die Notwendigkeit auf ihre eigene Sicherheit und die Sicherheit von Europa bedacht zu sein" erforderten. Um den durch die Konvention vom 9. Oktober des Jahres vollendeten allgemeinen Frieden „zu sichern und die Verhandlungen, welche ihn gestiftet und bekräftigt haben, aufrecht zu erhalten, hoffen ihre kaiserlichen und königlichen Majestäten, das Seine Majestät der König von Frankreich, von gleichen Gesinnungen beseelt, dem Antrage, seine Ratschläge und Bemühungen mit den ihrigen zur unausgesetzten Arbeit an einem so heilsamen Werke zu vereinigen . . . wohlwollende Aufmerksamkeit nicht versagen werde." Diese schmeichelhafte Einladung wurde mit der Aufforderung an Richelieu beschlossen, „an allen ihren jetzigen und künftigen Beratschlagungen, in sofern sich solche auf Erhaltung des Friedens . . . beziehen, teilnehmen zu wollen."

Die Ideen der Protokolle waren in Tat umgesetzt, Ludwig XVIII. wurde eingeladen, seine Ratschläge von nun an mit denen der Alliierten zu vereinen, so weit über die Erhaltung des Friedens zu beraten wäre. Das war eine Formel von größtem Fassungsvermögen, denn welche Bewegung in der Staatengemeinschaft hätte den so behüteten Frieden dieser müden Zeit nicht berührt! — Daß die vereinigten vier Kabinette auch weiterhin von der Notwendigkeit überzeugt blieben, auf die „eigene Sicherheit und die Sicherheit von Europa" bedacht zu nehmen, eine Wendung, deren Modernität überrascht, bewiesen die geheimen Protokolle zur Genüge.

Am 12. November konnte Richelieu die Antwortnote seines Herrschers überreichen (Note des Herrn Herzog von Richelieu, 12. November 1818; AA I, Rep. 6, Nr. 25), die von dem „innigen Vergnügen" sprach, mit der Seine Allerchristlichste Majestät das Schreiben vom 4. empfangen hätte. Nach nochmaliger Betonung der „Rechtlichkeit seines Volkes" und des Wertes seiner Verfassung für die Ruhe Europas erklärte König Louis, daß sich Frankreich „mit aller Aufrichtigkeit, die seinem Charakter zusteht", dem System der Alliierten voll „größter Bereitwilligkeit" anschließen wollte.

In zwei Sitzungen wurden am 15. November die vier Protokolle von den sieben bzw. acht Bevollmächtigten unterzeichnet, und nachdem auch die Pariser Gesandtenkonferenz am 22. November 1818 offiziell aufgelöst wurde, war die Hauptfrage der Aachener Konferenzen gelöst und der Grundstein zu einem Staatensystem gelegt, das das Jahrhundert bis gegen seinen Ausgang weit über Europas Grenzen hinaus beherrschen sollte.

Mit dem 15. November 1818 brach auch für Frankreich die neue Aera an: die Räumung des Landes, die Ordnung seiner Kriegsschulden und seine Aufnahme in das Konzert der Großmächte stellten trotz aller Reservationen, die jene insgeheim machten, die altüberlieferte Form des europäischen Gleichgewichtes zwischen den fünf großen Mächten wieder her, und somit wurde praktisch die Gleichberechtigung der französischen Nation anerkannt.

Nach einem 25jährigen Ringen um die Weltherrschaft, das sich zu einem Kampf um Sein oder Nichtsein zugespitzt hatte, nach dem beispiellosen Epilog der Hundert Tage reichten die Siegermächte dem Feindstaat nach drei Jahren die Hand zur völligen Versöhnung. Als 100 Jahre nach den Aachener Konferenzen die Ordnung Europas, ja der Erde erschüttert war, als abermals eine Entente einem zusammenbrechenden Staate gegenüberstand und ein neues System der Mächte notwendig wurde, zeigte sich jäh die Strukturveränderung des Geistes der Politik. Das Jahrhundert des Imperialismus hatte das europäische Gemeingefühl beeinträchtigt und zugleich gelehrt, rücksichtslosere Konsequenzen aus Siegen zu ziehen, als man 1814/15 in Paris kannte. Aber der brutale Vernichtungswille maßloser „Siegerstaaten" hemmte eine neue politische Ordnung auf's Schwerste.

Parallelen mußten sich einem historischen Politiker im 20. Jahrhundert aufdrängen, und tatsächlich sind sie von den englischen Diplomaten 1925 erfaßt worden. Gustav Stresemann schilderte das in seiner Rede vom 20. Februar 1926 in Köln, die er bei einem Studentenkommers über den „Geist von Locarno" hielt. (Stresemann: Erinnerungen, Bd. 2, S. 439.) „In dem großen Saal des Foreign Office in London, in dem die Verträge von Locarno unterzeichnet wurden, hing, für diesen Tag herbeigeschafft, das Gemälde von Lord Castlereagh. Wenn dieses Symbol eine über den Tag hinausgehende Bedeutung haben soll, dann kann es nur die sein, daß das England der Gegenwart mit dem Vertrag von Locarno dieselbe Politik treiben will, die einst Englands Vertreter auf dem Kongreß von Aachen 1818 gegenüber Frankreich getrieben hat, als er den Gedanken vertrat, Frankreich wieder als Großmacht wieder in das europäische Konzert aufzunehmen und des zum Zeichen die Truppen der damals Frankreich besetzenden Mächte von Frankreichs Boden zurückzuziehen. Diese Frage der Zurückziehung mag eine Frage der Verhandlungen,

eine Frage der Technik sein, aber sie ist die logische Auswirkung einer neuen europäischen Situation, die das Problem der Sicherheit der Länder durch andere Wege lösen will als durch den der militärischen Gewalt."

3. Das „Sicherheitsproblem": Preußens Ringen um Garantietraktat, Barrierenpolitik und Observationsarmee.

Daß jenes Problem der Sicherheit schon die Staatsmänner von 1818 beschäftigte, wurde festgestellt, und die Protokolle der Aachener Konferenzen arbeiteten bereits mit jenem gefährlichen Terminus.

Es wird sich nun zeigen lassen, daß man auch 1818 die „Sicherheit der Länder" auf dem so modern scheinenden Wege der Garantietraktate gewährleisten wollte, daneben aber auf eine gewisse militärische Rückendeckung — genau so wenig wie heute — zu verzichten gedachte.

„Die europäische Sicherheit" beschäftigte die Kabinette in zweifacher Hinsicht, bei der man deutlich die typische Labilität jenes Terminus' sieht: erstens waren die Alliierten auf Sicherung vor Frankreich bedacht. Diese fand ihren Ausdruck a) in der Einbeziehung des unzuverlässigen Nachbarn in das Konzert der großen Mächte, b) in den geheimen militärischen Abmachungen der Verbündeten, die zu einem regulären Barrierengedanken führten. Hier wirkten das berechtigte Mißtrauen und die Kriegsmüdigkeit aller zusammen, einen neuen europäischen Brand zu inhibieren.

Daneben aber wollte man eine Versicherung aller gegen alle schaffen, die jeden künftigen Konflikt im Kern ersticken und neue Verwirrungen unmöglich machen sollte. Das waren Pläne, die für eine eben beendete Epoche großer Kämpfe charakteristisch waren, und das gesteigerte politische Sicherheitsbedürfnis der Staaten bewiesen. Ein Bedürfnis, das nicht bei allen Mächten ausschließlich mit der Kriegsmüdigkeit motiviert werden dürfte. Die nationalisierten Staaten wurden nicht mehr durch die gemeinsame Abwehr Napoleons zusammengehalten. Die Interessen gingen normaler Weise wieder auseinander, und während Mitteleuropa mit der Ordnung und Konsolidierung seiner inneren Zustände auf Jahrzehnte hinaus beschäftigt war, und Frankreich sich unter Parteikämpfen von neuem seiner Ostgrenze und allmählich Nordafrika zuwandte, gingen Rußland und Britannien mit mächtigen Schritten dem aufbrechenden Zeitalter des Imperialismus entgegen.

Alle großen Mächte aber waren gleichmäßig an der Erhaltung des status quo interessiert, um den immanenten Tendenzen ihres politischen Lebens ungestört folgen zu können. So ver-

knüpfte sich in dem gemeinsamen Rufe nach der „Sicherheit" das allgemeine mit dem egoistischen Interesse und der aufrichtige Wille, eine Utopie zu verwirklichen, war nicht immer leicht von eigensüchtigen Plänen zu unterscheiden.

Der spiritus rector dieser Gedanken war Zar Alexander, dessen Weltfriedensideen sich seltsam mit den Interessen der russischen Politik verquickten. Der erste, dem er sein Herz öffnete, war überraschender Weise Lord Castlereagh. Das lag teils an den enger gewordenen Beziehungen zwischen dem preußischen und dem österreichischen Kabinett, die Alexander ohne Freude konstatierte, teils an der richtigen Erkenntnis, daß der Brite der zäheste Gegner seiner Wünsche sein würde. Noch vor dem 8. Oktober hatte der Zar mit dem englischen Außenminister eine Unterredung (s. S. 70), in der er seine Pläne dahin entwickelte, daß alle europäischen Mächte, in einer gemeinsamen Liga zusammengefaßt, einander die bestehende Ordnung der der Dinge — sowohl der Herrscher wie der Territorien — garantieren und sich verpflichten sollten, gegen d i e Macht gemeinsam vorzugehen, die durch ihren Ehrgeiz oder revolutionäres Vergehen eine andere verletzte. Lord Castlereagh wich einer sofortigen Stellungnahme aus und vereinte sich mit Gentz zur Abfassung einer schriftlichen Entgegnung.

Das erste russische Memorandum vom 8. Oktober (s. S. 60) setzte den Versuch Alexanders fort, die Quadrupel-Allianz zu einem allgemeinen Garantietraktat zu erweitern, dessen Objekt die Sicherung des territorialen status quo und der legitimen Herrschaft sein sollte. Daß Zar Alexander dabei nicht geneigt war, gänzlich auf den bewährten Vierbund zu verzichten, wurde gezeigt. Die Ablehnung, die jenes Schriftstück erfuhr, konnte diese Pläne der Russen nur in den Hintergrund drängen, nicht zu ihrer Aufgabe veranlassen.

Denn schon fanden sie sich durchaus nicht mehr allein mit diesen Gedanken: Oesterreich und Preußen waren bereit, auf die Garantiepläne einzugehen, ja, es sollte sich jetzt noch eine Tatsache herausstellen, die die preußische Politik in ein neues Licht rückte!

Die Verhandlungen über die Protokollabfassungen hatten sich bis zum 1. November hingezogen, als die russischen Bevollmächtigten die letzten Absichten ihres Souveräns enthüllten. „Sie haben es kein Hehl mehr", schrieb Graf Bernstorff an Lottum (1. November 1818; AA I, Rep. 6, Nr. 28), „daß die Wünsche ihres Herrn auf die Abschließung eines zwischen den fünf Mächten zu verabredenden, demnächst den anderen europäischen Staaten zum Beitritt vorzulegenden, auf den gegenwärtigen, vertragsmäßigen Besitzstand gegründeten Garantietraktat gerichtet sind. Die Idee (und d a s ist der wichtigste Passus dieses Briefes) scheint durch das, ich weiß nicht genau in welcher Epoche, aus unserem Ka-

binett hervorgegangene, denselben Begriff darlegende Memoire veranlaßt worden zu sein, und sich ganz in dem Geiste dieser vortrefflichen Arbeit ausgebildet zu haben."

Und so verhielt es sich in der Tat: der Geheime Rat des Auswärtigen Amtes, Friedrich Ancillon, hatte eine Denkschrift verfaßt, die den Ideen des Zaren auf das Genaueste entsprach, so daß dieser sich nun für ihre Verwirklichung einsetzte. Zweifellos hatte der „Romantiker des Berliner Auswärtigen Amtes" (Molden) dem russischen Herrscher jene Ideen nicht erst eingegeben; der Stifter der Heiligen Allianz war in ihnen längst zu Hause und hätte sie auch ohne den gewandten Halbfranzosen zu realisieren gesucht. Aber daß der Garantietraktat nun auf den Aachener Konferenzen behandelt wurde, blieb dem Anstoß Ancillons vorbehalten. Denn die großen Schwierigkeiten, die den übrigen russischen Plänen bis zum 1. November seitens der Alliierten gemacht wurden, konnten ohne ermutigende Anregung nicht zur Vorlage neuer Pläne veranlassen.

Der undatierte „Garantievertrag" Ancillons (AA I, Rep. 6, Nr. 10) umfaßt elf halbseitig beschriebene Aktenbogen. Die Einleitung war eine auf den Zaren abgestimmte, außerordentlich positive Auseinandersetzung mit der Heiligen Allianz, für die schließlich ein bestimmterer Charakter gefordert wurde. Der Verfasser sah den ersten Grund für das kürzlich behobene Unglück Europas in der egoistischen Interessenpolitik, die jeder Staat trieb; „die Tyrannei Napoleons und Frankreichs ist die notwendige Konsequenz dieses Systems der Isoliertheit gewesen . . .". Erst als die Mächte das Allgemeininteresse über das persönliche gestellt hätten, wären Sicherheit und Unabhängigkeit Europas zurückgewonnen worden. Die zweite Gefahr läge in den revolutionären Ideen. Irrtümlicher Weise hätten die Mächte durch ihr Verhalten das Recht des Volkes anerkannt, seine Regierungsform zu ändern, „als ob die anderen Staaten nicht das Einspruchsrecht besessen hätten". Und erst auf dem Wiener Kongreß wäre ausgesprochen worden, daß „alle Staaten Europas das Recht und die Pflicht haben, die legitimen Regierungen zu erhalten, und daß ein Volk, das seine Verfassung gewalttätig ändert, der Gerichtsbarkeit aller anderen Staaten unterworfen bleibt, die allein Richter darüber sind, ob diese Aenderung mit ihrer Existenz und ihrer Sicherheit vereinbar ist."

Gemäß diesen Feststellungen lag die Rettung Europas für Ancillon in folgendem: erstens sollten sich die fünf Großmächte zu Garanten des gegenwärtigen Besitzstandes sämtlicher Mächte erklären, den kein europäischer Staat gewaltsam verändern durfte. Wer andere bedrohte, sollte mit Gewalt in die Schranken des Rechtes zurückgewiesen werden. Die großen Mächte hätten diesen Garantievertrag abzuschließen und die kleinen Staaten zum Beitritt aufzufordern; von allen beschickte Kongresse wären

als Schiedsrichter in Streitigkeiten anzurufen; zweitens sollten die fünf Großmächte sich in Europa gegenseitig die Erhaltung der legitimen Regierung garantieren. Sie würden deren Verletzung durch gewaltsame Mittel nicht dulden, ohne dabei jedoch die Ausübung der legitimen Herrschaft in irgendeinem Staate zu behindern, die völlige Freiheit jeder Regierung würde respektiert. Alle Verfassungsänderungen durch den Souverän würden niemals eine Intervention herbeiführen, so groß und einschneidend sie auch wären. Entstünden aber in irgendeinem Land Unruhen, die die legitime Regierung bedrohten, und diese riefe die Garantiemächte zur Hilfe, so wären sie autorisiert, jene zu verteidigen.

Der preußische Garantievertrag suchte also die Sicherheit der Welt auf zwei Wegen zu erzwingen:

1. durch eine allgemeine gegenseitige Garantie des europäischen Besitzstandes, sie sollte die Heilige Allianz gleichsam realisieren;
2. durch die ausgesprochen reaktionäre Idee des Zusammenschlusses der Herrscher gegen jede revolutionäre Regung ihrer Völker.

Noch war der gesamteuropäische Solidaritätsgedanke eines solchen Planes fähig, seine Ausführung sollte in erster Linie an der Nüchternheit der britischen Interessenpolitik scheitern, schließlich auch an den erstarkenden freiheitlichen und nationalen Tendenzen der anderen Staaten.

Graf Bernstorff kannte die insularen Politiker gut genug, um von vornherein anzunehmen, daß sich Castlereagh auf nichts Bestimmtes einlassen würde, aber er hoffte doch, „daß die englische Regierung, wenn auch nicht die Verbindlichkeiten eines solchen Traktates ausdrücklich teilen, doch den solchen zu Grunde liegenden Prinzipien würde beitreten wollen." (Bernstorff an Lottum, 1. November 1818; AA I, Rep. 6, Nr. 28). Von der Opposition Cannings und seiner Non-Intervention-Politik wußte der preußische Außenminister noch nichts. Fürst Metternich hatte sich zur Freude Hardenbergs und Bernstorffs außerordentlich entgegenkommend gezeigt. Sie ahnten allerdings nichts von den Hintergründen, die den österreichischen Staatskanzler zur Zustimmung bewogen, und diese waren alles andere als freundschaftlich gegen Preußen: der „Staatsmann des europäischen Gleichgewichtes" sah in einem allgemeinen gegenseitigen Garantietraktat die beste Sicherung der Habsburgischen Monarchie einerseits gegen Rußland, besonders aber gegen die preußische Armee, — wie er Castlereagh gestand — deren Generäle ihn durch ihre bestimmten Forderungen stets von neuem erschreckten.[95])

[95]) so bei Webster, a. a. O. S. 162.

Als sich die preußischen Diplomaten vertraulich an Lord Castlereagh wandten, um wenigstens eine Duldung ihres Planes seitens des Briten zu erlangen, nahm er ihn „höchst ungünstig" auf. Er erklärte Englands Beitritt rundweg für unmöglich und warnte Hardenberg — genau wie Metternich — eindeutig vor Rußland. Denn er witterte hinter dessen Vorschlägen nur einen Vorwand des Zaren, „den schon überwiegenden Einfluß seiner Politik nach Möglichkeit zu erweitern und seiner Einmischung in sämtliche europäischen und namentlich auch die deutschen Angelegenheiten eine neue Ausdehnung zu geben." Das waren Bedenken, die ihre Wirkung speziell bei Metternich nicht verfehlten, und Castlereagh setzte alles daran, die Verwirklichung derartiger Entwürfe zu verhindern, mit denen er seinem Kabinett und vor allem dem Parlament nie vor Augen treten durfte. Er lud zu einer mündlichen Besprechung der Vorschläge ein, der er Gedanken zu Grunde legte, die er später noch schriftlich den einzelnen Kabinetten zugehen ließ. (Englisches Memoire über die allgemeinen politischen Angelegenheiten; empfangen von Lord Castlereagh am 24. November 1818, AA I, Rep. 6, Nr. 22). Der Außenminister unterschied zwischen den Verträgen von Paris nebst der Wiener Schlußakte und dem Quadrupel-Allianz-Vertrag von Chaumont und Paris. Die ersteren bildeten keine Allianz im Sinne des Wortes, aber der Vierbund wäre eine klare Allianz mit einem bekannten Ziel. Zugleich betonte Castlereagh die Grenzen dieses Zieles: wiewohl kein Staat das Recht hätte, seine Nachbarn durch seine innere Entwicklung zu gefährden, wäre es doch selbstverständlich, daß kein Staat auf ewig seine Zustimmung zu einem System geben würde, das ihm verwehrte, Aenderungen seines Zustandes vorzunehmen, wodurch er dann zugleich einen Kriegsgrund gegeben hätte. Von einer Universal-Allianz würde man besser Abstand nehmen, da sie die Handlungsfreiheit der einzelnen Regierungen zu stark beschränkte und sich mit dem bestehenden System von Zusammenkünften, der bisher vier nun fünf Mächte, begnügen, die in selten erreichter Weise Frieden und Glück der Welt gesichert hätten während der letzten vier Jahre.

Die Ablehnung der Interventionspolitik, die Erhaltung der Quadrupel-Allianz entsprachen den Traditionen der britischen Politik und ließen den Garantietraktat in seiner geplanten Ausdehnung scheitern. Es war ein glatter Sieg Castlereaghs über die russische Politik und auch über Hardenberg.

Da erwuchs dem englischen Außenminister ein neuer und unerwarteter Widerstand von einer Seite, auf der er ihn am wenigsten vermuten konnte: Fürst Metternich wollte sich die mögliche Sicherung des allgemeinen Friedens nicht aus den Händen gleiten lassen. Noch immer fürchtete er Alexanders Sympathien mit dem Bourbonen-Staat, noch mehr seine Pläne im Orient; und so gut der Fürst auch mit den preußischen Diploma-

ten stand, die preußischen Militärs steigerten seine Besorgnisse mit jeder neuen Forderung, die sie zur Sicherung ihres nicht-arrondierten Staates stellten. So suchte Metternich die beiden vorliegenden Entwürfe dahin umzuarbeiten, daß nur die vier großen Kontinentalmächte und die Niederlande Garantien übernähmen.

Schon am 7. November ließ der österreichische Minister dem preußischen Staatskanzler vertraulich die neuen Richtlinien zugehen und erbat Hardenbergs Bemerkungen vor der Hinzuziehung Dritter. „Die Engländer wünschen vor allem, daß Nichts geschehe", fügte Metternich hinzu. (AA I, Rep. 6, Nr. 10.) Der Plan ging dahin, daß Preußen, Oesterreich, Frankreich, Rußland und die Niederlande sich verpflichten sollten, ihre Grenzen nicht gewaltsam zu verändern. England sollte eingeladen werden, durch Mediation und gute Dienste zu diesem System beizutragen, ohne daß es Teilnehmer an einem Vertrage würde, der „auf seine insulare Lage nicht anwendbar sein würde". Schließlich sollten sich die kontrahierenden Höfe verpflichten, keine andere Macht zur Teilnahme am Traktat aufzufordern, da zu große Ausdehnung das Garantiesystem nur abschwächen oder gar unmöglich machen würde.[96])

Die anfänglichen Pläne waren also stark reduziert worden: die Garantie wurde auf vier große kontinentale Mächte und die Niederlande beschränkt — ein Punkt, gegen den Bernstorff mit Recht den Einspruch der Russen erwartete — und von den Briten wurde nur eine Duldung des Planes verlangt. Hardenberg war im Prinzip einverstanden; lieber hätte er eine enge Verbindung zwischen Preußen, Oesterreich, dem Deutschen Bund und den Niederlanden hergestellt, die eine handgreifliche militärische Garantie gegen Frankreich — und auch Rußland, wie Castlereagh hinzufügte — gewesen wäre.

Aber die Aussichten auf die Verwirklichung der Wünsche beider deutscher Staatsmänner schwanden dahin. Der Zar unterstützte sie nur lau, da sie ihm nicht weit genug gespannt waren, und Lord Castlereagh wollte oder konnte die Besorgnisse Hardenbergs nicht einsehen und lehnte auch Metternichs Vorschlag ab. So auf ein totes Gleis geschoben, wurden die Garantietraktatpläne schließlich zur größten Erleichterung der britischen Diplomaten auf unbestimmte Zeit vertagt.

Es war den Staatsmännern der Aachener Konferenzen nicht gelungen, das Schemen der Heiligen Allianz mit Leben zu erfüllen. Die Abneigung der Briten wurde symptomatisch für die beginnende Aera ihrer Non-Intervention-Politik. Sie waren hier — wie schon oft — den kontinentalen Mächten um einige Jahrzehnte voraus, durch ihre insularen Lebensbedingungen und ihre

[96]) So auch Webster, a. a. O. S. 162—63 und Srbik a. a. O. I, S. 574.

anderen Möglichkeiten. Großbritannien machte trotz Castlereagh bereits die ersten Versuche mit einer Politik der „splendid isolation", die es nach dem Tode des Torys zu verwirklichen begann. Rußland hatte zum letzten Male versucht, seine beherrschende Rolle in Europa zu erhalten: Zar Alexander wollte sein eigenstes Werk, die Heilige Allianz, zum machtpolitischen Instrument machen und sich zugleich freie Hand im Orient sichern. Noch nach seiner Abreise gaben die russischen Bevollmächtigten die Erklärung ab, daß Rußland sich jedem weiteren Vorschlage anschließen werde, welchen eine andere Macht im Sinne des bekannten Memoires des preußischen Kabinetts machen würde. Aber die Führung war von dem Zaren auf den Wiener Minister übergegangen. Und der beruhigte sich schließlich mit der Existenz der Quadrupel-Allianz und ihren Bestimmungen, die eben vorläufig als Sicherung gegen den russischen Imperalismus genügen mußten: das weitere Zusammenarbeiten der Großmächte war garantiert, Frankreich den allzu freundschaftlich entgegengestreckten Händen der Russen entzogen, und wenn auch die preußischen Generäle unnachgiebiger als je auftraten, standen das Wiener und das Berliner Kabinett doch auf bestem Fuß. Und last not least war es Metternich gelungen, bei dem russischen und dem preußischen Herrscher Sympathien zu erringen, die seiner Politik äußerst wertvoll werden sollten.

Völlig unbefriedigt von dem Verlauf der Dinge waren nur die Preußen. Ihre Sicherheitspläne, durchaus auf Schutz der deutschen Westgrenze bedacht, waren gefallen. Es war das Verdienst der Unermüdlichkeit der preußischen Offiziere, daß das geheime Militärprotokoll gegen Frankreich zustande kam. Aber konnte es Preußen im Ernstfalle genügen? Und wie weit würde man die Niederlande dafür gewinnen können?

Der preußische Ruf nach Sicherheit war alt: schon wenige Tage nach der Schlacht von Belle-Alliance hatte Gneisenau Festungen für Belgien, Preußen und Bayern gefordert. Die Rückkehr Elsaß-Lothringens zum Reich war gleichfalls nur von den Preußen vertreten worden, und unter Hardenbergs Forderungen vom 22. Juli 1815 stand an erster Stelle: Bürgschaft für die Ruhe Europas. „Die Ruhe der Welt kann nur durch die Schwächung der französischen Ostgrenze gesichert werden, da die Franzosen spätestens nach Abzug unserer Heere sich wieder feindselig zeigen werden. Der letzte Krieg hat die Verwundbarkeit der Niederlande offenbart, wie die militärische Schwäche Oberdeutschlands durch die napoleonischen Feldzüge erwiesen ist. Also Verstärkung der Niederlande durch eine Reihe französischer Festungen; das Elsaß an Deutschland zurückgegeben, seine festen Plätze durch Oesterreich besetzt; für Preußen die Festungen an der Saar

und der oberen Mosel . . . u. s. f." Von Dünkirchen bis hinauf nach Chambery war ein breiter Festungsgürtel geplant.[97])

Es ist bekannt, wie wenig von diesen Plänen verwirklicht werden konnte durch die Ablehnung seitens der drei anderen Alliierten. Diese hielten die Sicherheit Europas durch die Okkupationsarmee für genügend verbürgt. Bis zu ihrem Abzug sollte das belgische Bollwerk soweit ausgebaut sein, daß es genügend Schutz vor Frankreich gewähren würde. Deshalb waren — im zweiten Pariser Frieden — 60 Millionen Franken von der französischen Kriegsentschädigung dem Oranier überwiesen worden, den alten Festungsgürtel gegen Frankreich wieder herzustellen. 2 Millionen Pfund Sterling stellte Britannien zum gleichen Zweck zur Verfügung, und dieselbe Summe sollten die Niederlande selbst noch hinzufügen.[98]) Es war Frankreichs eigene Schuld, wenn im Laufe der drei Besatzungsjahre die Alliierten den preußischen Bedenken geneigter wurden. Neben der fortwährenden Vermehrung der französischen Armee beunruhigte das Gebaren der radikalen Parteien allmählich sämtliche Siegerstaaten. Und während man dem Gedanken der Räumung schon nahe trat, wagte man noch nicht, Frankreich sich selbst zu überlassen, und kam auf den Ausweg, eine Observationsarmee an der französischen Ostgrenze aufzustellen.

Schon am 27. März d. J. schrieb Lord Castlereagh an den britischen Gesandten in Petersburg: „Die Alliierten werden zu entscheiden haben, ob zu irgend einer Art Barrierensystem, — so wenig offensiv oder bedrohlich für Frankreich wie möglich, aber erhaltend für Europa — Zuflucht genommen werden würde . ." [99]) Als Cathcart in diesem Sinne beim Zaren sondierte, fand er ihn nicht abgeneigt. Und daran konnte auch Pozzo di Borgo nichts mehr ändern, der unentwegt für engstes Zusammengehen Rußlands mit Frankreich und Spanien plädierte.

Castlereaghs Brief war die erste Erwähnung, die dieser Gedanke in den Akten der Aachener Konferenzen fand, und er sollte sie bis zu ihrer Beendigung begleiten. Daß er anfangs gerade von den Briten vertreten wurde, ging auf die Initiative des Herzogs von Wellington zurück. Er hatte sich als Kommandeur der Okkupationsarmee das umfassendste Urteil über Frankreich bilden können, und sein Wort galt viel in seiner Heimat. Auf seine Anregung hin war den Alliierten ein Plan für eine Observationsarmee vorgelegt worden, aber bevor die Räumung beschlossen wurde, konnte er keinen Anklang finden. Trotzdem wehrte sich die französische Regierung sofort gegen derartige

---

[97]) So auch Hampe (Bollwerk) S. 23. „Hardenberg hatte ein ewiges Bündnis zwischen dem Deutschen Bund und den Niederlanden gewünscht."

[98]) Hampe, Bollwerk S. 23 und Molden, a. a. O. S. 24.

[99]) Castlereagh an Cathcart, 27. März 1818; AA I, Rep. 6, Nr. 22.

Vorschläge, und d'Osmond attackierte auf Ermutigung Pozzo di Borgos Castlereagh mit der Vorstellung, daß derartige Maßnahmen als Provokation in Frankreich empfunden werden würden. Es sollte sich zeigen, daß die Franzosen nicht die einzigen absoluten Widersacher einer Observations-Armee waren: auch König Wilhelm von Oranien zeigte sich der Idee sehr abgeneigt und fürchtete, sein Land in eine Kaserne verwandelt zu sehen.

In seinen selbstentworfenen Instruktionen zu den Aachener Konferenzen hatte Castlereagh abermals die Frage aufgeworfen, ob die Evakuation einen zeitweiligen militärischen Zwischenzustand erfordere (First memorandum, AA I, Rep. 6, Nr. 22).[100]) Er stellte hier fest, daß eine allgemeine Abneigung bestände, eine aus Truppen der Alliierten zusammengesetzte Observationsarmee in irgendeinem Nachbarstaate Frankreichs zu postieren, teils aus pekuniären Schwierigkeiten, teils aus Rücksicht auf die Stimmung in Frankreich, das dadurch nur neue Gründe zur Verstärkung seiner eigenen Armee in die Hände bekäme. Einen Ersatz sähe die britische Regierung in „den starken defensiven Kräften des deutschen Körpers." Da es nicht wahrscheinlich wäre, daß König Wilhelm seine Kontingente dem Heere des Deutschen Bundes einreihen würde, wären die Niederlande nur durch die Verpflichtung der Quadrupel-Allianz, sie zu schützen, gesichert. Allgemein-europäische Maßregeln zum Schutze der Niederlande ginge man besser erst dann ein, „wenn sie wirklich angegriffen werden". Außerdem wäre Preußens Flankenstellung eine weitere Sicherung für die Oranischen Lande. Ihr gemeinsames Interesse legte zwar die Idee eines preußisch-niederländischen Defensivsystems nahe, zu dessen Beitritt England und Rußland aufgefordert werden könnten, aber es wäre besser, Sonderverträge jeder Art zu vermeiden. Denn erstens würden sie die Quadrupel-Allianz erschüttern durch die Ausschließung Oesterreichs, und dann hätte sich Zar Alexander häufig gegen jedes Sonderabkommen scharf verwahrt.

Der ganze Entwurf war von dem Gedanken der Wichtigkeit der Niederlande beherrscht, da ihr Bestand die Barriere gegen Frankreich zu sein schien. Es waren im Grunde die Ideen des Wiener Kongresses vom „niederländischen Polsterkissen", die Castlereagh hier entwickelte. Ein Einblick in den Zustand des niederländischen Heeres fehlte ihm, und England war der traditionelle Beschützer der Oranier, die dem welfischen Hause die an Holland grenzenden ostfriesisch-westfälischen Provinzen verschaffen wollten, um Preußen im Nordwesten das Gleichgewicht halten zu können. Die ebenso falsche wie schmeichelhafte Vorstellung, die der Lord vom Deutschen Bundesheere hegte, ging auf die Informationen zurück, die er von Münster erhalten

[100]) So auch Webster, a. a. O. S. 105 ff.

hatte.[101]) Die Lage Preußens wurde durchaus sekundär behandelt, und so selbstverständlich es den Briten schien, daß der Hohenzollernstaat dem Oranier beistand, so wenig kümmerte sie die gefährliche und für Europa gleich wichtige Situation des ersteren selbst.

Es wird noch verschiedentlich gezeigt werden können, wie verständnislos die britischen Diplomaten gerade der preußischen Lage gegenüberstanden.

Castlereagh zögerte keinen Augenblick, seinen eigenen Instruktionen gemäß in Aachen vorzugehen, und bereits am 1. Oktober mußte Graf Bernstorff feststellen, daß die englische Regierung jeden Gedanken, Truppen in Belgien zu behalten, aufgegeben hatte. „Sie scheint teils die Kosten einer solchen Einrichtung gescheut, teils sich nicht getraut zu haben, solche im Parlament zu verfechten." (Bernstorff an Lottum, 1. Oktober 1818. AA I, Rep. 6, Nr. 28). Wenn auch die Schwierigkeiten, die Castlereagh mit dem Parlament hatte, außer Zweifel stehen, so operierte er doch häufig mit diesem Argument und mit vollem Erfolg, wie schon gezeigt werden konnte. Und bei der Frage eines evtl. Sonderabkommens zwischen Preußen und den Niederlanden war die Abneigung der englischen Politiker an sich ausgeprägt genug, und das Parlament galt nur als Vorwand, eine Ordnung der Dinge abzulehnen, die die Niederlande aus einem handlichen Instrument britischer Politik in die Gefolgschaft eines Militärstaates gebracht hätte. Deshalb waren die Tories auch plötzlich geneigt, auf die Ideologien Alexanders Rücksicht zu nehmen.

Zum ersten und einzigen Mal während der Aachener Konferenzen ergriffen nun in diesen Fragen die Preußen die Initiative und setzten alles daran, eine militärische Sicherung gegen Frankreich zu erreichen. Noch während über die Räumung des Bourbonen-Staates verhandelt wurde, lagen Pläne vor. Die erste Denkschrift (La situation des Pays-Bas, comme état voisin de la France. AA I, Rep. 6, Nr. 16), deren Verfasser leider nicht angegeben ist, forderte eine Beobachtungsarmee an der preußisch-niederländischen Grenze, zu der „Frankreich und die Niederlande das Hauptkontingent stellen sollten", die genaue Anzahl und örtliche Verteilung der Truppen fehlte nicht, als Kommandeur war der Herzog von Wellington vorgesehen.

Es mutet zweifellos seltsam an, daß Frankreich selbst an der Observationsarmee teilhaben sollte. Ein Gedanke, der die allgemeine Einstellung der Alliierten zeigte: man traute der Friedfertigkeit des Bourbonen, aber nicht der seines leicht entflammten Volkes. Und noch war das Verständnis für die nationalen Instinkte der Völker so gering, daß man es für möglich

[101]) Treitschke, a. a. O. Bd. 1 S. 564.

hielt, ein Volk durch seine eigene, an der Grenze postierte Armee von revolutionären Verirrungen abhalten zu können. Kein Wort dieses Entwurfes deutete die Möglichkeit an, daß im Falle einer revolutionären Erhebung des Volkes der französische Teil der Observationsarmee mitgerissen werden könnte, daß die nationalen Bindungen stärker sein könnten als militärische Disziplin.

Weit nüchterner und brauchbarer waren zwei andere Denkschriften, die zweifellos aus dem Kreise preußischer Militärs stammten, (AA I, Rep. 6, Nr. 16). Die zweite brachte eine klare Darlegung der militärischen Verhältnisse der Niederlande: 43 Festungen würden gerade wieder hergestellt, die oranische Armee reichte zu ihrer Besatzung nicht aus, Geschütze und Proviant wären vor 1822 nicht in erforderlicher Menge zu schaffen. Und so wurde zum Schluß die Frage aufgeworfen: „Wer garantiert aber, bei allen guten Absichten der Bourbonen, daß nicht ein alter General mit erprobten Soldaten glaubt, seinem König und Frankreich den größten Dienst zu leisten, indem er die niederländischen Festungen der ersten Zone erobert? Und in allen französischen Köpfen spukt die Rheingrenze und das Frankreich widerfahrene Unrecht!" —

Das letzte Memorandum endlich brachte Vorschläge zur Abstellung der Gefahren: die vier Alliierten sollten eine Truppe stellen, die die niederländischen Festungen so lange besetzte, bis das oranische Heer selbst deren Verteidigung übernehmen würde; zweitens sollte eine Observations-Armee unter Wellington in den französischen Festungen bleiben.[102]) Zum Schluß folgten außerordentlich scharfe Wendungen gegen Frankreich: wenn man gesagt habe, Frankreich rege sich über eine Observations-Armee auf, so habe Europa noch viel mehr Grund, sich über Frankreich aufzuregen, das dauernd seine Truppen vermehre, statt die Altbesitzer der Nationalgüter zu entschädigen. Europa habe seine drohende Haltung gegen Frankreich aufgegeben und könne fordern, daß dieses nicht dauernd aufrüste, ohne einen anderen Grund als die revolutionäre Haltung derer, die die Regierung leiten wollten.

Ein energischer und realpolitischer Wille wollte die mühsam erkämpfte Ruhe Europas erhalten, die Niederlande so lange wie nötig sichern und sie schließlich in ein Barrierensystem gegen Frankreich einbeziehen, das die endliche Ueberleitung in normale Verhältnisse gewährleisten sollte.

Es sei hier vorweggenommen, daß diese Sicherung der Vereinigten Niederlande an dem Oranier scheiterte. (S. a. S. 93.) König Wilhelm hatte sich ein alliiertes Beobachtungscorps am Niederrhein 1818/19 energisch verbeten. Und es konnte in

[102]) So auch Hampe (Bollwerk) S. 28, Anm. 1.

der Tat seinem Ansehen nicht zuträglich sein, die Schwäche seines Königreiches, seinen internationalen Ursprung durch ein Beobachtungscorps der Alliierten öffentlich zu dokumentieren. Da nun seine Truppen nicht einmal zur Besatzung der Festungen ausreichten, hatten ihm die vier Verbündeten empfohlen, einen Teil derselben durch britische und preußische Soldaten zu sichern. (Hampe, Bollwerk, S. 29). Auch das schien dem Oranier unerträglich. Und der Verlauf der politischen Ereignisse brachte es mit sich, daß dieser Unterlassung keine Bedeutung mehr zukam: die „Barriere" trat gegen Frankreich nicht in Aktion, da sie durch die belgische Revolution vom August 1830 von innen ausgehöhlt wurde. Und es muß als unwahrscheinlich bezeichnet werden, daß preußische und britische Truppen — wenn sie in jenem Jahr noch in den Festungen stationiert gewesen wären — die Revolution hätten aufhalten können, deren völkisch-religiöse Wurzeln tief in der Geschichte der „katholischen Niederlande" lagen. Die nationalstaatliche Welle des Jahrhunderts brach sich auch hier Bahn; internationale Abmachungen wurden hinweggefegt. Nach zähem Widerstande mußte König Wilhelm auf einen Teil seines Herrschaftsgebietes verzichten, seine Beschützer opferten ihn einer veränderten Weltlage auf.

Damit wurde der König der Sorge um die Festungen ledig und erhielt endlich die von ihm erstrebte uneingeschränkte Souveränität.

Im Gegensatz zu der englischen Einstellung trat die Frage nach den Kosten hier zurück, unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß Frankreich die Observations-Armee, die ja zugleich seinem eigenen Besten dienen würde, zu unterhalten hätte. Am meisten fällt dabei der schroffe Ton gegen den Bourbonen-Staat in's Auge und der sichere Blick für die Stimmung dieses revanchelüsternen Volkes.

Es war vorauszusehen, daß derartige Pläne, ja schon der Ton, in dem sie klangen, auf den Widerstand der anderen Alliierten stoßen mußten. Und so schrieb Graf Bernstorff resigniert nach Berlin (Aachen 1. November 1818, an Lottum; AA I, Rep. 6, Nr. 28): „Der Kaiser von Rußland schien zwar anfangs sehr empfänglich für Betrachtungen dieser Art zu sein, aber nachher nahm alles eine andere Wendung, und wir können es uns selbst nicht verhehlen, daß unter anderen Voraussetzungen so ausführbar als unerläßlich scheinende Maßregeln unter den gegenwärtigen Umständen schwer mit der so ängstlich sorgsam berechneten, durchaus auf Vertrauen, Schonung und Besänftigung gerichteten Stellung gegen Frankreich zu vereinigen sein würden."

Die schonende Behandlung, die Frankreich zuteil wurde, lag zum Teil in Metternichs Programm, der ängstlich bemüht blieb, Frankreich jede kompromittierende Lage zu ersparen, um

es nicht an Rußland heranzutreiben. Es war dieselbe Politik, die den österreichischen Kanzler zu den Versuchen führte, neben dem Konzert der fünf großen Mächte, das immer mit inneren Spaltungen behaftet blieb, einen engeren Zusammenschluß zwischen Oesterreich, Preußen, England und Frankreich zustande zu bringen. Außerdem hatten sich Metternich und auch Castlereagh von Wellington überzeugen lassen, daß jede weitere Härte gegen den Bourbonen-Staat das Ansehen des Königs nur mindern und die kriegerischen und revolutionären Instinkte des Volkes aufrütteln könnte. Und es war das einigende Band in der Politik des führenden Staatsmannes von Oesterreich und von England, den Kampf gegen die Revolution und ihre Erneuerung um jeden Preis und mit allen Mitteln durchzuführen.[103]) Kein Wunder also, daß die rücksichtsloseren und auf militärischen Erwägungen begründeten preußischen Pläne auf den Widerstand des österreichischen und englischen Kabinetts stießen.

Aber noch ließen die Preußen nicht locker: Im November ging — wahrscheinlich von Bernstorff verfaßt und von Hardenberg stellenweise verbessert — Lord Castlereagh, Herzog von Wellington, Fürsten Metternich und dem russischen Herrscher ein vertrauliches Memoire zu („Position Preußens"; AA I, Rep. 6, Nr. 27). Es befaßte sich eingehend mit der derzeitigen Position Preußens. Nach ausführlicher Darstellung seiner geographischen Lage und neu hinzugekommenen Bevölkerungsteile wurde betont, daß Preußen das Opfer der Nicht-Arrondiertheit für ganz Europa gebracht hätte, als der zweite Kampf gegen Napoleon notwendig geworden wäre. Der Besitzstand sollte jetzt nicht mehr verändert werden, aber es wäre nötig, sich die Gefahr für Preußen vor Augen zu führen, in dem Augenblick, da die alliierten Truppen im Begriffe ständen, Frankreich zu verlassen. „Personen, die Frankreichs Inneres von Grund auf kennen, sehen neue Revolutionen als durchaus möglich, ja sogar als sehr wahrscheinlich an." Während die anderen Alliierten in solchem Falle durch ihre Lage und ihre Größe wenig bedroht sein würden, wäre Preußen den ersten Angriffen ausgesetzt. „Als Nachbar Frankreichs und im Besitze von Provinzen, die jenes begehrt, ist und bleibt es auf lange hinaus das einzige Objekt seiner Rachsucht, seines Hasses und seiner Eroberungsprojekte." Und da es sich Preußens Verbündete leisten könnten, abzurüsten und nicht schnell zur Hilfe eilen würden, wäre allein Preußen gezwungen, unter Waffen zu bleiben und sich jede Sparsamkeit zu versagen. Zweifellos müßten die Niederlande dasselbe System verfolgen und wären demnach Preußens engste Verbündete. Aber die schlechte Gesinnung, die in Belgien herrschte, die Unmöglichkeit, es mit Holland zu verschmelzen, die Intrigen vertriebener Franzosen, die Schwä-

[103]) Srbik, a. a. O. S. 568.

chen und Fehler der Konstitution und der niederländischen Regierung, shließlich aber die Prinzipien, die es — seinen wahren Interessen wenig gemäß — gegen Preußen befolgt hätte, ließen Preußen von dieser Seite keine Hoffnungen. Was würden schließlich alle die mit hohen Kosten erbauten Festungen nützen, die die Armee der Niederlande weder verbürgen noch verteidigen könnte? So würde also Frankreich durch Belgien verstärkt zuerst über Preußen herfallen. Es würde aber auf sich selbst gestellt nicht lange Widerstand leisten können, und dann wären auch der Deutsche Bund und schließlich die Verbündeten gefährdet. — Und aus diesen Erwägungen heraus wurden die Hohen Alliierten aufgefordert, zu überlegen: 1. „Wie kann man sich Belgiens versichern?" 2. „Wie kann man Preußen in die Lage versetzen, sich zu behaupten und die ihm zugefallene schwierige Rolle zu erfüllen, die über seine Kräfte und Finanzen geht?"

Die Schlichtheit dieses Memorandums, das auf jede Phraseologie verzichtete, war von einer seltsamen Eindringlichkeit und fast rührender Offenheit. Die preußischen Diplomaten machten hier keine bestimmten Vorschläge mehr wie die preußischen Generäle, sondern baten nur, auf ihre Gedanken einzugehen. Das Bekenntnis des kühlen Verhältnisses zu dem oranischen Hofe konnte in den Kreisen der Diplomatie nicht mehr überraschen; neu war höchstens der offene Hinweis auf die gefährliche Stimmung in Belgien — eine Aeußerung übrigens, die König Wilhelm II. außerordentlich übelnahm. —

Trotz dieser so zurückhaltenden Ausführungen waren die Widerstände zu groß und der unüberwindlichste Gegner war Lord Castlereagh. Seine absolute Verständnislosigkeit für Preußens prekäre Lage äußerte sich häufig in seinen Briefen an Liverpool. Er schob die berechtigten Besorgnisse der preußischen Regierung allein den preußischen Generälen zu, die tatsächlich verhältnismäßig zahlreich in Aachen vertreten waren und selbstverständlich auch politisch in Erscheinung traten. Außer dem Kriegsminister von Boyen und Prinz Karl von Preußen waren an militärischen Vertretern General von Wolzogen, General-Leutnant von Müffling, die General-Majore von Menn und von Witzleben, Oberst von Brauchitsch, General-Adjutant Oberst von dem Knesebeck und der Geheime Kriegsrat von Schöl anwesend. Sie waren Castlereagh besonders unbequem, und er schrieb ärgerlich von ihnen: „Sie sind immer auf dem qui vive, voller Mißtrauen gegen Frankreich und wenig geneigt, nach Hause zu gehen und ein ziviles Leben zu beginnen." (Webster S. 161.)

Dieser, den Preußen von Castlereagh untergeschobene Militarismus, wirkte übrigens auf seinen Biographen nach: Webster zeigt die gleiche, echt britische Verständnislosigkeit für Preußen, wenn er sagt: „Die Preußen fanden keinen Geschmack daran,

ihre neuen Besitzungen am Rhein zu verteidigen, deren Einwohner schon bei der Begrüßung des Kaisers von Oesterreich ihr Mißtrauen gegen den protestantischen Regenten gezeigt hatten." Und an anderer Stelle heißt es summarisch: „Castlereagh verachtete die preußischen Besorgnisse" („he despised the Prussian fears.") Es war leicht, die preußischen Befürchtungen zu verachten, wenn man selbst in Sicherheit war und die militärischen Bedürfnisse seines Staates einschränken durfte, ohne ihn zu gefährden. Und daß die Engländer 1812/18 — wie auch Webster — nur Napoleon, nicht die Franzosen, als Störer des europäischen Gleichgewichtes ansahen und mit seiner Unschädlichmachung alle Gefahr für beseitigt hielten, bewies eine nicht eben große Kenntnis der französischen Psyche.

Die durch Jahrhunderte gesammelte deutsche Erfahrung französischer Nachbarschaft und der ausgeprägte militärische Instinkt der Preußen sollten Recht behalten, der Verlauf des 19. Jahrhunderts Castlereagh Lügen strafen. Einstweilen aber sollte Preußen gezwungen werden, auch weiter Gewehr bei Fuß zu stehen. Auch der letzte englische Plan (Project of the Formation of an Europeen Army under the Command of the Duke of Wellington) vom November 1818, der der Allianz ein in den Niederlanden stehendes europäisches Heer zur Verfügung stellen wollte, zu dem auch die Franzosen ein Kontingent zu stellen hätten, blieb reiner Entwurf.[104])

Der Plan einer Observations-Armee war gescheitert. Von allen Absichten militärischer Sicherung gegen Frankreich blieb nur das Geheimprotokoll der Alliierten vom 15. November und die Billigung des Oraniers. (s. S. 76.) Da Preußen besonders daran lag, die Niederlande in ein Barrierensystem einzubeziehen, sandte König Friedrich Wilhelm General-Leutnant von Müffling an den oranischen Hof, wo schon Zar Alexander und der Herzog von Wellington Unterhandlungen eingeleitet hatten. Es sollte ein vergebliches Unterfangen bleiben: König Wilhelm war schon aus Prestigegründen nicht geneigt, v o r einem französischen Einfall seine Festungen von den preußischen Truppen besetzen zu lassen.[105]) Außerdem war er gekränkt, da Friedrich Wilhelm III. seinen geplanten Besuch in Brüssel krankheitshalber nicht machen konnte. Schließlich fuhr auch Fürst Metternich noch nach Brüssel, um „die eingeleiteten Verabredungen noch auf eine für uns ersprießliche Weise beendigen zu können", so Bernstorff an Lottum[106]). Allein, die unfruchtbaren Verhandlungen zogen sich lange hin, Müffling blieb gar bis zum Frühjahr am orani-

[104]) Ueber diesen Entwurf berichtet nur Molden, a a. O. S. 157; in den Akten findet er sich nicht.

[105]) Treitschke, a. a. O. Bd. 2, S. 472.

[106]) 19. November 1818; AAI Rep. 6, Nr. 28.

schen Hofe, und zu einer Einigung gelangten die Alliierten mit König Wilhelm nicht. „So war auf dem Aachener Kongreß bei weitem nicht alles, was zur ernstlichen Abwehr eines französischen Angriffs wünschenswert gewesen wäre, erreicht worden; . . Immerhin aber war der europäische Charakter der niederländischen Barriere gegen Frankreich in Aachen auf das nachdrücklichste festgestellt, die notwendigsten Abwehrmaßnahmen getroffen, und solange der Angreifer wußte, daß er beim ersten Einfall die kriegerische Kraft der vier Mächte geschlossen gegen sich haben würde, war für das belgische Bollwerk in der Tat wenig zu befürchten.“ [107])

4. Außereuropäische Probleme.

Der in der Frage der Barrierenpolitik sichtbar gewordene Widerstreit der Interessen — besonders zwischen Rußland und England — sollte sich vor allem in den außereuropäischen Fragen zeigen.

Zwei große Probleme beschäftigten schon geraume Zeit die Politiker verschiedener Länder:

1. Das Unwesen der Seeräuberei, die Bekämpfung der sog. Barbaresken;
2. Der Negerhandel und seine Aufhebung.

Schon seit 1817 hatten sich besondere Ausschüsse dieser Fragen angenommen, und zwar tagte man in London darüber. Trotz der ausdrücklichen Zusicherung der Alliierten, diese Konferenzen neben der Aachener unangetastet weitergehen zu lassen, wurden die Probleme doch, wie auch mehrere innerdeutsche, in Aachen aufgerollt und gaben Anlaß zu heftigen Diskussionen.

Die räuberischen Ueberfälle osmanischer Schiffe hatten sich dank der Schwäche der seefahrenden Nationen bis in die Ostsee ausdehnen können. Im September 1816 schlug Zar Alexander die Bildung eines europäischen Seebundes zu ihrer gemeinsamen Bekämpfung vor.[108]) Aber das Mißtrauen der Briten war viel zu groß, um russische Kriegsschiffe im Mittelmeer zu dulden; der Plan scheiterte im Entstehen.

Da schuf der Deutsche Bundestag eine Kommission, die schließlich den Antrag stellte, die europäischen Höfe sollten mit Großbritannien zusammen gemeinsame Maßregeln gegen die Seeräuber ergreifen. Inzwischen war in London eine Konferenz geschaffen worden, die von den fünf großen Mächten beschickt wurde: Humboldt, d' Osmond, Castlereagh, Lieven und Esterhazy hatten die Probleme durchgearbeitet, so daß in Aachen nun die verschiedensten Entwürfe vorlagen.

---

[107]) Hampe: Bollwerk, S. 31.
[108]) Treitschke, a. a. O. Bd. 2, S. 172.

Hardenberg hatte schon am 2. Mai 1818 Metternich die preußische Haltung in der Barbareskenfrage entwickelt:[109]) das Kabinett wünschte baldige Abwehrmaßnahmen gegen die Ausschreitungen der Piraten, die dem preußischen Handel außerordentlichen Abtrag täten. Die Schädigungen wären für Preußen um so schwerer, als es nicht wie Oesterreich die Pforte durch ein Abkommen verpflichtet hätte, Schadenersatz zu leisten. Hardenberg erwartete die österreichischen Vorschläge und drückte zum Schluß die Hoffnung auf ein enges Zusammengehen der beiden deutschen Kabinette aus. Umfassende Maßnahmen hatte Humboldt am 27. Juli eingesandt: „Vorschläge betreffs Barbaresken-Bekämpfung" (AA I Rep. 6, Nr. 6). Er wollte die Bildung einer rein defensiven Liga, ihre Gründung sollte den Barbaresken angezeigt und vor Feindseligkeiten gewarnt werden. Kriegsgrund wäre jede Verletzung des Handelsrechtes, die Tribute an die Barbaresken hörten auf, ihre weitere Anforderung gelte als Kriegsgrund. Jede zur Liga gehörige Macht stellte in Marokko, Algier, Tunis und Tripolis einen Konsul, die zusammen einen überwachenden Rat zu bilden und an ein Ministerium in Paris zu berichten hätten.

Diesen klaren Vorschlägen widersetzten sich die Briten auf's Heftigste. Die Russen entwickelten ähnliche Pläne, wie auch schon auf der Londoner Konferenz. Die Türkei sollte allen europäischen Flaggen Sicherheit zusichern, im Weigerungsfalle sollten die kontrahierenden Mächte ein Defensivabkommen treffen. Casus foederis wäre der erste darauf folgende Frevel der Korsaren. Zur Durchführung einer Strafexpedition wäre es opportun, daß die Liga einige Punkte der nordafrikanischen Küste in Besitz nähme. Und der Zar ließ die ausdrückliche Erklärung hinzufügen, daß er keinerlei Ansprüche auf diese Gebiete erheben wollte. (Anhang des Konferenzprotokolls vom 7. November 1818. „Analyse du traité principal sur la repression des Barbaresques." 9. November.)

Trotzdem fürchtete Castlereagh, daß Zar Alexander eine günstige Gelegenheit wahrnehmen wollte, seine Kriegsschiffe im Mittelmeer zu stationieren. Und da die Gerüchte nicht verstummen wollten, Tatistscheff verhandelte mit König Ferdinand VII. wegen Ueberlassung von Menorka — ein Verdacht, auf den Kapodistrias zu dem österreichischen Gesandten in Spanien nur die bemerkenswerte Antwort hatte: „Ich weiß nicht, warum England das Privileg haben sollte, Inseln im Mittelmeer zu besetzen",[110]) — beantragte Lord Castlereagh kurzerhand, die britische Flotte im Mittelmeer mit Polizeirechten gegen die Barbaresken auszustatten. Da die Briten im Zusammenhang mit dem Negerhandel

[109]) AAI Rep. 6, Nr. 1.

[110]) Molden, a. a. O. S. 39 ff.

bereits ähnliche weitgehende Forderungen gestellt hatten, auf die später einzugehen sein wird, lehnten die Alliierten derartige Zumutungen rundweg ab.

Der romantische Plan der Oesterreicher, die nicht direkt an der Bekämpfung der Seeräuber interessiert waren, durch Wiederherstellung des Malteserordens eine Art polizeilicher Schutztruppe zu schaffen, der Oesterreich die Insel Lissa überlassen wollte, konnte sich nicht durchsetzen, trotz der Aussicht auf standesgemäße Versorgung der jüngeren Söhne des Adels.

Interessant, wenn auch für den Verlauf der Verhandlungen ohne Einfluß, ist, daß in diesen Fragen zum ersten Male die Vereinigten Staaten auf den Aachener Konferenzen in Erscheinung traten: ein Schreiben des General-Cornetts von Bartholdy an Hardenberg (Aachen, 27. Oktober 1818; AA I, Rep. 6, Nr. 6) zeigt, daß die Amerikaner große Summen geboten hatten, um eine Insel im Mittelmeer zur Bekämpfung der Barbaresken zu erhalten. Und Bartholdy schlug nun vor, die dadurch erregte Eifersucht der Briten auszunutzen und „Lord Castlereagh für die Barbaresken biegsamer zu machen und wenigstens unsere preußischen Schiffe in Ost- und Nordsee gegen sie zu führen, indem man zu verstehen gibt, daß man ohnehin mit den Amerikanern hierüber in enge Verbindung treten und ihre Vorschläge hören wolle." Blieb diese amerikanische Einmischung auch Episode, so zeigt sie doch, welche weltpolitischen Interessen mit der Bekämpfung der Piraten verknüpft waren, und wie schwer es halten mußte, zu einem allen Beteiligten gerecht werdenden Entscheid zu kommen. Die preußischen Diplomaten bemühten sich bei den scharfen Kontroversen nur noch, die Allianz nicht an ihnen auseinanderbrechen zu lassen und den ganzen Fragenkomplex wieder der Londoner Konferenz zuzuschieben.

Schließlich traf man am 20. November den Entscheid, daß Richelieu und Castlereagh die Bildung einer Liga in die Hand nehmen sollten, und die Pforte wurde durch die Gesandten der Mächte zur Mitbekämpfung der Seeräuber aufgefordert. (Depesche an Graf Schladen in Konstantinopel 24. November 1818).

Im Grunde wurde durch die ganzen Verhandlungen nichts erreicht, da die Rivalität zwischen England und Rußland kein gemeinsames energisches Vorgehen gegen die Barbaresken gestattete. Sie sicherte den Seeräubern die weitere Existenz, bis die französischen Eroberungen in Algier dem Unwesen ein Ende bereiteten.

Eben die gleichen Tendenzen hinderten die Beendigung des Negerhandels. Auch darüber tagte die Konferenz in London, und die englische Oeffentlichkeit war außerordentlich an diesen Fragen interessiert. Der Hauptvertreter der „Abolition", Clarkson, hatte sich den englischen Staatsmännern nach Aachen ange-

schlossen und trieb lebhafte Propaganda. Die Sympathien der Ostmächte waren gleichfalls durchaus auf Seiten der Schwarzen, von denen immer noch jedes Jahr gegen 60 000 exportiert wurden. Doch bei dieser Frage sollte der alte englisch-französische Gegensatz von neuem zum Durchbruch kommen — ein abermaliger Beweis der immanenten Spannungen im neubegründeten Konzert der fünf europäischen Großmächte.

Seit 1815 hatten fast alle Mächte ihre prinzipielle Zustimmung zur Abschaffung des Negerhandels gegeben, für englische Kolonien war er schon seit 1807 verboten. Seit sich 1817 auch Spanien den Abmachungen angeschlossen und verpflichtet hatte, 1820 aufzuhören, ließ nur noch Portugals Wohlverhalten zu wünschen übrig. England hatte im Juli 1817 ein Sonderabkommen mit Portugal, im September des Jahres eines mit Spanien und noch im März 1818 ein solches mit den Niederlanden geschlossen, das den Kontrahierenden gegenseitiges Visitationsrecht zusicherte. Castlereagh wünschte nun diese Verbindlichkeiten obligatorisch auf die großen Mächte auszudehnen, außerdem sollte „Sa Majesté Très Fidèle" die dringende Aufforderung zugehen, den Zeitpunkt der Aufhebung des Sklavenhandels festzusetzen.

Der Démarche bei König Johann von Portugal, der noch in Rio de Janeiro residierte, stimmten alle Mächte zu. Gegen das Visitationsrecht kam der erste Widerspruch von Rußland: der Zar wollte die Barbaresken-Bekämpfung mit der Abolition verbinden: der Negerhandel sollte von allen Mächten als Piraterie erklärt werden, eine „spezielle Assoziation" mit eigener Flotte und Sitz an der afrikanischen Küste, permanent und unpolitisch sollte den Handel praktisch beenden. Ihrer Flotte sollte das Visitationsrecht zugesprochen werden, und die Kosten würden auf alle christlichen Staaten umzulegen sein („Oppinion du Cabinet de Russie sur la traité de Nègres". Aachen, 7. November 1818. AA I, Rep. 6, Nr. 29). Castlereagh konnte diesen idealisch-unpraktischen Vorschlag leicht zurückweisen. Die anderen Höfe zeigten sich aber weit ablehnender als Alexander und waren erst nach längeren Verhandlungen zu bewegen, wenigstens der Démarche bei König Johann zuzustimmen; „man hat, um Castlereagh nicht gar zu empfindlich zu kränken, geglaubt, sich zu einer freundschaftlichen Verwendung bei dem brasilianischen Hofe verstehen zu müssen", berichtete Graf Bernstorff (an Lottum, 9. November 1818; AA I, Rep. 6, Nr. 28). Völlige Ablehnung aber erfuhr der britische Plan gegenseitiger Visitation.

Das preußische Kabinett, sonst stets auf Vermittlung und Ausgleich bedacht, lehnte derartige Vorschläge mit dem kaum widerlegbaren Hinweis ab, daß ein Durchsuchungsrecht auf offenem Meer zu Mißbrauch und Belästigungen führen würde. Und

Preußen bevorzugte deshalb Ueberwachungsmaßnahmen, die auf die Ein- und Ausfuhrhäfen begrenzt würden („Traité des Nègres". AA I, Rep. 6, Nr. 29 und 11).

Metternich, der Oesterreichs Beteiligung an der Démarche zugesichert hatte, schlug vor, sämtliche Vorschläge Lord Castlereaghs so lange zu vertagen, bis alle Regierungen sich zur Aufhebung des Sklavenhandels bereit erklärt haben würden (Konferenzprotokoll vom 11. November 1818; AA I, Rep. 6, Nr. 29).

Die schärfste Zurückweisung der britischen Absichten kam von seiten Frankreichs. Richelieu, der genau wie sein König persönlich an der Aufhebung des Sklavenhandels außerordentlich interessiert war, lehnte die Visitation strikte ab. Das Hauptbedenken der französischen Regierung wäre die Rücksichtnahme auf das durch die Erfahrungen der letzten Jahre besonders geschärfte französische Ehrgefühl! selbst Louis XVIII. müßte sich hüten, es zu verletzen. Auch die vorsichtigste Konzession bliebe eine Konzession. Die Nation könnte in der Einräumung des Durchsuchungsrechtes ihrer Schiffe eine Verletzung der Ehre ihrer Flagge sehen. — Daneben würde die menschliche Unzulänglichkeit zu Reibereien führen bei gegenseitiger Visitation. Gemischte Kommissionen wären wiederum ein Eingriff in die Souveränität der Herrscher, denen es allein zustände, ihre Untertanen zu richten. Das beste Auskunftsmittel wäre die Ueberwachung der afrikanischen Handelsplätze durch jede Regierung, deren Untertanen am Sklavenhandel beteiligt wären. — Der geschickte Rückzug hinter die Empfindlichkeit der französischen Volksseele sicherte Richelieu im Verein mit Preußen, Oesterreich und Rußland den Erfolg. „Lord Castlereagh ist von dem Erfolg seiner Anträge nicht sonderlich erbaut", schrieb Graf Bernstorff (an Lottum, 19. November 1818; AA I, Rep. 6, Nr. 28).

Im Grunde sahen in Frankreich besonders die Royalisten, Beamten und die aufkommende Handelsklasse in der Einführung des Visitationsrechtes nur eine weitere Festigung der britischen maritimen Suprematie. Die französischen Häfen waren bewährte Zufluchtsstätten der Sklaven-Transportschiffe.[111]) Schon auf der Londoner Konferenz war es den Franzosen gelungen, sich der Russen zu versichern, und jetzt sah auch der Binnenstaat Oesterreich und endlich Preußen die Gefahr: die Frage des Negerhandels bot für Britannien günstigste Gelegenheit, seine Seeherrschaft durch international anerkannte Rechte zu verstärken. Doch den vereinten Kräften der Kontinentalmächte gelang es unter Frankreichs Führung, die englischen Zumutungen zurückzuweisen; das ganze Problem ging ungelöst an die Londoner Konferenz zurück. Nur der Brief der Monarchen an König Johann von Portugal kam am 14. November zustande. Die Antwort traf fast ein Jahr später

[111]) Webster, a. a. O. S. 462.

ein, am 21. August 1819, und war nichtssagend genug (AA I, Rep. 6, Nr. 11).

So zeigten die großen internationalen Fragen deutlich die Spannungen zwischen den fünf großen Mächten Europas und ließen immer wieder die gewissen Parteiungen innerhalb der scheinbar neu erstandenen und unantastbaren Pentarchie erkennen. Immer wieder wurde deutlich die Spaltung sichtbar, die Oesterreich mit England einerseits und Rußland mit Frankreich andererseits voneinander trennte. Und Preußen?

3. Schluß.

Neben den hier behandelten Problemen wurden noch mehrere andere auf den Aachener Konferenzen erörtert, die aber die Beziehungen zwischen den Großmächten in keine neue Beleuchtung rücken konnten. Und auch die nicht geringe Anzahl innerdeutscher Fragen, in denen sich Castlereagh und auch — allen Erwartungen zuwider — Zar Alexander durchaus zurückhielten, zeigten die preußische Politik stets unter dem gleichen Aspekt, den Graf Bernstorff treffend mit den Worten gekennzeichnet hatte: „Unsere immer auf Verständigung und Ausgleichung gerichteten . . . Bemühungen . . .".

Die so harmlos eingestandene Selbstbeschränkung einer durch unerhörte Leistungen wiedererstandenen Großmacht war nicht ohne Peinlichkeit. Es ist an anderer Stelle gezeigt worden, wie stark Preußen in jenen Jahren nach innen konzentriert war, wie wenig die Persönlichkeiten des Königs und des Kanzlers für eine kühle Interessenpolitik geeignet waren. Was für Ziele hatte Preußen überhaupt auf den Aachener Konferenzen zu verfolgen? Worin lagen die spezifisch preußischen Interessen?

Die Schwierigkeiten, die der Hohenzollernstaat seit seiner Neubildung auf dem Wiener Kongreß überwinden mußte, hatte die preußische Denkschrift vom November 1818 auseinander gelegt, und zugleich waren sich die Berliner Diplomaten klar, daß sie in diesen Nöten Hilfe durch die Alliierten nur an zwei Punkten erwarten durften:

1. in einer Unterstützung der Bundesgenossen gegen Revanchegelüste des westlichen Nachbarn;
2. bei der Regelung der französischen Kriegsschulden.

Wie wenig zur Entlastung der militärischen Beanspruchung Preußens am Rhein erreicht werden konnte, ist gezeigt worden, ebenso das klägliche Ergebnis der Kriegsschuldenfrage.

Mit diesen beiden Fragen war im Grunde die Anteilnahme der preußischen Diplomatie erschöpft. Die Mitarbeit an den anderen Fragen der Aachener Konferenzen war für die Großmacht in erster Linie eine diplomatische Notwendigkeit und dann erst eine preußische.

Das Ergebnis der Aachener Konferenzen lag für Preußen einmal in der veränderten außenpolitischen Orientierung König

Friedrich Wilhelms persönlich. — In allen Ländern erhob sich die Welle der Reaktion jetzt drohend empor, noch aber fand sie in Preußen größten Widerstand. Sein Zentralpunkt war zweifellos der Kanzler, der in den Tagen der Aachener Konferenzen, optimistischer denn je, hoffte, seine Verfassungspläne durchführen zu können. Und diese gerade führten ihn in seltsamer Verkennung der Lage an Metternich heran, den Leiter der europäischen Reaktion. Dem österreichischen Kanzler, soweit in interne preußische Fragen hineingezogen, gelang es jetzt endlich, ein gutes Verhältnis zu König Friedrich Wilhelm herzustellen. Durch zwei Denkschriften über „Die Lage der preußischen Staaten" und über „Die Burschenschaft und Turnerei" suchte er den Herrscher ganz in sein politisches Fahrwasser zu ziehen. Gelang das auch nicht sofort, so war doch Metternichs Bemühen nicht ohne Erfolg: seit den Aachener Konferenzen war Friedrich Wilhelm nicht mehr ausschließlich dem Zaren zugeneigt, und der gemeinsame Kampf gegen die freiheitlichen Regungen in Deutschland führte den Wiener und Berliner Hof später noch enger zusammen. Da es Metternich in Aachen auch außerdem gelang, die Spannung zu beseitigen, die ihn seit dem Wiener Kongreß von Zar Alexander trennte, war die Sonderverbindung zwischen den drei Ostmächten enger geworden. Während man in der Hofburg das gute Verhältnis mit Preußen eifrig pflegte und Rußland nie soweit traute, daß man sich nicht immer noch um die französische Komponente bemüht hätte, legte König Friedrich Wilhelm besonderen Wert auf Oesterreich und Rußland, und noch in seinem Testament von 1827 hob er das mit den Worten hervor: „Vor allem aber mögen Preußen, Rußland und Oesterreich sich nie von einander trennen; ihr Zusammenhalten ist als der Schlußstein der großen europäischen Allianz zu betrachten."

Es wurde gezeigt, daß das preußische Kabinett und die militärischen Kreise schon seit 1815 Oesterreich mehr zuneigten als Rußland. Da nun bei Friedrich Wilhelm III. nach dem Aachener Kongreß die russischen und die österreichischen Sympathien einander sozusagen das Gleichgewicht zu halten begannen, mußte die österreichische Orientierung der preußischen Politik im Ganzen stärker zur Geltung kommen. Und die Kongresse der folgenden Jahre erbrachten die Bestätigung. Der Zar aber hatte ein feines Gefühl für Widerstände dieser Art, und von dem gemeinsamen Kampfe gegen Napoleon her gewohnt, als Haupt der Koalition zu wirken und sich überall einzumischen, war er durch diese nationalen Regungen erst befremdet und schließlich verletzt.

Das zweite Ergebnis der Aachener Konferenzen lag für Preußen — wie für alle Beteiligten — in der veränderten Stellung Frankreichs in Europa. — Die Isolierung der Tuilerien wurde beendet, als sie eben gefährlich zu werden begann: der Bourbone bekam Sitz und Stimme in den Beratungen seiner königlichen

Brüder. Aber gleichzeitig hatte man die antifranzösische Sicherung der Quadrupel-Allianz intakt gelassen; die niederländische Barriere wurde — wenn auch unzureichend — weiter ausgebaut, und besonders Preußen mußte sie als ein Fort betrachten, das militärisch nicht bedeutungslos war.

Am zufriedensten konnte Fürst Metternich mit seinem „petit joli congrès" sein: die Führung in der europäischen Politik war von Zar Alexander auf den gewandtesten Staatsmann des Jahrhunderts übergegangen. Was Oesterreich in dem militärischen Ringen um die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichtes an Leistung hatte vermissen lassen, war auf diplomatischen Wegen auf das Glänzendste nachgeholt. Durch ein System von Konferenzen, dessen geistiger Urheber Lord Castlereagh — dessen Führer aber Fürst Metternich war,[112]) wurde der Frieden auf Jahrzehnte hinaus in Europa gesichert. Das mitteleuropäische System des österreichischen Kanzlers basierte auf der Notwendigkeit, sich des russischen Uebergewichtes zu erwehren.[113]) Und mit den Aachener Konferenzen war es Metternich glänzend gelungen, die gefährliche Bindung zwischen Osten und Westen, Rußland und Frankreich zu inhibieren und Mitteleuropa die Freiheit zu bewahren.

Unterstützt wurde er dabei auf's Glücklichste von dem Konservativismus Lord Castlereaghs, der nicht so weit gespannt war wie jener seines binnenländischen Kollegen, — er war realpolitischer, britischer. Daß Castlereagh neben den über die britische Tradition hinausgehenden Bindungen die englischen Sonderinteressen wahr zu nehmen eifrig bemüht war, hatte sich an der Barbaresken- und Sklavenhandelsfrage deutlich gezeigt, bei der der russisch-englische Gegensatz scharf hervortrat. Hatten die Engländer hier ihre Interessenpolitik auch nicht durchsetzen können, so konnte Castlereagh doch zufrieden sein mit dem Ergebnis der Aachener Konferenzen. Die Quadrupel-Allianz war intakt geblieben, und darüber hinaus hatte er sein mißtrauisches Kabinett vom Wert persönlicher Zusammenkünfte der Diplomaten überzeugen können. Auch für die Interessen seines Landes war die Beseitigung der franko-russischen Gefahr und die Erhaltung des Schutzverbandes der Vier gegen Frankreich äußerst wertvoll.

Und trotz dieser Zufriedenheit seiner heimlichen Widersacher war auch Zar Alexander mit dem Ergebnis der Konferen-

---

[112]) Srbik, a. a. O. Bd. 1, S. 567.

[113]) Hierzu Molden, a. a. O. S. 168: „Es konnte in Wien als das große Ergebnis der Politik der letzten Jahre gelten, daß der Wiener Kaiserhof wieder die Kraft des ganzen Deutschland in den großen europäischen Fragen hinter sich zu haben hoffen durfte." D. i. zu weit gegangen; gerade die Aachener Konferenzen zeigten, daß Preußen in entscheidenden Fällen (Kriegsschulden-, Militärfragen) seinen eigenen Lebensinteressen folgte.

zen zufrieden. Denn nach seiner inneren Umstellung seit dem Sommer 1818 war er für die Politik des europäischen Konservativismus gewonnen. Und da er für seine griechisch-türkischen Pläne freie Hand behielt, konnte er eine Minderung seines Einflusses im Westen ertragen.[114])

Und Frankreich, — durfte es grollen, daß es nicht in den Vierbund aufgenommen wurde? Oder sollte es sich glücklich preisen, so entgegenkommende Behandlung erfahren zu haben?

Heinrich von Treitschke sieht in den Aachener Konferenzen für Frankreich ein beschämendes, demütigendes Ergebnis: der Fortbestand des Vierbundes; die vielen Sondersitzungen der sieben Minister der Alliierten; die Feier des 18. Oktober gelten ihm als französische Niederlage. Dem steht aber die Räumung des Landes, die von den Franzosen mit stürmischem Jubel begrüßt wurde; die außerordentlich entgegenkommende Regelung, die die Kriegsschuldenfrage fand und endlich das für sämtliche nicht zum Vierbund gehörige Mächte wieder völlig hergestellte Prestige des Bourbonenstaates gegenüber. Auf die schonenden Formulierungen der Deklaration und des Protokolls wurde hingewiesen, und die Besuche König Friedrich Wilhelms und des Zaren bei Louis XVIII. trugen auch in Frankreich zum erhöhten Ansehen des Herrschers bei. Die militärischen Vorbehalte der Quadrupel-Allianz erfuhr nur der Herzog von Richelieu, und der hütete sich, sie bekannt werden zu lassen. Frankreich selbst war mit dem Ergebnis der Aachener Tage jedenfalls zufrieden und konnte es auch sein.

Noch einmal hatte die Diktatur der vier großen Mächte wohltuend und ordnend für Europa gewirkt. Einiger denn je trennten sich Fürsten und Staatsmänner in den letzten Novembertagen, und doch hatten sich die ersten feinen Risse gezeigt, an denen schließlich die Allianz auseinander brechen sollte: die imperialistische Interessenpolitik im Orient und die freiheitlichen und nationalen Regungen der Völker.

Als sich die einzelnen Bevollmächtigten des Vierbundes Ende August 1818 in Aachen versammelten, war die Beratung über die Räumung Frankreichs und seine daraus folgende neue Stellung innerhalb der europäischen Staatengesellschaft tatsächlich — wie man den nicht zugelassenen Signatarmächten erklärt hatte — Anlaß und Hauptgegenstand der Konferenzen.

Und so erinnert die Lage Frankreichs 1818 an die Deutschlands im ersten Jahrzehnt nach dem Diktat von Versailles. Schon bei den Pariser Friedensschlüssen war eine Konstellation der europäischen Mächte gegeben, die es erlaubt, Parallelen zwischen 1815 und 1919 zu ziehen: hier wie dort stand eine große Allianz

[114]) So auch Molden, a. a. O. S. 165.

einem zusammenbrechenden Staat gegenüber, dem ein Frieden auf Gedeih und Verderb diktiert werden konnte. Aber eben in diesem k o n n t e liegt auch der ganze Unterschied im Verhalten der „Siegerstaaten". Denn während die schonende Milde gegenüber Frankreich schlechtweg ohne Beispiel war und eindringlich den ehrlichen Willen der Alliierten bewies, nach zwanzigjährigem Ringen die Grundlagen des europäischen Gleichgewichtes und somit die Ruhe auf dem Kontinent zu sichern, hat die rachsüchtige Kurzsichtigkeit des Versailler Diktates jede Möglichkeit einer Beruhigung Europas, ja, der ganzen Erde, zerstört.

Die Wiederherstellung der alten europäischen Pentarchie wurde schon durch die ausschließlichen Verhandlungen der fünf großen Mächte auf den Aachener Konferenzen dokumentiert, und den Sous-Alliés schließlich offiziell in der Deklaration vom 15. November 1818 mitgeteilt. Und der Geheimvertrag und das Geheime Militärprotokoll vom gleichen Tage, das nur die gemeinsame Sorge der vier Alliierten vor den innerfranzösischen Revolten schuf, blieb den anderen Mächten verborgen. So stand Frankreich für die Politiker aller Staaten im November 1818 wieder als gleichberechtigtes Glied der europäischen Staatengesellschaft neben den vier großen Mächten. Ein Vergleich zwischen dieser europäischen Restitution Frankreichs und der nach zweijährigem Mühen erfolgten Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund 1926 läßt sich nicht mehr ziehen, zumal der Völkerbund zwar die Interessen aller Nationen gleichmäßig zu wahren vorgegeben hatte, in praxi aber Organ für die Machtpolitik der Entente ist. Dabei blieb 1926 die Frage der Reparationen noch völlig ungeklärt, und die Räumung der besetzten Gebiete, über die erst Entschließungen auf der Londoner Konferenz Juli bis August 1924 gefaßt worden waren, zog sich bis zum Jahre 1929 hin.

Gewiß ist es für den Historiker gewagt, derartige Vergleiche zu ziehen aber auch verlockend. Und auch bei strengem Mühen um Objektivität wird die einsichtsvolle, ja zu große Milde der Staatsmänner des 19. Jahrhunderts in grellem Widerspruch stehen zur Maßlosigkeit ihrer Kollegen nach 100 Jahren, einer Maßlosigkeit, die auch durch die Kompliziertheit der heutigen Weltlage und den gesteigerten Existenzkampf der Nationen nicht mehr gerechtfertigt werden kann.

Lebenslauf.

Verfasserin vorliegender Arbeit, Gertrud Steckhan, wurde am 21. November 1907 zu Berlin geboren als Tochter des Ingenieurs Ferdinand Steckhan und seiner Ehefrau Meta, geb. Perl. — Ostern 1928 bestand sie die Reifeprüfung der realgymnasialen Studienanstalt zu Stettin. Sie studierte 3 Semester an der Universität zu Rostock und 5 Semester an der Universität zu Berlin Geschichte, Deutsch und Philosophie und nahm an den Vorlesungen und Uebungen der Herren Professoren Baron, Brackmann, Brunstäd, Erhardt, Golther, Hartung, Herrmann, Hildebrandt, Hochstetter, Hohl, Holtzmann, Hübner, Marcks, Meinecke, Neckel, Oncken, Perels, Petersen, Rieffert, Rosenfeld, Schmitt, Schüßler, Spangenberg, Spranger, Stählin, Teuchert und Vierkandt teil.

Allen diesen Herren sei für die empfangenen Belehrungen und Anregungen gedankt. Besonderer Dank aber sei Herrn Geheimrat Oncken und Herrn Archivrat Meißner für die Förderung der vorliegenden Arbeit gesagt.